

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 37 · 12. September 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Deutschland am Scheideweg

Diesen Herbst muss sich die Koalition entscheiden: Lenkt sie das Land aus Feigheit in den Niedergang, oder hat sie den Mut zur Wende Seite 1 und 3



Geschichte Vater der Weimarer Verfassung, Hugo Preuss Seite 10



Ukraine Plötzlich ist auch die Königsberger Exklave betroffen Seite 13

BILDER: PA/ASSOCIATED PRESS/FRITZ REISS; OLAF KOSINSKY/LIZENZ: CC BY-SA 3.0-DE / CREATIVECOMMONS.ORG/LICENSES/RY-SA3.0-DE; YEVGENY VOLKOV

VON KLAUS KELLE

Kaum zu fassen, dass der wohl reichste Mann der Welt sich in die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen einmischte. Die finden am kommenden Sonntag statt, und 13,7 Millionen Wähler dürfen über die Zusammensetzung der Stadträte und Kreistage, über ihre Bürgermeister und Landräte in den kommenden fünf Jahren entscheiden.

Und gerade vor dieser Wahl, die den Lauf der Weltgeschichte vermutlich nicht nachhaltig beeinflussen wird, funkelt Elon Musk auf seinem globalen Netzwerk „X“, mit der Nachricht dazwischen: „Either Germany votes AfD or it is the end of Germany.“ Zu Deutsch: Wählt AfD oder Deutschland geht unter! Eine steile Ansage des einstigen Trump-Freundes, der offenkundig immer noch angetan ist von seinem Interview mit AfD-Chefin Alice Weidel Anfang dieses Jahres. Aber zur AfD später noch ...

Das größte deutsche Bundesland hatte über Jahrzehnte eine politisch stabile Architektur – man wählte rot oder schwarz, je nachdem, wo man lebte. Im roten Revier, der viel beschworenen „Herzkammer der Sozialdemokratie“, gewann die frühere Arbeiterpartei ihre Urnengänge in Dortmund, Essen, Bottrop und Gelsenkirchen locker mit absoluten Mehrheiten, auch wenn sie ein paar rote Turnschuhe als Kandidaten aufgestellt hätte. Heute kämpft der Direktkandidat Serdar Yüksel mit Schweiß auf der Stirn darum, seinen Wahlkreis Bochum I doch noch zu halten.

Auf der anderen Seite die „Schwarzen“, die hier einst tief in den katholischen Milieus im Rheinland, im Münster- und im Sauerland verwurzelt waren. Und natürlich in Paderborn – auch da hätte man einen schwarzen Schuh aufstellen können, und die Leute hätten der CDU zur Mehrheit verholfen.

Aber die Dinge verändern sich, nicht revolutionär, sondern schleichend. Die

Paderborner haben Glück mit ihrem Bundestagsabgeordneten, der ein bundesweit bekanntes Gesicht ist und Carsten Linneemann heißt. Umtriebig, smart, meinungsstark, katholisch – die alte CDU, aber in modern. Bisher hat er bei jeder Wahl seinen Wahlkreis direkt gewonnen, früher mit knapp 60, heute mit knapp 50 Prozent.

Und Gelsenkirchen? Die rote Arbeiterstadt in der Herzkammer der Sozialdemokratie? Bei der Bundestagswahl im Februar holte die AfD hier die meisten Zweitstimmen. Die Rechten pflücken hier die Wähler wie reifes Obst vom Baum – Arbeiter, Arbeitslose, Verlierer des Strukturwandels. Hier, wo die steigende Armut überall sichtbar ist – nicht nur um Duisburgs „Graue Riesen“ genannte Sozialsilos herum. Auch in den Roma-Straßenzügen im Dortmunder Norden, wo man alte Fernseher, vollgemachte Windeln und gebrauchte Spritzen einfach aus dem Fenster auf den Gehweg schmeißt.

Das ist nicht mehr „mein Revier“

Die große Verliererpartei ist die einstige Gewinnerpartei namens SPD. Ihre früheren Stammmilieus, die kleinen Leute, die durch ehrliche und harte Arbeit aufsteigen und sich ein eigenes kleines Häuschen leisten konnten, die gibt es kaum noch. Und wo es sie gibt, wählen sie ganz sicher nicht mehr diese SPD. Sie wählen CDU, wenn es ihnen noch gut geht, und AfD, wenn sie sehen, wie Mitbürger ohne zu arbeiten oder mit Schwarzarbeit und Bürgergeld bestens zurechtkommen.

Und wenn sie unsere Neubürger aus allen Teilen der Welt jeden Tag erleben, von denen viele keinen Handschlag rühren und trotzdem ihren Lebensunterhalt bezahlt bekommen – von denen, die einem Beruf nachgehen, Steuern und Sozialabgaben zahlen. Die 20-Jährigen, die mit schicken Karren durch die Straßen kreuzen, Fenster runter, laute arabische Rap-Musik aufgedreht. Nein, das ist nicht mehr ihr Deutschland, auch wenn sie selbst vor Jahrzehnten aus der Türkei, Polen oder Jugoslawien gekommen sind, um hier „im Revier“ ihr Glück zu finden.

Auch die Grünen sind in NRW im freien Fall, immerhin dürfen sie in der Landesregierung Teil der „Kuschelkoalition“ mit der CDU von Hendrik Wüst sein. Sie wissen schon, dem mit dem Schwiegersohn-Image, der immer so dreinschaut, als sei er hauptsächlich darum bemüht, bloß keine Fehler zu machen auf dem Weg zu seinem großen Ziel in Berlin.

Die Grünen sind immer noch eine Kraft in den Universitätsstädten. Da, wo man völlig ungerührt fröhlich vor sich hingendert, mit der Regenbogenfahne beim CSD durch die Straßen tanzt (selbst, wenn man in der CDU ist) und hitzige Debatten über Radwege im Stadtrat führt. Hier gewinnen auch die Nachlassverwalter der SED und die urbane Volt-Partei wieder an Zustimmung, wo die Grünen verlieren.

Doch das alles beherrschende Thema ist die Migration. Es geht um überfüllte Asylunterkünfte, um kriminelle Clans aus

Arabien, um Sozialhilfebetrug und um immer häufigere Messerangriffe. Jedenfalls bei den Bürgern.

Und wie reagieren die Parteien darauf, die all diese Missstände verursacht haben? Richtig, mit einem „Fairnessabkommen“ wie gerade in Köln, wo CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke, Volt und Die Partei formell beschlossen haben, im Wahlkampf und überhaupt nur positiv über Ausländer und Asylsucher zu sprechen.

Verdreifachung wird erwartet

Die AfD wurde nicht gefragt, ob sie auch unterschreiben will. Hätte sie auch nicht gemacht. Die zur Schau gestellte Ignoranz, sich den wirklich echten Problemen zu stellen, all das ist wie ein Konjunkturprogramm für die ungeliebte Konkurrenz von rechts, denen die Zunft der Demoskopen aktuell eine Verdreifachung ihrer Stimmenanteile im Vergleich zur vorherigen Kommunalwahl vorhersagen.

Und dann war da ja noch die Sache mit den angeblich so überraschenden Todesfällen unter AfD-Kandidaten, die bundesweite mediale Beachtung fand. Alles heiße Luft, wie wir heute wissen. Denn, Überraschung: Auch Kandidaten anderer Parteien sterben mal. Insgesamt 16 Kandidaten verschiedener Parteien sind während des NRW-Kommunalwahlkampfes gestorben – sieben von der AfD. Verhältnismäßig hoch, aber auch kein Grund, sich um den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Sorgen machen zu müssen.

NRW-WAHLEN

Heftige Quittung für jahrelange Ignoranz

Wie die etablierten Parteien der AfD zum Triumph verhelfen könnten

IN DIESER AUSGABE

Politik

Keine Lust auf Karriere – Teilzeitarbeit aktuell auf Rekordniveau Seite 7

Kultur

Élysée-Vertrag beim Boule: TV-Film über das Treffen Adenauers mit de Gaulle Seite 9

Die Pommersche Zeitung

Lotsen sorgen auf der Ostsee für sichere Schiffspassagen Seite 19

Reise

Wie Philadelphia mit dem Vorort „King of Prussia“ König und Preußen ehrt Seite 23



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 37
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Festnahme eines Nordstream-Attentäters Insgesamt sieben Ukrainer sollen im Jahr 2022 die Sprengung der wichtigen russischen Ostsee-Pipeline durchgeführt haben. Handelten sie auf eigene Faust oder auf Befehl Kiews?

Ein brisanter Fahndungserfolg

Die Verhaftung eines Ukrainers könnte den Westen in eine diplomatische Zwickmühle bringen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 26. September 2022 wurden drei der vier Stränge der Erdgaspipeline Nordstream 1 und 2 zwischen Russland und der Bundesrepublik unweit der dänischen Insel Bornholm in 70 bis 80 Metern Wassertiefe durch Sprengsätze zerrissen. Auf der Suche nach den Verantwortlichen für den bislang größten Anschlag auf die deutsche Energieinfrastruktur soll es den Ermittlern der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes und der Bundesanwaltschaft nun knapp drei Jahre nach der Tat gelungen sein, alle Attentäter zu identifizieren.

Den Angaben der Behörden zufolge war die Zerstörung das Werk eines siebenköpfigen Ukrainer-Teams. Zu diesem gehörten der Skipper der Jacht „Andromeda“, angeblich ein erfahrener Wettkampfschiff, der sich durch seine Fingerabdrücke verraten habe, sowie vier Taucher und ein Sprengstoffexperte. Für dessen Rolle kommt Wsewolod K. in Frage, der 2022 bei der Bundeswehr im unterfränkischen Wildflecken eine militärische Ausbildung erhielt und mittlerweile an der Front gefallen ist. Seine Identifizierung erfolgte durch DNA-Spuren auf dem Boot. Der Koordinator der ganzen Aktion soll hingegen Serhii Kusnezow gewesen sein.

Der mittlerweile 49-Jährige wurde am 21. August von italienischen Carabinieri verhaftet, als er gemeinsam mit seiner Familie Urlaub in San Clemente bei Rimini machte, wobei die Festnahme aufgrund eines europäischen Haftbefehls erfolgte. Die Bundesanwaltschaft legt dem Ukrainer die gemeinschaftliche vorsätzliche Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und verfassungsfeindliche Sabotage zur Last, womit ihm bis zu 15 Jahre Haft drohen. Da Kusnezow früher angeblich für den ukrainischen Inlandsgeheimdienst SBU gearbeitet hat, liegt der Verdacht nahe, dass sein Team im staatlichen Auftrag handelte. Das wurde von der Regierung in Kiew jedoch genauso vehement dementiert wie alle übrigen Berichte über eine Verwicklung der Selenskyj-Regierung in das Nordstream-Attentat, die unter anderem im August 2024 im US-amerikanischen „Wall Street Journal“ erschienen waren.

Dabei besaß die ukrainische Führung durchaus ein Motiv, die Gaspipeline sabotieren zu lassen. Diese erregten das Missfallen Kiews, weil sie ukrainisches Territorium umgingen, was zum Verlust von Einnahmen aus Transitgebühren führte. Darüber hinaus stellten sie eine potentiell wichtige Geldquelle des Kreml dar. Und es gibt auch Indizien dafür, dass das Attentat keine spontane Aktion patriotischer Amateure darstellte. Davon zeugen die amtlichen ukrainischen Originalpässe der Verdächtigen mit Tarnnamen sowie der Umstand, dass einer der Gesuchten im Sommer des vergangenen Jahres im Auto des ukrainischen Militärattachés aus Polen floh, bevor die Ermittler zugreifen konnten. Daneben fällt auf, dass Kusnezow die Möglichkeit hatte, in Italien Urlaub zu machen, obwohl die Ausreise von Männern im wehrpflichtigen Alter eigentlich verboten ist.

Gleichzeitig wirft aber auch die Tatversion der Bundesanwaltschaft Fragen

auf: Sollte es der „Andromeda“-Besatzung tatsächlich gelungen sein, unbemerkt von allen Aufklärungsflugzeugen, Kriegsschiffen und Satelliten der NATO zu agieren? Und sind vier Sprengsätze von 14 bis 27 Kilogramm Gewicht wirklich ausreichend, um betonummantelte Stahlröhren auf einer Länge von 250 Metern zu zerstören?

War die Festnahme eine Panne?

Ebenso mysteriös muten noch weitere Umstände an. Angeblich wurde schon seit Längerem nach Kusnezow gefahndet. Und dennoch soll der Ukrainer über mehrere europäische Grenzen nach Italien gekommen sein, um dort seelenruhig Urlaub zu machen? Wähte sich Kusnezow vielleicht in Sicherheit, weil er gar nicht der Koordinator des Anschlages war oder aber auf Immunitätsversprechen von wem auch immer vertraute?

In diesem Fall könnte seine Festnahme entweder eine organisatorische Panne

oder ein Fingerzeig an Kiew sein. Vor diesem Hintergrund darf man gespannt abwarten, was die Vernehmungen von Kusnezow nach seiner Auslieferung an Deutschland erbringen, wobei natürlich fraglich ist, wann und in welchem Umfang die Öffentlichkeit über die Aussagen des Ukrainers informiert wird.

Auf jeden Fall birgt die Festnahme von Kusnezow und die angebliche Identifizierung der anderen sechs ukrainischen Nordstream-Attentäter schon jetzt erhebliche Brisanz. Immerhin hat die Bundesregierung die Ukraine seit Kriegsbeginn mit über 70 Milliarden Euro unterstützt und steht momentan weiterhin fest an der Seite Kiews. Wie lässt sich dies auch in Zukunft rechtfertigen, wenn eine wichtige Energie-Infrastruktur unseres Landes tatsächlich zur Zielscheibe der verdeckten terroristischen Kriegführung von Bürgern der Ukraine geworden ist – egal, ob diese nun auf eigene Faust oder im Auftrag staatlicher Stellen handelten?



Die Ostsee sprudelt beim Austritt des Gases aus einem Leck der Nordstream-Pipeline im September 2022: Lange wurde spekuliert, wer für den Anschlag verantwortlich war. Die meisten tippten auf die USA
Bild: imago/abacapress

GEHEIMDIENSTE

Wurde bewusst eine falsche Spur gelegt?

Im Juni 2023 berichteten das ARD-Politikmagazin „Kontraste“ und das niederländische Format „Nieuwsuur“, dass der US-amerikanische Nachrichtendienst CIA die Ukraine eindringlich davor gewarnt habe, die Nordstream-Pipeline durch einen Sabotageakt zu zerstören – das hätten mehrere Quellen aus verschiedenen Ländern bestätigt.

Eine dieser Quellen könnte dem Militärischen Nachrichten- und Sicherheitsdienst (MIVD) des Verteidigungsministeriums in Den Haag angehören. Denn der MIVD soll Anfang Juni 2022 von ukrainischen Anschlagplänen erfahren haben, bei denen es um die Verwendung einer Segeljacht ging. Die Niederländer informierten dann angeblich die CIA und hernach die Geheimdienste anderer europäischer Staaten wie Deutschland.

Kurz darauf – so die Aussagen der Whistleblower – habe sich die CIA an einen der ukrainischen Dienste gewandt und ihre Warnung ausgesprochen. Anschließend gab sie wohl selbst Informationen über Details der Anschlagpläne weiter. Dabei war den Berichten der beiden Magazine zufolge davon die Rede, dass ein sechsköpfiges Taucherkommando noch im Verlauf des Juni 2022 zuschlagen wolle. Allerdings hätten die Ukrainer ihr Vorhaben nach der CIA-Intervention zunächst zurückgestellt. Wenn das so stimmt, mussten auch deutsche Sicherheitsbehörden Kenntnis von den Angriffsplänen besessen haben.

Das Ganze kann aber auch nur ein typisches geheimdienstliches Täuschungsmanöver gewesen sein, um von den wahren Verantwortlichen, die vielleicht in den USA sitzen, abzulenken. Dieser Verdacht wurde 2023 mehrfach geäußert. Interessanterweise deckt sich die Geschichte jedoch ziemlich genau mit dem, was die deutschen Ermittlungsbehörden nun anlässlich der Verhaftung des Ukrainers Serhii Kusnezow bekannt gegeben haben. Auch vor diesem Hintergrund könnten die Vernehmungen des mutmaßlichen Attentäters wichtige Erkenntnisse liefern. W.K.

STROMLIEFERUNGEN

Das ungarische Dilemma

Die Ukraine verübte auch Anschläge auf russische Pipelines nach Ungarn – Ungarn könnte nun Vergeltung üben, tut es aber nicht

Sollte der Anschlag auf die beiden Stränge der Nordstream-Gasleitung zwischen Deutschland und Russland tatsächlich von Ukrainern begangen worden sein, wäre er nicht die einzige ukrainische Attacke auf die Energie-Infrastruktur eines EU-Staates. Seit Beginn des Ukrainekrieges wurde auch die für Ungarn und die Slowakei unverzichtbare Druschba-Pipeline, welche russische Ölfelder mit Raffinerien in Ost- und Mitteleuropa verbindet, mehrmals vorsätzlich beschädigt. Die letzten beiden Angriffe erfolgten am 17. und 22. August unweit der Pumpstationen Nikolskoje und Unetscha in den russischen Oblasten Tambow und Brjansk. Wie der Kommandeur der ukrainischen

Drohnenstreitkräfte, Robert Browdi, bekannt gab, kamen dabei Kampfdrohnen des 414. UAV-Bataillons zum Einsatz.

Ungarn bezeichnete die Unterbrechung der Rohöllieferungen als Verletzung internationaler Vereinbarungen zur Energiesicherheit, während Kiew die Angriffe damit rechtfertigte, dass sie die Exporteinnahmen Russlands schmälerten und somit die Kriegführung des Kreml erschwerten. Gleichzeitig sind sie aber auch Teil der Strategie der Selenskyj-Regierung, Ungarn wegen seines Widerstandes gegen den EU-Beitritt der Ukraine unter Druck zu setzen. Das gab der ukrainische Präsident am 24. August verklausuliert zu.

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó reagierte am 28. August mit der Verhängung eines Einreiseverbotes für Browdi, während der Leiter der Budapester Staatskanzlei, Gergely Gulyás, die Regierung in Kiew daran erinnerte, dass Ungarn der wichtigste Stromlieferant der Ukraine sei. Zuvor hatte Ministerpräsident Viktor Orbán bereits angedeutet, wie sein Land „den Zusammenbruch der Ukraine an einem einzigen Tag arrangieren“ könne: „Ein paar Masten fallen, ein paar Drähte brechen, dann war's das mit der Ukraine.“

Vor der Verhängung der Sanktionen gegen Browdi hatte Budapest in Brüssel um Unterstützung nachgesucht, worauf-

„Ein paar Masten fallen, ein paar Drähte brechen, dann war's das mit der Ukraine“

Viktor Orbán
Ministerpräsident von Ungarn

hin die EU-Kommission mitteilte, sie sehe keine Notlage für Ungarn und die Slowakei, weil beide Länder über genügend Öl-Reserven verfügten. Angesichts dessen meinte Szijjártó: „Sie ist nicht mehr die Europäische Kommission, sondern die Kommission für die Ukraine.“

Tatsächlich muss Budapest davon ausgehen, dass eine Unterbrechung der Stromlieferungen in das Nachbarland zu Vergeltungsmaßnahmen seitens der EU führen würde – bis hin zur Suspendierung des Stimmrechtes Ungarns im Europäischen Rat. Dann wäre die Orbán-Regierung außerstande, gegen den EU-Beitritt der Ukraine zu votieren. Daher steht sie jetzt vor einem Dilemma. W.K.

Der Primat der Besitzstandswahrung

Steht Deutschland vor einem Herbst der Entscheidungen? Diesen Eindruck versuchen Vertreter der Regierungskoalition derzeit zu vermitteln. Doch im Alltag dominieren bislang vor allem die Bremser. Stimmungsbericht aus einem Land am Scheideweg

VON REINHARD MOHR

Schon wenige Monate nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung fragt man sich immer häufiger: In welcher Welt leben die eigentlich? Man weiß es nicht – aber es ist offenbar nicht die gleiche, in der unsereins sich täglich die Augen reibt.

Die Kommunen sind wegen rasant steigender Sozialkosten, vor allem auch wegen der Folgen der Massenzuwanderung seit 2015, völlig überschuldet und nicht in der Lage, genügend in Schulen, Schwimmbäder und Straßen zu investieren. Die Kranken- und Pflegekassen melden trotz immer höherer Beiträge Milliardenlöcher. Das „Bürgergeld“ nehmen immer mehr Nicht-Bürger in Anspruch, die niemals Beiträge eingezahlt haben. Wirtschaftsforscher sehen die Sozialversicherungen kurz vor dem Bankrott. Die Höhe der wachsenden Abgabenlasten treibt Unternehmen außer Landes, das Wirtschaftswachstum stagniert seit Jahren, die Arbeitslosigkeit steigt, und aus der kommenden, dringend gebrauchten jungen Generation verlassen immer mehr Menschen die Schule ohne Abschluss, viele sogar ohne ausreichende Deutsch- und Mathematikkenntnisse. Derweil steigt die Kriminalität, besonders an sogenannten sozialen Brennpunkten.

Sture Sozialstaatsverteidiger

Was sagt angesichts dieser Lage im Frühjahr 2025 die mächtige Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas (SPD) mit dem größten Einzeletat in Höhe von 197 Milliarden Euro? Sie erklärt die Forderung, die explodierenden Sozialausgaben in den Griff zu bekommen, für „Bullshit“ und lehnt „Sozialkürzungen“ ab. Dem „Stern“ teilte sie trotzig mit: „Wir sind ein reiches Land.“ Ihre grandiose Logik: Stattdessen brauche es Wirtschaftswachstum, und hier kommen dann doch Zweifel auf, ob „Volksschule Sauerland“ (Franz Müntefering) ausreicht, um sozialökonomische Grundkenntnisse zu erwerben. Es sind ja gerade die ausufernden Sozialkosten im Verbund mit europaweit hohen Steuern und einer wuchernden, regulierungswütigen Sozialbürokratie, die die Wirtschaft lähmen. Also wird umgekehrt ein Schuh daraus: Den Sozialstaat „updaten“ (Markus Söder), effektiver, sparsamer und gerechter gestalten, um damit eine neue Wachstumsdynamik zu entfalten.

Bei den deutschen Sozialdemokraten ist diese marktwirtschaftliche Logik immer noch nicht angekommen. Der Sozialstaat, wie überbordend und dysfunktional auch immer er geworden ist, gilt als heilige Kuh, die man nicht antasten darf. Dabei will kein Mensch in Deutschland, auch nicht die AfD, einen „Kahlschlag“ des Sozialstaats. Es geht um eine gezielte Nachjustierung. Doch die wirtschaftspolitische Spackenhaftigkeit der einstigen Arbeiterpartei führt zur kompletten Reformunfähigkeit jener SPD, die früher noch frohgemut „Mit uns zieht die neue Zeit“ sang. Die 13-Prozent-SPD ist inzwischen so stockreaktionär, spießig und leblos geworden, geradezu erstarrt, dass sie nur noch das wiederholt, was sie immer schon gesagt hat: Rauf mit den Steuern für Besserverdienende und „Reiche“, mehr Schulden und am liebsten noch mehr Sozialstaat. Hier und da ein paar kleine Placebo-Reförmchen. Weit und breit keine neue „Agenda 2010“. In abenteuerlicher Welt- und Selbstvergessenheit verweigert sie sich jedem Realitätssinn und ignoriert dabei tapfer die alte Volksweisheit: „Wenn Du im Loch sitzt, hör’ auf zu graben.“

Aber sie graben weiter und merken nicht, dass sie dabei immer größere Teile ihrer einstigen Wählerschaft an die AfD verlieren. Das alles trägt suizidale Züge. Ein Blick auf die Meinungsumfragen zeigt, dass selbst eine vereinigte rot-rot-grüne Volksfront derzeit



„Abenteuerliche Welt- und Selbstvergessenheit“: Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas ist derzeit die lauteste Verfechterin der Ansicht, dass der Sozialstaat in seiner bisherigen Form nicht angerührt werden soll

nur auf etwa 35 Prozent der Stimmen käme, also kein wirkliches Ziel einer nach links schiebenden SPD-Strategie sein kann.

Eine unheilvolle Allianz

In dieser garstigen „Gesamtsituation“ (so Bully Herbig in „Der Schuh des Manitu“) soll nun der „Herbst der Reformen“ (Friedrich Merz) für grundlegende Veränderungen sorgen. Bloß wie?

Nicht nur an diesem Frontabschnitt des von Kanzler Merz ausgerufenen „Politikwechsels“ zeigt sich, dass die schwarz-rote, schon längst nicht mehr „große“ Koalition eine Mesalliance ist. Da passt wenig zusammen, trotz immer wieder erneuerter gegenseitiger Sympathiebekundungen. Man zieht am selben Strick, aber zu oft in die entgegengesetzte Richtung. In der SPD hadert man immer noch mit Friedrich Merz, dem angeblich „neoliberalen“ Privatflieger mit sauerländischem Migrationshintergrund – das Gegenteil eines aufrechten Sozialdemokraten, der die Menschen „mit den schwachen Schultern“ vertritt.

In der CDU-Bundestagsfraktion dagegen fragt man sich, wo denn nun der große Richtungswechsel bleibt. Einzig beim Thema Migration und Grenzsicherung sorgt Innenminister Dobrindt zumindest für das Gefühl, nun werde „einfach mal gemacht“ (Carsten Linneemann) und strenger gegen die illegale Einwanderung vorgegangen. Doch schon jene gut zweitausend Afghanen in Pakistan, die auf alte Einreisegesetze der Ampelregierung pochen und mit allen juristischen Mitteln versuchen, ihre Umsiedlung nach Deutschland durchzusetzen, zeigen die beschränkten Möglichkeiten der neuen Regierung.

Bremsende Bürokratie

Hinzu kommt der steigende Einfluss der Verwaltungsgerichte, deren Entscheidungen zugunsten von Flüchtlingen immer wieder offenbaren, wie sehr sich die deutsche und europäische Asylpolitik mit den selbstgesetzten Rechts-, Europarechts- und Völkerrechtsverpflichtungen gefesselt hat. Selbst unter-

getauchte Straftäter können immer wieder neu Asyl beantragen, während Abschiebungen mehrheitlich misslingen. Zuletzt hatte das Amtsgericht Hannover den Antrag der zuständigen Ausländerbehörde auf Abschiebehaft für einen 31-jährigen abgelehnten irakischen Asylbewerber verweigert – kurz darauf stieß er mutmaßlich ein 16-jähriges ukrainisches Mädchen, das gerade eine Ausbildung begonnen hatte, am Bahnhof Friedland vor den mit 100 Kilometer pro Stunde durchfahrenden Güterzug. Ein Fall von unzähligen, die ähnlich gelagert sind – „Kollateralschäden“ einer verfehlten Politik, die ihre eigenen Gesetze nicht vollzieht. Nebenbei auch die moralische Katastrophe einer Politik, die so gern mit Moral und humanitären Verpflichtungen argumentiert.

Dass es genau dieser verhängnisvolle Irrsinn ist, der die AfD stark gemacht hat, wollen all jene nicht wahrhaben, die den antifaschistischen Kampf zur Herzenssache gemacht haben und in jüngster Zeit verstärkt auf ein Verbot der Partei drängen.

Kultur des Drumherum-Redens

Dabei ist die vertrackte Lage, in der die staatlichen Institutionen weithin die Kontrolle verloren haben, keine deutsche Besonderheit. In Frankreich kann man gerade beobachten, wie sich drei etwa gleich starke politische Blöcke – rechts, links, Mitte – gegenseitig blockieren und eine regierungsfähige Mehrheit unmöglich machen. Ähnliches gilt in anderen europäischen Ländern, und überall geschieht das gleiche: Die einst dominanten Kräfte der bürgerlichen Mitte von Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen schrumpfen und schrumpfen, während linke und rechte Protestparteien wachsen.

Obwohl es auch in Deutschland eine klare Mitte-Rechts-Mehrheit gibt, sorgt die „Brandmauer“ zur AfD dafür, dass die Union mit den Parteien links der Mitte kooperieren muss und so ihr liberalkonservatives Profil riskiert. Das wiederum stärkt die AfD, obwohl viele ihrer Wähler selbst nicht glauben, dass sie am Ende die bessere Regierungspartei wäre. Das

Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik schwindet so immer weiter.

Bei alledem ist der große weiße Elefant im Raum gar nicht mehr unbedingt die illegale Migration, die gegenwärtig sogar stark zurückgeht – es sind die Folgen einer jahrzehntelangen Politik fast aller Parteien, die dazu geführt hat, dass die offenkundigen gesellschaftlichen Probleme eher beschönigt als gelöst werden. Dabei ist eine Kultur des Drumherum-Redens entstanden, die die Benennung unbestreitbarer Tatsachen gerne unter den Verdacht der politischen Unkorrektheit stellt. Währenddessen werden die staatlichen und kommunalen Leistungen schlechter und teurer zugleich. Besser und billiger, das heißt mehr Effizienz, Kreativität und Produktivität – das war einmal.

Der Herbst der Kommissionen

Nun sollen allerlei Kommissionen und Expertengruppen in monatelanger Arbeit herausfinden, was die offiziellen Berater der Regierung, etwa der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ und andere Fachgremien längst formuliert haben – vor allem zur Rentenpolitik. Das Problem ist, wie so oft, nicht die Erkenntnis, sondern die praktische Bewältigung politischer Herausforderungen. Peer Steinbrück, ehemals Kanzlerkandidat der SPD und heute Mitglied eines kleinen, aber feinen Expertenrats zur Staatsmodernisierung, sagte jüngst, die Politik habe die Bürger zu lange „siedert“, das heißt, mit immer mehr Leistungsversprechen und Sozialleistungen geködert und ruhiggestellt.

Kein Wunder also, dass jetzt bei Vorschlägen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern und Abstriche bei der Vollkasko-Versorgung zu machen, der große Aufschrei einsetzt. Sozialabbau! Auf dem Rücken der Ärmsten der Armen! Eiskalter Turbokapitalismus! Wider alle Vernunft und gegen jede mathematisch-finanzielle Logik gilt der Primat der Besitzstandswahrung, koste es, was es wolle. Wohin das „Weiter so“ führen würde, kann sich jeder ausmalen.

Deshalb darf man gespannt sein auf den Herbst, der stürmisch zu werden verspricht. Die große Frage wird sein, ob und wie Bundeskanzler Merz seine Diagnose, dass der Sozialstaat in seiner gegenwärtigen Verfassung nicht mehr finanzierbar sei, in eine wirksame Therapie überführen kann. Es wird sich zeigen, wie konsequent Merz seine Agenda des Politikwechsels verfolgt, auch wenn die SPD im Bremserhäuschen sitzt und ihre völlig ausgezehrt Strategie der „Verteidigung“ des Sozialstaats bis zum bitteren Ende weiterverfolgt. Vor wenigen Tagen erst verhinderte sie die eigentlich geplante Abschaffung des furchterregenden bürokratischen Monsters namens „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“. Stattdessen wurden nur die irrsinnigen Berichtspflichten gestrichen. Die Haftungsrisiken allerdings bleiben.

Sagen wir so: Wenn die drängenden, absolut unabwiesbaren Sozial- und Wirtschaftsreformen in den nächsten Monaten nicht beschlossen und angegangen werden, wird sich die Frage stellen, wie lange die schwarz-rote Koalition noch besteht. Unbeliebt ist sie schon heute

—
Wenn die drängenden, absolut unabwiesbaren Sozial- und Wirtschaftsreformen in den nächsten Monaten nicht beschlossen und angegangen werden, wird sich die Frage stellen, wie lange die schwarz-rote Koalition noch besteht. Unbeliebt ist sie schon heute

● Reinhard Mohr ist freier Autor und schreibt unter anderem für „Die Welt“ und die „Neue Zürcher Zeitung“. Zuletzt erschien die Fortsetzung seines mit Henryk M. Broder geschriebenen Bestsellers „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (2023) unter dem Titel „Good Morning Germanistan! Wird jetzt alles besser?“ (beide Europa Verlag).
www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

Heftiger Streit um Erbssteuer

Berlin – Der Verband der Familienunternehmer fordert die Abschaffung der Erbschaftsteuer für Unternehmen in den neuen Bundesländern. Marie-Christine Ostermann, Präsidentin des Verbands, erklärte, die Ost-Betriebe seien bis zum Fall der Mauer beim Aufbau von Eigenkapital systematisch benachteiligt gewesen. Thüringens Ministerpräsident Voigt (CDU) bezeichnete den Vorschlag als Chance für die Wirtschaft im Osten. Die thüringische Finanzministerin Katja Wolf (BSW) sprach dagegen von einer „Scheindebatte“ und verwies auf bestehende Einnahmen sowie notwendige Steuerkontrollen. Die den Bundesländern zufließenden Einnahmen aus Erbschaft- und Schenkungsteuer stiegen 2024 auf 13,3 Milliarden Euro. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte unlängst vorgeschlagen, Bundesländern freie Hand bei der Festlegung der Erbschaftsteuersätze zu geben. Bisher gilt bundesweit ein einheitlicher Satz. **H.M.**

Nur für wenige Minuten

Feuchtwangen – Als „Vorreiter der Energiewende“ bezeichnet Siemens die Inbetriebnahme eines, nach aktuellem Maßstab, leistungsstarken Batteriespeichers in der Stadt Feuchtwangen mit der Speicherleistung von zehn Megawatt und einer Kapazität von 20 Megawattstunden. Die Grundlage für das Projekt in der bayerischen Kleinstadt wurde 2021 mit einer Studie zur „Dekarbonisierung“ des Ortes gelegt. Der Batteriespeicher soll als Kurzzeitpuffer für den aus sogenannten regenerativen Energien in der Kommune gewonnenen Strom dienen und darüber hinaus „netz- und marktdienlich“ eingesetzt werden. Den Grundbedarf Feuchtwangens bei Stromausfall könnte ein derart dimensionierter Batteriespeicher jedoch nur für wenige Minuten decken. Laut www.ingenieur.de liegen deutschlandweit zurzeit über 650 Anträge für neue Speicherprojekte vor, wobei die Projektgrößen zunehmen. Es handelt sich um Zehn- bis 20-MW-Projekte bis zu einer Speicherleistung von 100 MW und mehr. **D.J.**

Kein Geld mehr für Königsberg

Berlin – Für die „Sicherung und Erhaltung deutschen Kulturguts der historischen Siedlungsgebiete im östlichen Europa“ hat die Bundesregierung in den Jahren 2021 bis 2024 je 496.000 Euro zur Verfügung gestellt. 2020 wurden 996.000 Euro veranschlagt, von denen 500.000 für Maßnahmen zur Erhaltung der Kirchenburgenlandschaft in Siebenbürgen bestimmt waren. Für den Erhalt des Kulturguts setzen sich deutsche Vereinigungen, Hochschulen und kirchliche Partnergemeinden ein, die sich gemeinsam mit der heutigen Bevölkerung um die Erhaltung oder Restaurierung des Kulturguts kümmern. Allerdings sind die gemeinsamen Bemühungen um Erhaltungsmaßnahmen des deutschen Kulturerbes im Königsberger Gebiet, die 1990 ihren Anfang nahmen, zum Erliegen gekommen aufgrund zunehmender Restriktionen der russischen Behörden, wie es heißt. **MRK**



BILD: IMAGO/METODI POPOV

Sehr linkes, einseitiges Meinungsbild: Thomas Krüger (SPD), seit 25 Jahren Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

BUNDESZENTRALE MIT LINKSDRALL

Politische Bildung in Schiefelage

BpB-Präsident Thomas Krüger hinterlässt eine stark beschädigte Institution

VON ROBERT MÜHLBAUER

Ein Vierteljahrhundert lang, von 2000 bis August 2025, hat Thomas Krüger die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) geleitet. In dieser Zeit hat der aus der DDR stammende Theologe und ehemalige SPD-Politiker die Bonner Behörde enorm ausgebaut. Ihr Etat stieg gewaltig. Allein in den letzten 13 Jahren hat sich das Budget von knapp 34 Millionen Euro auf nun 105 Millionen Euro mehr als verdreifacht. Für das Jahr 2024 waren zwar Kürzungen vorgesehen, doch die Sozialdemokraten und die Grünen wehrten diese ab. Die Bundeszentrale ist damit ein gewaltiger Apparat mit enormen finanziellen Ressourcen.

Umstrittene Unausgewogenheit

Und gleichzeitig hat Krüger die Stoßrichtung der Bundeszentrale für politische Bildung schrittweise immer weiter nach links verschoben. Kritiker bemängeln schon seit Längerem und jetzt immer in-

tensiver, dass die Bildungszentrale sich von der politischen Ausgewogenheit verabschiedet habe und teils sogar linksradikale Autoren verlegt hat. Hinzu kommt, dass sie außerdem stark umstrittene Jugendsendungen mit muslimisch-migrantischer Identitätspolitik finanziert und darüber hinaus bevorzugt mit Nichtregierungsorganisationen aus dem grün-linken Spektrum wie der Amadeu-Antonio-Stiftung zusammenarbeitet.

Verharmlosung des Kommunismus

Die Behörde hat 500 Mitarbeiter, doch ist ihre personelle Reichweite sehr viel größer. Von der BpB fließt Geld an Tausende freie Mitarbeiter und politische „Bildner“. Sie bietet „Antirassismus“- und „Diversity“-Aktivisten von NGOs und Publizisten eine Bühne. Auch berüchtigte linke bis linksextreme Antifa-Journalisten schreiben regelmäßig für die BpB.

Zum Abschied von Krüger bedachte Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) den Langzeitpräsidenten nun mit freundlichen Worten. Er dankte Krüger für des-

sen „unermühten Einsatz“. Allerdings ist es kein Geheimnis, dass die Union schon seit Längerem mehr als unzufrieden war mit der schleichenden, aber stetigen Linksverschiebung der Institution. Einmal gab es sogar einen Eklat, als vor vier Jahren herauskam, dass die BpB in einem Dossier über Linksextremismus wörtlich schrieb: „Im Unterschied zum Rechtsextremismus teilen sozialistische und kommunistische Bewegungen die liberalen Ideen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Eine Ungeheuerlichkeit. Denn diese Kommunismus-Verharmlosung ging dann doch zu weit. Auf Drängen des damaligen Innenministers Seehofer mussten Krügers Leute den Text ändern.

Kritische Rassentheorien

Auf den ersten Blick wirkt das Angebot der Bundeszentrale vielleicht noch relativ ausgewogen. Sie informiert im Internet über tagesaktuelle und historische Ereignisse. Zu Wahlen wird der Wahl-O-Mat von vielen Bürgern als Orientierungshilfe genutzt. Aber blickt man schließlich doch

einmal etwas tiefer und studiert die Artikel und Dossiers genauer, fällt dabei oft eine deutliche politische Schiefelage auf. Beispielsweise im Dossier über „Gender und Diversität“, das von tendenziösen Aussagen über „Transgender“ nur so strotzt. Ein Artikel ist von einem Transgender-Aktivist mitverfasst. Das biologische Geschlecht sei nur eine „Geschlechterkonstruktion“, die besser „flexibel“ gehandhabt werden sollte. Zur umstrittenen Gender-Sprache kommt auf der BpB-Seite ausgerechnet eine der radikalsten Exponentinnen, die Berliner Linguistin Lann Hornscheid, mit einem Meinungsbeitrag zu Wort.

Unter Krüger hat die BpB zudem einen neuen Standort in Gera aufgebaut. Den dortigen Fachbereich „Politische Bildung und plurale Demokratie“ leitet Peggy Piesche, die zuvor bei der Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen arbeitete und als „schwarze Feministin“ in aktivistischen Kreisen tätig ist. Piesche leitet den Fachbereich „mit dem Fokus auf die Verknüpfung von Diversität, Intersektionalität und Dekolonialität“. Sie vertritt in Deutschland die aus den USA stammende „kritische Rassentheorie“, die laut Kritikern einen umgekehrten Rassismus umfasst, bei dem Weiße strukturell immer und jederzeit als böse Unterdrücker erscheinen. Krüger hat die BpB für solche umstrittenen linken Strömungen weit geöffnet.

Förderung des Steinzeitislamismus

Aber auch die Jugendformate sind von dieser linkslastigen Einseitigkeit regelrecht durchtränkt, etwa der Jugendkanal „Say my Name“. Obwohl dieser Videokanal sich „feministisch“ gibt, wird auch mit Inbrunst für das muslimische Kopftuch als „Ausdruck von Befreiung“ geworben. Teilweise hat die BpB nachweislich Berührungspunkte mit extremistischen Islamisten. Immer wieder wurde etwa die Autorin und Kopftuch-Apologin Kübra Gümüşay eingeladen, die selbst bei manchen Moslems als durchaus problematisch mit ihren Ansichten gilt.

Wer der Nachfolger von Thomas Krüger wird, ist bisher noch nicht bekannt. Interims-Präsidentin wurde nun die bisherige Vize-Chefin Cemile Giousef. Sie war einst erste muslimische CDU-Abgeordnete im Bundestag und fiel wiederum durch Kontakte zu den türkisch-islamistischen „Grauen Wölfen“ auf. Giousef ist in der Union auch deshalb nicht mehr sonderlich beliebt. Selbst in der BpB werden ihre intellektuellen Fähigkeiten als eher begrenzt eingeschätzt. Die Entscheidung, wer die Bundeszentrale künftig leitet, fällt Bundesinnenminister Dobrindt. Es stünde ihm frei, einen Präsidenten zu installieren, der den Linkskurs der politischen Bildung nachhaltig korrigiert.

GESUNDHEITSWESEN

Ein kleiner Lichtblick für Patienten

Nach kontinuierlichem Rückgang über einen längeren Zeitraum: Wieder mehr Hausärzte in Deutschland

Vierorts, vor allem auf dem Land, ist es bittere Realität: Der bisherige Hausarzt geht in Rente und findet keinen Nachfolger. Verbliebene Hausarztpraxen in der Umgebung geraten an ihre Belastungsgrenze, wenn sie die Patienten des ausgefallenen Kollegen mitbehandeln sollen. Die Folge: Für den Patienten entstehen unerträglich lange Wartezeiten, oder er wird von vornherein abgewiesen, wenn kein Notfall vorliegt.

Nun gibt es erste Anzeichen einer Besserung. In den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl der niedergelassenen Hausärzte nach einem kontinuierlichen Rückgang wieder leicht gestiegen, nämlich von 51.315 im Jahr 2022 auf 51.473 im Jahr 2024. Bezieht man die in Teilzeit arbeitenden Mediziner mit ein, beträgt die Zahl der Hausärzte mehr als 60.000. Erstmals gab

es mit knapp 51 Prozent auch mehr Hausärztinnen als männliche Kollegen. Angaben der Bundesregierung zufolge betrug 2024 der Anteil der Hausärzte an der Gesamtzahl der Ärzte rund 42 Prozent.

Ein großes Problem stellt das Alter der Mediziner dar. Allein in Nordrhein-Westfalen (NRW) ist mehr als die Hälfte der Hausärzte über 60 Jahre alt. Laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV) lag am 31. Dezember 2024 das Durchschnittsalter aller Ärzte bei 54 Jahren gegenüber 50 Jahren im Jahr 2022. Den höchsten Altersschnitt verzeichnete die KBV bei Neurologen mit 59 Jahren, bei Hausärzten lag er bei 55 Jahren.

Um die Versorgung mit Hausärzten zu verbessern, hat die Bundesregierung ein Gesetz mit der sperrigen Bezeichnung „Gesundheitsversorgungsstärkungsge-

setz“ (GVSG) verabschiedet, das am 1. März in Kraft getreten ist. Es sieht eine bessere ambulante medizinische Versorgung sowie den erleichterten Zugang zu Gesundheitsleistungen vor. Die Gesundheitsversorgung soll künftig besser auf die Bedürfnisse von Patienten ausgerichtet werden, und insbesondere will der Gesetzgeber eine flächendeckende Versorgung mit Hausärzten sicherstellen.

Erleichterungen für Hausärzte

Ab kommendem Monat treten erste Erleichterungen für Hausärzte in Kraft. Die bisherigen Budgetobergrenzen fallen weg, Hausbesuche sowie alle erbrachten Leistungen in den Praxen werden vollständig und ohne Kürzungen vergütet sowie neue Vergütungspauschalen eingeführt, etwa für die Versorgung chronisch kranker Pa-

tienten. Mussten diese bisher aus abrechnungstechnischen Gründen jedes Quartal einbestellt werden, entfällt diese Pflicht nun, da der Arzt eine bis zu vier Quartalen umfassende Pauschale abrechnen kann.

Einen erfolgreichen Weg, dem Ärztemangel zu begegnen, schlug das Land NRW ein. 2019 führte es Medizinstudiengänge mit Landarztquote ein. Landarztstudiengänge werden seitdem an Bewerber vergeben, die sich verpflichten, nach Abschluss der Facharzt Ausbildung für zehn Jahre in einer unterversorgten Region als Hausarzt zu arbeiten. Der sonst übliche Numerus Clausus ist nicht erforderlich. Die ersten Absolventen dieses Programms werden im kommenden Jahr als Hausärzte tätig. Darüber hinaus fördert NRW Niederlassungen auf dem Land mit rund 60.000 Euro. **M. Rosenthal-Kappi**

HAUSHALT

Senat setzt den Rotstift an

Berlins prekäre Finanzlage zwingt zu schmerzhaften Einschnitten: Personalabbau geplant

VON HERMANN MÜLLER

Das Land Berlin unterhält mit 26.000 Landesbeschäftigten so viel Personal wie ein Großkonzern. Dementsprechend hoch sind die Personalkosten. Im Haushaltsjahr 2025 hat der Senat für die Landesbediensteten mehr als 13 Milliarden Euro veranschlagt. Angesichts einer prekären Haushaltslage will der Berliner Senat nun auch bei den Personalkosten zum Rotstift greifen.

Bereits bis 2029 will der Senat beachtliche 700 Millionen Euro bei den Personalausgaben einsparen. „Es ist geplant, diese Einsparungen unter anderem durch Effizienzsteigerungen, Digitalisierung und Aufgabenbündelung zu generieren“, so Berlins Finanzsenator Stefan Evers (CDU). Sparpotential sieht der Senat auch bei den Büroflächen des Landes und der Bezirke. Derzeit entfallen auf jeden Landesbeschäftigten durchschnittlich 20 Quadratmeter; in einigen Jahren sollen es pro Kopf nur noch 15,4 Quadratmeter sein. Nach den Vorstellungen des Senats soll es künftig weniger Einzelbüros geben, dafür sollen Arbeitsplätze häufiger gemeinsam genutzt werden. Statistisch sollen sich künftig 1,3 Mitarbeiter einen Schreibtisch teilen. Möglich machen soll dies unter anderem ein höherer Anteil von Bediensteten, die von zu Hause aus arbeiten.

Personalbestand wächst zu schnell

Laut einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) könnten Länder und Kommunen in ganz Deutschland Milliarden bei den Personalkosten sparen. Das Kölner Institut veranschlagt das bundesweite Einsparpotential auf 60.000 Stellen. Dies entspricht rund 3,4 Milliarden Euro an jährlichen Ausgaben von Ländern und Kommunen. Für die Berechnung hatten die IW-Wirtschaftsforscher ein statistisches Modell entwickelt, das aufzeigt, wie sich die Zahl der Beschäftigten zwischen 2015 und 2022 allein aufgrund demographischer und sozialpolitischer Kennzahlen sowie wirtschaftlicher Faktoren hätte durchschnittlich entwickeln müssen. Im bundesweiten Vergleich schnitt dabei Schleswig-Holstein als Schlusslicht ab: Im nördlichsten Bundesland war zwischen 2015 und



Zu teuer? Junge Berliner Lehrerinnen feiern ihre Verbeamtung

Bild: imago/Berlinfoto

2022 die Beschäftigung je Einwohner mit 11,5 Prozent am stärksten gestiegen; rein rechnerisch hätte ein Plus von „nur“ 9,4 Prozent ausgereicht. Laut dem IW ergibt sich allein daraus Einsparpotential von 3600 Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Musterschüler war Sachsen-Anhalt: Hier kamen das Land und die Kommunen mit zwei Prozent weniger Beschäftigung aus als prognostiziert. Auch Thüringen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Bayern kommen mit weniger Personal aus als gedacht. Das Institut hatte bei seiner Untersuchung die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin nicht berücksichtigt, weil sie durch ihre besondere Struktur nur schwer mit den Flächenländern vergleichbar sind.

Wie Studienautor Martin Beznoska erklärt, zeigt die Analyse, „dass einige Kommunen ihre Aufgaben mit deutlich weniger Personal bewältigen als andere. Statt ausschließlich über fehlendes Personal zu klagen, sollte sich der öffentliche Dienst

vielmehr um effizientere Arbeitsweisen bemühen.“ CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat inzwischen auch eine Diskussion angestoßen, ob Verbeamtungen von Mitarbeitern nicht auf wenige Bereiche mit hoheitlichen Aufgaben beschränkt werden sollten: „Wir sollten nur noch dort verbeamten, wo es ein besonderes Treueverhältnis zum Staat gibt, zum Beispiel bei der Polizei, der Feuerwehr oder in anderen Sicherheitsbereichen, bei Finanzbeamten oder beim Zoll“, so Linnemann gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Streit um Verbeamtungen

Infrage stellte der CDU-Generalsekretär auch, ob Mitarbeiter in den Ministerien im bisherigen Umfang verbeamtet werden müssten. Beim Beamtenbund und bei Lehrgewerkschaften stieß Linnemanns Vorschlag auf scharfe Kritik. Volker Geyer, Bundesvorsitzender des Beamtenbundes, erklärte: „Ich möchte nicht Verhältnisse

haben wie in Amerika, wo ein Präsident alle auf einmal rausschmeißen und den gesamten Staatsapparat umbauen kann.“ Der Chef des Beamtenbundes stellte zudem in Frage, dass der Staat tatsächlich Geld einspart, wenn er auf die Verbeamtung bestimmter Berufsgruppen verzichtet: „Im Gegenteil, die Bruttobesoldung müsste kurzfristig erhöht, Arbeitgeberanteile für die Rentenversicherung aufgebracht und Mittel für die Zusatzversorgung der dann angestellten Lehrerinnen und Lehrer bereitgestellt werden.“

Berlins wurde indes Opfer eines Konkurrenzkampfes unter den Ländern. Anders als in den meisten Ländern wurden von 2004 bis 2022 Lehrkräfte in Berlin nicht mehr verbeamtet. Im Schuljahr 2022/23 kehrte das Land daher doch wieder zur Verbeamtung zurück. Die Nicht-Verbeamtung hatte trotz hoher Gehälter zu einem so massiven Lehrermangel an den Berliner Schulen geführt, dass dies für den Senat nicht länger durchzuhalten war.

WOHNUNGSMARKT

Wenn die Miete mit der Inflation hochschnellt

Indexmieten sind an die amtliche Preissteigerungsrate gebunden – Das kann unverhoffte Folgen haben

Haben sich sogenannte Indexmietverträge zu einer Kostenfalle für Mieter entwickelt? Bei diesen ist die Miethöhe an die Inflationsentwicklung gekoppelt. Bundesweit stellen Indexmieten mit einem Anteil von weniger als drei Prozent nur eine Randerscheinung auf dem Wohnungsmarkt dar.

In der Hauptstadt warnt jetzt aber der Berliner Mieterverein vor drastischen Erhöhungen bei Indexmietverträgen. „Bei einer Indexmieterhöhung müssen Vermietende weder die ortsübliche Vergleichsmiete noch die Kappungsgrenze beachten“, so Wibke Werner, Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins. Hinzu kommt, dass manche Vermieter Jahre ohne Anpassung verstreichen lassen, obwohl der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes angestiegen ist. Dann wird vom Vermieter aber plötzlich

die Gesamtsteigerung der vergangenen Zeit nachgeholt: „Das führt in einigen Fällen dazu, dass die Nettokaltmiete mit einem Schlag um 25 Prozent bis 30 Prozent erhöht wird“, so Werner, „solche Mieterhöhungssprünge können viele Haushalte schlichtweg nicht zahlen.“

Die im Jahr 2019 eingeführte Mietpreisbremse greift bei den Indexmieten nur beim Abschluss des Vertrages. Lag die Ausgangsmiete bei Vertragsabschluss über der zulässigen Grenze, können Mieter dies später rügen. Schlechter stehen die Chancen, wenn bei bestehenden Indexverträgen eine Erhöhung kommt. In diesen Fällen rät der Berliner Mieterverein Betroffenen zu prüfen, ob die Berechnung korrekt vorgenommen wurde. Sollte Mietern wegen der Erhöhung sogar die Zahlungsunfähigkeit drohen, empfiehlt der Verein zunächst ein Gespräch mit

dem Vermieter. Tatsächlich kann eine Erhöhung, die nicht der gesetzlichen Kappungsgrenze unterliegt, für Mieter ein finanzieller K.O.-Schlag sein. Gestiegene Energiepreise und höhere Kosten für Dienstleistungen haben in den vergangenen Jahren bereits die Betriebskosten in die Höhe getrieben. Nach Angaben des Deutschen Mieterbundes sind beispielsweise im Jahr 2023 die Betriebskosten im Schnitt um rund zehn Prozent gestiegen, Heiz- und Warmwasserkosten sogar um etwa 18 Prozent.

Mittlerweile scheint die Politik erkannt zu haben, dass es gesetzlichen Nachbesserungsbedarf gibt. Der Bundesrat forderte bereits 2022 eine dämpfende Regelung für die Erhöhung von Indexmieten. Auch Union und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, Indexmieten stärker regulieren zu wollen. Details

haben die Regierungspartner dabei allerdings nicht festgelegt. Der Mieterbund plädiert für eine Abschaffung von Indexmietverträgen bei Neuabschlüssen. Bei bestehenden Indexmietverträgen will der Mieterbund die Möglichkeit für Preiserhöhungen begrenzen.

Eine drastische Reform kann allerdings schnell auf den ohnehin schwächelnden Wohnungsmarkt durchschlagen. Obwohl die Indexmietverträge insgesamt auf dem Wohnungsmarkt nur ein Nebenschauplatz sind, spielen sie nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft beim Neubau in Großstädten mit angespannten Wohnungsmärkten eine größere Rolle. Der Mieterverein Hamburg berichtet beispielsweise, dass fast die Hälfte aller Neuvermietungen in der Hansestadt bereits eine Indexmiete vorsieht. *Hagen Ritter*

KOLUMNE

Sicheres Berlin

VON VERA LENGSFELD

Angeblich soll die Sicherheit in Berlin hoch sein, erfährt man, wenn die entsprechende Frage im Internet eingegeben wird. Aber, so wird eingeschränkt, manche Orte sollte man meiden, und Touristen sollten gut auf ihre Sachen aufpassen und wachsam sein. Mein Freund Chaim hatte kürzlich in Neukölln eine Verabredung. Er nahm sicherheitshalber seine Kippa ab.

Vor zwei Jahren hat es der Senat für nötig befunden, einen Sicherheitsgipfel einzuberufen. Um die angeblich hohe Sicherheit noch zu verbessern. Messerverbotzonen wurden festgelegt für Einkaufsstraßen, Märkte und den ÖPNV. Prompt wurden auf den Weihnachtsmärkten reiferen Damen die Schweizer Taschenmesser abgenommen. Die Messerstechereien der jungen Männer nahmen leider davon nicht ab. Vor allem aber wurden ein paar Sozialmaßnahmen beschlossen. Parkläufer sollten die Vermüllung der Grünanlagen verhindern, Betreuer den Drogensüchtigen beibringen, ihre gebrauchten Spritzen nicht auf Spielplätzen liegen zu lassen. Seitdem hat der Müll noch zugenommen.

Im berühmten Mauerpark hatte der Senat Ende Juni für 42.000 Euro einen „Cooling-Point“, ein spitz zulaufendes Holzdach, ein paar Holz-Blumenkübel, zwei Bänke und ein Trinkwasserbrunnen aufbauen lassen, um die Berliner vor der Hitze zu schützen. Parkläufer sollten dafür sorgen, dass er intakt bleibt. Nach nur einem Monat war das Projekt ruiniert. Die Pflanzen aus den Blumenkübeln gestohlen, Bänke beschmiert, Trinkwasserbrunnen verstopft und verdeckt.

Nun scheint es sich bis ins Rote Rathaus herumgesprochen zu haben, dass diese Sozialprojekte keinerlei Wirkung haben. Sie sollen nach den neuesten Beschlüssen nicht mehr finanziert werden. Natürlich gibt es wieder jede Menge Proteste, vor allem von den Gruppen, die das Abfassen von „Staatsknete“ zu ihrem Lebensunterhalt gemacht haben. Wie lange der Senat diesem Druck standhalten wird, ist ungewiss. Gewiss ist nur, dass es weiter unsinnige Projekte geben wird. Der Ende August eröffnete Autobahnabschnitt soll übrigens wieder gesperrt werden.

MELDUNG

Qualitätswein aus der Mark

Potsdam – Im Baruther Urstromtal (Kreis Teltow-Fläming) haben sich vier ortsansässige Landwirte zusammengeschlossen, um ihre Region als 14. deutsches Weinanbaugebiet anerkennen zu lassen. Bislang ist die Region Saale-Unstrut das nördlichste Anbaugebiet für Qualitätswein. Im Urstromtal wird nach fast 100 Jahren Pause bereits seit 2007 wieder Wein angebaut. Dieser darf bislang nur als „Brandenburger Landwein“ vermarktet werden. Durch die Anerkennung als offizielles Weinanbaugebiet seitens der EU könnte der Wein mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung an den Markt gehen. Die im Baruther Urstromtal ansässigen Weinbauern haben einen Verein gegründet, um die Anerkennung voranzutreiben. Angebaut werden pilzresistente Neuzüchtungen, die für das hiesige Klima und den brandenburgischen Sandboden geeignet sind. *H.M.*

● MELDUNGEN

3,5 Prozent sind die Ausnahme

Brüssel – Kaum ein Mitgliedsland der NATO erreicht das jüngst auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angehobene Ausgabenziel für Verteidigungsausgaben. Das geht aus aktuellen Daten der NATO hervor. Mit Ausnahme Islands werden alle 31 Bündnis-Länder bis 2025 das bisherige Ziel von zwei Prozent des BIP erreichen, so die Schätzungen. Allerdings erfüllen bisher nur Polen, Litauen und Lettland das im Sommer für die kommenden Jahre vereinbarte höhere Ziel von 3,5 Prozent. Dieses umfasst wie bisher Beschaffung, Personal und Betriebskosten. Zusätzlich wurde ein Richtwert von 1,5 Prozent des BIP für breitere verteidigungsrelevante Ausgaben festgelegt, darunter Ukraine-Hilfe, Cybersicherheit und die Modernisierung der Transportinfrastruktur. Italiens Regierung plant, den Bau einer 13,5 Milliarden Euro teuren Brücke nach Sizilien als sicherheitspolitisches Projekt einzustufen und auf das Ausgabenziel anzurechnen. H.M.

Polen hoch verschuldet

Warschau – Polens Neuverschuldung wächst im Jahr 2025 mit voraussichtlich 6,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fast doppelt so stark wie im EU-Durchschnitt. Haupttreiber des Defizits sind moderat steigende Staatseinnahmen bei zugleich stark wachsenden Ausgaben. Mit einem Defizit von 6,5 Prozent der Wirtschaftsleistung sieht auch der Haushaltsetat für 2026 sehr hohe Verteidigungs- und Sozialausgaben vor. Zur Finanzierung der Verteidigungsausgaben hat die Regierung von Donald Tusk im August angekündigt, ab 2026 die Körperschaftsteuer für Finanzinstitute von 19 auf 30 Prozent anzuheben. Wie die Finanzplattform „wallstreet-online“ berichtet, wecken das hohe Staatsdefizit, die neuen Steuerpläne und Unsicherheit über die Geldpolitik inzwischen bei Investoren Zweifel, ob sich die bisherige Rallye am polnischen Aktienmarkt fortsetzt. H.M.

China hilft Iran bei Atomwaffen

Teheran – Trotz der internationalen Sanktionen gegen den Iran und der israelischen Schläge gegen das iranische Atomprogramm im Zuge des Zwölf-tagekrieges im Juni baut das Mullah-Regime dennoch weiter Kurz- und Mittelstreckenraketen. Darüber hinaus setzt es die Entwicklung von ballistischen Raketen fort, welche im Extremfall die USA erreichen könnten. Einen wesentlichen Anteil hieran haben chinesische Unternehmen, allen voran die Firmengruppe von Li Fangwei alias Karl Lee. Diese liefert sensible Güter wie Steuerungselemente und Speziallegierungen. Die USA haben daher auf Lee ein Kopfgeld von vier Millionen US-Dollar ausgesetzt und zugleich die Regierung der Volksrepublik aufgefordert, den Export von Komponenten für Träger von Massenvernichtungswaffen endlich zu unterbinden. Peking will jedoch angeblich keine Beweise gegen Lee gefunden haben und verweigert deshalb auch die geforderte Auslieferung an die Vereinigten Staaten. W.K.

SCHWEDEN

Ein national-kultureller Leitfaden

Die Mitte-Rechts-Regierung beschert dem Land einen ungewöhnlichen Kulturkanon

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Literatur, Kunstwerke, Ereignisse, Traditionen – was sollte in einem Kulturkanon für Schweden enthalten sein?“ fragte die schwedische Regierung vom Januar bis jetzt ihre Bürger. Der Autor Lars Trädgårdh machte vor einigen Jahren einen bemerkenswerten Vorschlag für einen sogenannten schwedischen Kulturkanon. Im Dezember 2023 beschloss daraufhin die Regierung in Stockholm, alles an Infos und Ansichten zu sammeln, was Schweden in Hinsicht auf Kultur generell ausmacht.

Diese Liste mit 100 Werken und Erregenschaften wurde jetzt vorgestellt. Sie enthält eine Auswahl dessen, was das Land prägt, und ist doch weitaus mehr als nur kollektive Selbstbesinnung. Die einen sehen darin ein „nationalistisches Erziehungsprojekt“, andere eine demokratische, offen diskutierte Rückkehr zur Frage der eigenen Identität und was heute noch

dazu gehören soll. Im Internet kann jeder, der will, selbst Vorschläge abgeben und die von anderen gemachten einsehen (www.kulturkanon.se), wenn es um die Frage der zentralen kulturellen Bestandteile des nordischen Landes in dem Kanon geht.

Schweden ohne Abba

Was letztendlich aufgenommen wird, entscheidet ein von der Regierung eingesetzter Ausschuss – „breit gefächert“ soll er sein, so der ausführende Leiter Trädgårdh. Geordnet nach Kategorien von „Sportkultur“ über „TV und Radio“ bis „Essenskultur“ gaben Schweden eine Reihe von Vorschlägen ab. Unter diesen fand sich auch manch Skurriles, wie ein musikalisches Werk über die Geburt des Gammeldansk (ein eigentlich dänischer Schnaps) oder das Automodell Volvo 142.

Einige fast klischeehaft schwedische Dinge schafften es hingegen nicht hinein. Und das beherrscht die Debatte fast mehr als der Sinn und die Wirkung des Kanons.

Warum ist Pippi Langstrumpf der Kinderbuchautorin Astrid Lindgren dabei und ebenso das Möbelhaus Ikea, aber die Band Abba ist in der Liste nicht zu finden? Der Nobelpreis an sich ist zwar vertreten, das heutige Nobelpreiskomitee bemängelt indes, der Kanon sei „ausgrenzend und „zu eng gefasst“. Umstritten ist die Regelung, nur Werke und Ereignisse aufzunehmen, die mindestens 50 Jahre alt sind – was auch den faktischen Ausschluss von Abba erklären dürfte. Laut Ausschuss habe die Gruppe ihre wichtigsten Beiträge erst nach 1975 geliefert.

Der Kanon bilde mit seiner Fixation auf die Vergangenheit kaum das heutige Schweden ab, urteilen indes die Kritiker. Auch Schwedens Presse streitet um den Kanon. Bis in die „New York Times“ schaffte es ein schwedischer Journalist mit seinem Urteil, es sei „ein bisschen lächerlich“, alte Gedichte aus dem 16. und 17. Jahrhundert aufzunehmen und gleichzeitig aktuelle Errungenschaften wie den Vaterschaftsurlaub. So sieht es jedenfalls

Björn Wiman, Kulturredakteur der schwedischen Zeitung „Dagens Nyheter“. Andere Schreibkollegen sehen darin gar schon einen „Akt der nationalen Disziplinierung“, der vor allem die rechte Partei „Schwedendemokraten“ und die Regierung interessiere.

Ein Willkommenskanon für zugewanderte Kinder als vermeintlich wichtigere Alternative steht in Schweden nun als Gegenmodell zur Diskussion. Diese Kinder sollten lieber zuerst die auch den Deutschen für ihre Illustrationen bekannte Kinderbuchklassikerin Elsa Beskow lesen, um zu begreifen, was Schweden im Kern ausmache, so lautet die Kritik.

Man sieht sich als Weltenbürger

Der Leiter des Kanons konterte am 2. September, die Schweden sollten „demokratischen Nationalismus“ begrüßen – er habe kein Problem mit dem Begriff, sagte er der schwedischen Fernsehsendung „30 Minuten“. Seine Begründung: „Schweden hat nicht in erster Linie einen ethnischen Nationalismus, sondern konzentriert sich auf die Staatsbürgerschaft. Wir müssen keine Angst davor haben, einen demokratischen Nationalismus anzunehmen.“ Das Land habe mit Ende des Zweiten Weltkriegs den Blick von der eigenen Kultur abgewandt, sich „von Modernismus, Internationalismus und Multikulturalismus“ prägen lassen. Viele Schweden sähen sich lieber in erster Linie als Weltenbürger, und das sei „in vielerlei Hinsicht ein Problem“.

Auch Kritik von nationalen Minderheiten, wie beispielsweise von den Samen, an seinem Projekt konterte der Kanonleiter entsprechend: Er halte am Grundprinzip fest, dass für alle die gleichen Regeln gelten sollten. Als Kopf hinter der Idee schlug der Schwede zudem vor, eine Stiftung außerhalb des Zugriffs der Politik zu schaffen, die weiter an dem Thema arbeiten solle. Damit erntet der Leiter auch sehr viel Zustimmung – manche Schweden sehen in dem Kanon allerdings eine „offene Basis“ für die kommende Generation, „die eigene Kultur zu erschließen, kein Endziel, sondern Ausgangspunkt zum Weiterlernen“, wie die Zeitung „Expressen“ berichtete.



Steht sinnbildlich für ein Stück berühmtes Schweden: Pippi Langstrumpf von der Kinderbuchautorin Astrid Lindgren

ITALIEN

Pornoskandal auf Italiens Sex-Webseiten

Selbst Regierungschefin Meloni und ihre Schwester wurden Opfer der Widerlichkeiten

Ein pikanter Skandal um die Verbreitung frauenfeindlicher Bilder auf Online-Plattformen erschüttert derzeit Italien. Auf einer Pornoseite wurden über Jahre teils echte, teils manipulierte Aufnahmen prominenter Frauen veröffentlicht – begleitet von sexistischen und vulgären Kommentaren. Zu den Opfern gehören ebenso Regierungschefin Giorgia Meloni wie Oppositionsführerin Elly Schlein. Meloni zeigte sich „angewidert von dem, was passiert ist“ und bekundete allen betroffenen Frauen ihre Solidarität. Sie rief die Opfer auf, umgehend Anzeige zu erstatten.

Die Empörung ist parteiübergreifend. Schlein, sonst Melonis politische Gegenspielerin in nahezu allen – auch gesellschaftlichen – Fragen, nennt die sexistischen Posts Teil einer „Kultur der Vergewaltigung“ und wirft den Plattformbetreibern vor, „die schlimmsten Instinkte“ zu befördern. Sowohl Regierung als auch Opposition begrüßen daher den Vorstoß, bestimmte Pornoseiten im Netz mit ext-

remem Gewalt- und Erniedrigungscharakter zu sperren. Italiens Gleichstellungsministerin Eugenia Roccella sprach von einer „Barbarei des dritten Jahrtausends“ und kündigte entschlossene Maßnahmen an. Medienberichten zufolge liegen der Polizei zahlreiche Anzeigen gegen entsprechende Websites vor.

Auslöser der Debatte war das Portal „Phica“. Auf dieser pornografischen Webseite mit vielen Nutzern wurden jahrelang gestohlene Fotos – von unbekanntem Frauen bis hin zu Politikerinnen und Influencerinnen – ohne Einwilligung in entwürdigende sexuelle Kontexte gestellt. Unter den Betroffenen sind auch hier Meloni, ihre Schwester Arianna sowie Oppositionschefin Schlein als Opfer vertreten. Erst nachdem mehrere Politikerinnen Strafanzeige erstatteten, schalteten die Betreiber das seit immerhin 2005 aktive Forum unter öffentlichem Druck ab.

Der Fall „Phica“ steht allerdings nicht allein. Bereits kurz zuvor flog auf Face-

book eine Gruppe namens „Mia Moglie“ (meine Frau) auf, in der Männer heimlich private Fotos ihrer Partnerinnen teilten – garniert mit obszönen bis hin zu gewalttätigen Kommentaren. Sogar pädophile Inhalte tauchten auf; Väter sollen dort sexualisierte Bilder ihrer Kleinkinder mit widerlich pädophilen Kommentaren gepostet haben. Die Enthüllungen haben daher eine Debatte über den Schutz der digitalen Privatsphäre entfacht. Vor allem Jugendschützer zeigen sich alarmiert.

Zugang nur mit Altersnachweis

Unter dem Eindruck dieser Skandale drängt die Meloni-Regierung auf konsequentes Durchgreifen. Geplant ist, dass Italiens Medienaufsicht Autorità per le Garanzie nelle Comunicazioni (AGCOM) einschreitet und derartige Porno-Plattformen zügig sperren lässt. Die Behörde kann bei Gesetzesverstößen bei Netzbetreibern die Blockade von Websites anordnen. AGCOM hat etwa verfügt, dass ab

dem 18. Oktober pornografische Seiten nur noch mit Altersnachweis zugänglich sein dürfen – wer sich als Betreiber nicht daran hält, riskiert Strafen bis hin zur Sperrung durch die Provider.

Dieses Instrumentarium soll auch gegen Portale greifen, die Frauen mit nicht-ernehmlichen oder erniedrigenden Inhalten attackieren. Beobachter begrüßen diesen parteiübergreifenden Konsens im Kampf gegen digitale Gewalt, sehen aber auch noch so manch weitere Herausforderungen.

Technische Sperren lassen sich mit Know-how umgehen – etwa durch Nutzung von VPN-Diensten, die den Standort verschleiern. Dennoch sendet die Initiative ein deutliches Signal, dass Italiens Politik dem frauenverachtenden Treiben im Netz entschlossen entgegentritt. Aber Regierungschefin Meloni schwant nichts Gutes: „Wir haben es mit einer Krake zu tun, die viele Arme hat“, befürchtet sie. Peter Entinger

VON HAGEN RITTER

Viele haben sie für verrückt erklärt, erinnert sich Antje Neubauer an die Reaktionen, als sie im Jahr 2019 als Topmanagerin bei der Deutschen Bahn kündigte und sich stattdessen für ein Downshifting, also ein berufliches Herunterfahren, entschied. Als sie 2019 ihren Topjob bei der Bahn aufgab, war sie 48 Jahre alt.

Zuletzt hatte sie im Unternehmen den Bereich Marketing und PR geleitet. Gekündigt hat sie nach einem beruflich besonders erfolgreichen Jahr, in dem sie mehrere Auszeichnungen erhalten hatte. Ihr Entschluss zum beruflichen Ausstieg hatte laut ihren Angaben persönliche Gründe: „Ich bin während meiner gesamten Karriere gegen Bedürfnisse wie Schlaf und Sport angegangen, weil mir mein Beruf so viel Spaß machte und mir einfach wichtiger war“, so Neubauer im Interview mit der „Zeit“. Auch sei der „logistische Aufwand“, den sie und ihr Lebensgefährte aufbringen mussten, um sich zu sehen, immer größer geworden: „Es gab Situationen, in denen wir zum anderen geflogen sind, statt mit dem Zug zu fahren, weil wir nur vier Stunden Zeit zusammen hatten.“

Im Topmanagement ist der bewusste Verzicht auf eine Führungsposition und auf eine weitere Karriere noch immer selten. Generell läuft aber in Teilen der Gesellschaft eine Entwicklung hin zum beruflichen Kürzertreten. Ablesbar ist der Trend an der steigenden Teilzeitquote. Noch in den Neunzigerjahren waren Arbeitsverträge, in denen keine Vollzeit vereinbart worden war, eher eine Randerscheinung auf dem Arbeitsmarkt.

Mittlerweile arbeiten immer mehr Arbeitnehmer nur noch in Teilzeit. Im zweiten Quartal 2025 hat die Teilzeitquote in Deutschland ein neues Rekordhoch erreicht: Sie überschritt erstmalig die 40-Prozent-Marke. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren hatte die Teilzeitquote bei etwa 35 Prozent gelegen.

Frauen führen in der Statistik

Für immerhin 17 Millionen Menschen in Deutschland ist es damit inzwischen Normalität, dass die Arbeitswoche keine 40 Stunden mehr hat, sondern im Schnitt nur noch 18,5 Stunden. Ähnlich hohe Teilzeitquoten haben in der EU nur Österreich und die Niederlande. Großen Anteil an den hohen Teilzeitquoten haben in allen drei Ländern Frauen. Deren Teilzeitanteil lag 2024 bei etwa 49 Prozent. Das bedeutet, dass fast jede zweite berufstätige Frau in Deutschland in Teilzeit arbeitet. Im Kontrast dazu stehen die Bemühungen des Staates, der in den vergangenen Jahren Milliarden in den Ausbau von Kindertagesstätten und anderen Betreu-



So geht's auch: Immer mehr Arbeitnehmer lassen es lieber ruhig und entspannt angehen, als mit Fleiß Karriere zu machen

DOWNSHIFTING

Im Trend: Kürzertreten und Karriereverzicht

Von wegen „Arbeit ist das halbe Leben“ – der alte Spruch hat ausgedient, denn Teilzeitarbeit ist aktuell auf absolutem Rekordniveau

ungsmöglichkeiten investiert, nicht zuletzt mit dem Ziel, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu steigern. Zum Vergleich: Die Teilzeitquote bei Männern lag 2024 bei nur rund zwölf Prozent.

Mittlerweile denkt laut Umfragen und Studien etwa ein Drittel der Arbeitnehmer in Deutschland darüber nach, beruflich kürzertreten. Dies muss nicht unbedingt eine Verkürzung der Arbeitszeit bedeuten. Zum Teil geht es auch um die bewusste Entscheidung gegen Karrieren.

Der 64-jährige Frank S., der über drei Jahrzehnte beim deutschen Softwareriesen SAP als Entwickler tätig war, hat im Laufe seiner Karriere mehrmals das Angebot erhalten, als Projektleiter oder Teamchef in eine Führungsposition zu wechseln. Er hat sich allerdings bewusst immer wieder gegen solche Angebote entschieden. Dabei spielte eine Einstellung mit, die in den Ohren der jungen „Generation Z“ sehr altmodisch klingt: „Beruf-

kommt von Berufung.“ Der Software-Entwickler berichtet auch von anderen Kollegen, die sich bewusst gegen eine Managementkarriere entschieden haben, weil ihre Leidenschaft und ihr Ehrgeiz darin lagen, gute Software zu programmieren und für Kunden bestmögliche technische Lösungen zu finden. „Finanziell interessant wäre nicht das mittlere, sondern nur das Topmanagement gewesen: Dort können Karrieren aber auch ganz schnell ein Ende haben“, so der Informatiker.

Kalte Progression als Hindernis

Beim bewussten Verzicht auf Beförderungen und ein höheres Gehalt kann auch das deutsche Steuerrecht eine wichtige Rolle spielen. Die steuerlichen Rahmenbedingungen sowie Freibeträge, etwa Kinderfreibeträge, schaffen zum einen finanzielle Spielräume, die ein berufliches Kürzertreten oft erst möglich machen. Am anderen Ende sorgen Sozialabgaben und die

kalte Progression dafür, dass Einkommenssteigerungen durch höhere Steuerbelastungen und Inflation gleich wieder aufgeessen werden. Der Zugewinn an realer Kaufkraft steht dann im Missverhältnis zur Mehrbelastung im Beruf und Einbußen an Lebensqualität.

Angekündigt hat die schwarz-rote Koalition einen Ausgleich der kalten Progression durch Verschiebung der Einkommensteuertarife. Dadurch sollen höhere Steuersätze erst bei höheren Einkommen greifen, was die Steuerlast insbesondere für kleine und mittlere Einkommen senken würde. Für den Staat bedeuten die Maßnahmen allerdings Mindereinnahmen in Milliardenhöhe, obendrein sagen auch die jüngsten Steuerschätzungen geringere Einnahmen für den Bund voraus. Damit kann die angekündigte Steuerentlastung für die Mittelschicht zu einem weiteren Streitthema zwischen Union und SPD werden.

LICHTBLICK

Gewinnchancen trotz der Trump-Zölle

Deutsche Firmen wittern neue Möglichkeiten am US-Markt

Seit August gilt ein neuer Basiszoll von 15 Prozent auf viele Industrie- und Konsumgüter, die von Deutschland in die USA exportiert werden. Nach neuen US-Stahlzöllen lud Bundeskanzler Friedrich Merz nun zum Stahlgipfel. Auch die deutsche Autobranche als Motor für Arbeitsplätze ist unter Druck. Unternehmensberater urteilen: „Die Zölle erhöhen die Importkosten und gefährden die bisherige Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf dem US-Markt“, so die deutsche Zweigstelle von PriceWaterhouseCoopers (PWC). Doch es gibt auch gegenteilige, Erfolg versprechende Aussichten.

Trumps Zölle treffen keineswegs nur die ursprünglich Beabsichtigten. Anzeichen am US-Markt mehren sich, dass dem Land, zumindest in einigen Branchen, eine handfeste Krise ins Haus steht, von der

aber auch mit Zöllen belegte Länder und somit deutsche Unternehmer profitieren können. Beraterfirmen des US-Einzelhandels warnen bereits vor bevorstehende Preisschocks für US-Verbraucher. So sind bei Lebensmitteln starke Preisspitzen zu beobachten. Deutsche Lebensmittelkonzerne könnten daher sogar langfristig zu den Gewinnern am US-Markt gehören. Ihre Ausgangsposition ist günstig: Lidl und Aldi expandierten bereits seit Längerem in den USA. Der Erfolg begann, lange bevor die Trump-Zölle durchschlugen.

Experten der Yale-Universität errechneten, dass die Zölle US-Verbraucher bald zwingen werden, bei Obst und Gemüse kurzfristig sechs Prozent mehr zu zahlen. Bei Fisch kämen sogar zehn Prozent auf die US-Bürger zu. Eine erzwungene Sparwelle dürfte beginnen. Die im Preiskampf

gestählten deutschen Konzerne können dabei günstigere Preise bieten und fahren schon jetzt teils zweistellige Wachstumsraten ein – wie die Aldi-Tochter Trader Joe's. Dort stieg die Zahl die Kundenbesuche 2025 um knapp zwölf Prozent an. Bei einem US-Supermarkt waren es indes nur knapp zwei Prozent mehr. Weniger Personal, geringere Ladenmieten, aber dafür viele starke Handels- und Eigenmarken, die bei US-Kunden gut ankommen, sind der Grund für den Erfolg. Aldi und Lidl setzen auf dieses Konzept und stiegen seit Zollbeginn in der Gunst ihrer US-Kunden um bis zu sieben Prozent. Gemindert wird dieses Wachstum allein durch Kosten für eben jene Eigenmarken, die größtenteils als nicht US-Waren unter die Zölle fallen.

In anderen Branchen sollen neue Strategien die Zölle legal senken. Ein Weg ist

die Umstellung der Lieferketten oder eine „First-Sale-for-Export“-Strategie. Grob vereinfacht hofft man darauf, einen anderen, niedrigeren Preis aus der Lieferkette für den zu berechnenden US-Zoll heranziehen zu können als den Endpreis. Verträge für weniger Kosten anzupassen, dürfte ebenso ein Weg sein.

Selbst bei den Autobauern gibt es positive Effekte: BMW produziert in den USA und kann nun dort hergestellte Autos günstig nach Europa exportieren – im Saldo hat der Konzern trotz höherer Kosten beim Import in die USA kaum Verluste durch die Zölle. Im Elektro-Bereich hat Siemens sich durch Produktion in den USA vor Jahren unabhängig vom Import gemacht. Haribo eröffnete noch 2023 sein US-Werk und muss die Zölle für sein US-Geschäft ebenso wenig fürchten. SV

MELDUNGEN

Mehr Uran aus Russland

Moskau – Laut US-Importstatistik ist Russland 2025 erneut zum wichtigsten Uran-Lieferanten der USA aufgestiegen. Bis Juni 2025 beliefen sich demnach die russischen Lieferungen auf rund 756 Millionen US-Dollar, was einer Steigerung von gut 62 Prozent gegenüber 2024 entspricht. Russland hatte bei den Uran-Exporten in die USA zuletzt 2023 an der Spitze gelegen. Im vergangenen Jahr wurde es dann von Frankreich abgelöst. Im gesamten Jahr 2024 importierten die USA russisches Uran im Wert von 680 Millionen Dollar. Von Januar bis Juni dieses Jahres lieferte Frankreich Uran im Wert von 624 Millionen Dollar in die USA, womit es auf Platz zwei rutschte, auf Platz drei folgte Großbritannien mit Exporten im Wert von 580 Millionen. Auch Deutschland hat trotz Sanktionen infolge des Ukraine-Kriegs wieder mehr Uran aus Russland importiert. Die Importe stiegen zuletzt um fast 70 Prozent. MRK

Antibiotika in Ukraine-Eiern

Paris – Frankreichs Regierung fordert strengere Importkontrollen bei Eiern, die aus der Ukraine stammen. Wie das Nationale Komitee zur Förderung von Eiern (CNPO) mitteilte, haben die Handelsriesen Carrefour und Leclerc Hunderttausende Eier aus der Ukraine verkauft, in denen Antibiotika nachgewiesen wurden, die in der EU verboten sind. Der CNPO-Verband, der Landwirte, Verarbeiter und Händler vertritt, kritisierte zudem unfaire Wettbewerbsbedingungen. Die ukrainischen Eier entsprächen weder den in Frankreich geltenden Gesundheitsstandards noch den Tierschutzpraktiken. Agrarministerin Annie Genevard bestätigte die Berichte und verlangt die Schaffung einer „europäischen Kontrollbehörde“, um die Kontrollen zu verstärken. Zudem forderte die Agrarministerin, dass „für jede in Europa verbotene Praxis ein maximaler Rückstandswert von null für alle importierten Produkte festgelegt wird“. H.M.

Gasspeicher ziemlich leer

Berlin – Die deutschen Gasspeicher enthalten momentan alarmierend wenig Befüllung: Im Durchschnitt sind sie zu lediglich 68 Prozent gefüllt. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres lag der Füllstand bei 94 Prozent und 2023 bei 93 Prozent. Die geringe Befüllung ist die Folge einer Gesetzesänderung, der zufolge die Gasspeicher zum 1. November lediglich noch 80 Prozent des Energieträgers enthalten müssen. Der Interessenverband Initiative Energien Speichern (INES) warnt daher vor vollständig entleerten Gasspeichern Ende Januar, wenn der Winter 2025/26 extrem kalt werden sollte. Ein weiterer Risikofaktor ist der unerwartete Ausfall des Schweizer Kernkraftwerkes Gösgen für sechs Monate. Daher könnte unser Nachbarland auf erhebliche Stromimporte aus süddeutschen Gaskraftwerken angewiesen sein. Ungeachtet dessen zeigt sich die Merz-Regierung unbesorgt: Auf dem Weltmarkt werde im Winter genügend Flüssiggas zur Verfügung stehen, heißt es. W.K.

KOMMENTAR

Völlig falsche Gewichtung

HERMANN MÜLLER

Drei Viertel der Deutschen halten mittlerweile den Staat für überfordert, seine Aufgaben zu lösen – so das Ergebnis einer neuen Bürgerbefragung des Beamtensbundes. Aber verfolgen führende Sozialdemokraten insgeheim das Ziel, den Staat noch stärker als hilflos vorzuführen? Diese Frage drängt sich angesichts eines aktuellen Vorhabens von SPD-Politikern auf.

Die Vize-Chefin der Bundestagsfraktion, Sonja Eichwede, und Niedersachsens Justizministerin Kathrin Wahlmann haben vorgeschlagen, verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum, das „Catcalling“, zu einem Straftatbestand zu machen. Als Straftat gilt bislang nur körperliche sexuelle Belästigung. Eine verbale Anmache kann dagegen allenfalls als sexuelle Beleidigung geahndet werden, wenn Richter die persönliche Ehre der betroffenen Frau verletzt sehen. Dumme Machosprüche, Hinterherpfeifen und anzügliche Kommentare gehören für viele Frauen mittlerweile zum Alltag. Dass hier Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten.

Allerdings gibt der deutsche Rechtsstaat nicht einmal in Fällen, in denen Frauen körperlich sexuell belästigt werden, ein sonderlich überzeugendes Bild ab. Erinnert sei an die juristische Aufarbeitung der Kölner Silvesternacht 2015/16. Damals kam es in Köln und anderen Städten zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen. Unter Tatverdacht standen vor allem Gruppen junger Männer aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. Fast 1200 Strafanzeigen folgten. Von den 290 ermittelten Tatverdächtigen wurden letztlich nur 37 Personen verurteilt – zumeist wegen Diebstahl, Raub oder Hehlerei. Wegen Sexualdelikten überführt wurden lediglich drei Männer. Die Aufarbeitung war ernüchternd. Der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach mit Recht von „völlig unverständlichen“ Ergebnissen.

Personal­mangel mit Folgen

Es ist zweifelhaft, ob der Rechtsstaat erfolgreicher wäre, wenn erneut Exzesse wie die Silvesternacht aufgearbeitet werden müssten. Laut dem Deutschen Richterbund sind die Staatsanwaltschaften ohnehin stark überlastet. Seit 2021 ist die Zahl der unerledigten Fälle

um fast 30 Prozent gestiegen. Derzeit schieben die Staatsanwaltschaften laut des Deutschen Richterbundes insgesamt eine Bugwelle von knapp 964.000 unerledigten Verfahren vor sich her. Die Folgen: lange Verfahren und zahlreiche Verfahrenseinstellungen.

Vor diesem Hintergrund macht es wenig Sinn, der ohnehin überlasteten Justiz durch die Einführung eines neuen Straftatbestands „Catcalling“ noch mehr Arbeit aufzubürden. Sinnvoller wäre es, nach dem Vorbild Frankreichs dieses Unrecht zumindest als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen. Zwar wären die Sanktionen begrenzt, doch das Risiko für Täter, tatsächlich zur Rechenschaft gezogen zu werden, stiege enorm.

Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen dringend personell gestärkt werden. Geschieht dies nicht, wächst bei Opfern der Frust, wenn sich Verfahren jahrelang hinziehen. Gleichzeitig erleben Bürger, dass der Staat doch funktioniert, je nachdem wie er die Prioritäten setzt – etwa beim Eintreiben von Steuern oder bei der Verfolgung bei Beleidigungen gegen Politiker.

Falschparken wird härter verfolgt

Beim SPD-Vorstoß zum „Catcalling“ stellt sich deshalb nicht nur die Frage, wie effektiv sich ein neues Strafrecht unter den jetzigen Verhältnissen anwenden ließe. Es ist auch eine andere Frage angebracht: Wo bleiben die Ideen der SPD-Spitzen im Kampf gegen die grassierende Gewaltkriminalität? Polizeigewerkschafter Heiko Teggatz brachte es jüngst auf den Punkt: „Falschparken wird härter verfolgt und bestraft als Messerangriffe.“ Tatsächlich stellt sich die Frage, warum der Gesetzgeber nicht konsequent von einer Tötungsbereitschaft ausgeht, wenn Täter auf Menschen mit einem Messer einstechen.

Ebenso unverständlich ist für viele Bürger, weshalb bei Intensivtätern mit Dutzenden Vorstrafen nicht regelmäßig eine Wiederholungsgefahr gesehen wird, wenn über eine Untersuchungshaft entschieden wird. Überfällig ist auch eine Debatte, ob Rohheitsdelikte im Strafrecht im Vergleich zu Vermögensdelikten nicht immer noch viel zu milde bestraft werden. Sind Sozialstunden und Bewährungsstrafen für Schläger und Messerstecher angemessen, während eine Steuerhinterziehung oft erheblich härter bestraft wird?



Gestaltete, wo andere nur redeten: Hans Stimmann, hier in der Berliner Friedrichstraße

Bild: ullstein bild

NACHRUF AUF HANS STIMMANN

Abschied von einem Macher

WILHELM V. BODDIEN

Der mächtige Senatsbaudirektor von Berlin, wohl der bedeutendste Städtebauer in Deutschland nach der Wiedervereinigung, bestimmte mit seiner „Kritischen Rekonstruktion“, der Definition von Traufhöhe und Lochfassade, seit 1991 über Jahrzehnte, wie Berlin mit seiner durch die Teilung verödeten Mitte im Wiederaufbau auszusehen hatte. Die Stadt wurde damals zum Tummelplatz von Spekulanten, denen die Gestalt der künftigen Stadt eigentlich egal war. Hans Stimmann blockte das ab, er entschied zügig nach klaren Richtlinien, er war ein Macher. Heute quält sich Berlin wieder mit ausufernden, endlosen Architekturdebatten. Bestes Beispiel dafür ist der Streit um die Rekonstruktion der Schinkelschen Bauakademie. Schon vor sieben Jahren bewilligte der Deutsche Bundestag 62 Millionen Euro für deren Wiederaufbau – und es gibt noch nicht einmal baureife Baupläne. Das wäre unter Hans Stimmann nicht passiert.

Stimmann kam aus Lübeck, war dort Bausenator, hatte vor seinem Studium eine Maurerlehre absolviert und bei den Jusos gelernt, wie man sich durchsetzen kann. Er regierte das Baugeschehen mit einer ihm hörigen Hausmacht. Er war entschlossenfreudig. Stimmann war kein Mann des Berliner Konsenses, wie diesen Neil McGregor, der Gründungsintendant der Stiftung Humboldt Forum, beschrieb. Der frühere Chef des British Museum in London gab 2018 auf und sagte bei seinem Abschied nach drei Jahren, er hätte hier viel gelernt: So herrsche in Berlin Konsenspflicht, und wenn es keinen Konsens gäbe, dann würde dort auch nichts stattfinden. Und Konsens ist in Berlin immer noch ein Fremdwort, die Stadt erstickt in ihrer Kakophonie. Wichtige Entscheidungen werden zerredet, begleitet von Mutlosigkeit, bewusst halbherzig gemachten Vorschlägen, die niemanden begeistern, sondern nur, um mögliche Lösungen zu vertagen.

Keine Angst vor der Prominenz der Weltarchitekten

Stimmann jedoch entschied einfach, wenn er meinte, dass genug diskutiert worden sei. Er führte mit fester Hand – und dann geschah auch etwas. Ohne ihn wäre der Pariser Platz in seiner heutigen Form nicht entstanden, ohne seine Vorbereitung auch nicht der Leipziger und schon gar nicht der Potsdamer Platz. Er hatte keine Angst vor der Prominenz der Weltarchitekten, die er nach Berlin holte und auch nicht vor poli-

tischen Mächteterns. Stimmann war der Flaschenhals, durch den alles hindurchmusste, ohne dessen Zutun kein Bauprojekt in Mitte gebaut werden konnte.

Frank Gehry, der Architekt des berühmten Kunstmuseums in Bilbao, baute am Pariser Platz nahe dem Brandenburger Tor das Geschäftshaus der DZ-Bank. Er bezeichnet dieses äußerlich schlichte Haus als eines seiner wichtigsten und gelungensten Bauwerke. In Bilbao glänzte er noch mit einer Kunsthalle, die alle konventionellen, architektonischen Rahmen sprengte. Üppige, zu Skulpturen gefaltete riesige Bleche entkoppelten das Innere seiner Bauwerke von der berausenden Wirkung der äußeren Fassade. So machten Gehrys Bauten äußerlich den Eindruck, nicht als großes Haus, sondern als Skulptur geplant worden zu sein.

Hans Stimmann war der richtige Mann zur richtigen Zeit, er hat Berlin eine Struktur gegeben, die lange halten wird

Hans Stimmann entzauberte Gehry und zwang ihn, seine kritische Rekonstruktion zu akzeptieren. So entstand mit der DZ-Bank ein äußerlich streng rational gestaltetes Bauwerk. Im Inneren aber verzaubert Gehry die Besucher, er verlegte die gewohnte Skulptur in das Bankgebäude hinein und entwarf dort spielerisch einen begeisternden, gläsernen Walfisch, einen architektonischen Moby Dick. So gelang es Stimmann, den Pariser Platz selbst so ruhig und einheitlich zu gestalten, dass das Brandenburger Tor die Dominante blieb. Lediglich der von ihm nicht mehr verantwortete Bau von Behnischs Akademie der Künste fällt aus dem Rahmen und wurde zum Störfaktor.

Einem anderen Bauherrn an der Friedrichstraße versagte er dessen Pläne, dort die nur alte Architektur der Gründerzeit wiederaufzunehmen. Ihm wurde beschieden, mit welchen Architekten aus dem Stimmann-Kreis er den Bau zu gestalten hätte – und wer in die Jury zu berufen sei. Wenn er das nicht täte, würde es keine Baugenehmigung geben. So entstand dort ein prägendes Ensemble aus schlicht-modernen und geretteten historischen Gebäuden.

Hans Stimmann konnte in seinem Spott, ja, der Verachtung seiner Gegner ätzend sein. Er konnte bei Publikumsdiskussionen ausfallend werden. Auch mich nahm er damals wegen des Schlosswiederaufbaus auf die Hörner. Aber das hat mich vergnügt, ich brauchte bei meiner Arbeit immer wieder solche Reibungsflächen, und wenn es nur galt, dadurch meine eigene Überzeugungs- und Durchsetzungskraft zu erkennen. Ich respektierte und mochte ihn. Die Rekonstruktion des Schlosses war ihm anfangs zuwider, schon aus Juso-ideologischen Gründen. Als er aber sah, wie das Schloss die Mitte wieder verklammerte, machte er mir gegenüber seinen Frieden mit dem Riesebau. Und so entwickelte er noch nach seinem Abschied im Team mit Berliner Architekten der zweiten Generation stimmige Pläne zur Rückgewinnung der alten Berliner Innenstadt auf dem Gelände des aus der DDR stammenden Marx-Engels Forums zwischen der Marienkirche und dem Roten Rathaus, aber auch die fanden keine Berücksichtigung – und geschehen ist dort bislang nichts.

Trotz aller Machtfülle immer wieder bereit dazulernen

Von Hans Stimmann habe ich viel gelernt: Überzeugungen zu artikulieren und durchzusetzen; Leidenschaft für seine Aufgaben zu haben, gerade in Berlin. Und ich bewunderte ihn dafür, dass er trotz aller Machtfülle selbst immer wieder dazulernete, auch wenn es ihm schwerfiel, wie er auf die öffentliche Kritik an seiner kritischen Rekonstruktion reagierte und sie weiterentwickelte und sich so einem langlebigen Stadtbild annäherte. Nein, er erkannte nach und nach, wie nötig es doch war, behutsamer auf die Bedürfnisse des Schmelztiegels Berlin mit über 150 Ethnien aus aller Welt so einzugehen, das Berlin immer noch Berlin bleiben durfte. So sollte die Stadt ihm nach und nach die verdiente Anerkennung. Ich bewundere Leute, die in ihrer Jugend konträr zum Establishment kämpferische Überzeugungen entwickeln, dann aber über ihre Erfahrungen Ideologien kippen können und in diesem Prozess des Erfahrens eine hohe Reife, ja Weisheit entwickeln.

Hans Stimmann war so ein Mensch. Er war der richtige Mann zur richtigen Zeit, er hat Berlin eine Struktur gegeben, die lange halten wird. Man wird ihm danken müssen.

● Wilhelm v. Boddien ist Geschäftsführer des Fördervereins Berliner Schloss. www.berliner-schloss.de

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Annäherung beim Boule-Spiel

Geschichtsunterricht im ZDF: Als ein Treffen zwischen Konrad Adenauer und Charles de Gaulle in den Elysée-Vertrag mündete

VON ANNE MARTIN

Lauflos gleitet die schwarze Limousine durch die spätsommerliche Landschaft Lothringens, im Fond ein ernst blickender Mann. Konrad Adenauer ist auf einer Mission, von der viel abhängen wird. In dem Ort Colombey-les-Deux-Églises wird er den französischen Ministerpräsidenten Charles de Gaulle auf dessen Landsitz treffen. Im privaten Gespräch wollen die beiden Staatsmänner die Zukunft besprechen, womöglich eine Zusammenarbeit skizzieren. Ein schwieriges Unterfangen, wie die deutsche Abordnung beim unvorgeesehenen Halt in einem Dorf erlebt.

Plötzlich tauchen hassverzerrte Gesichter vor dem Frontfenster auf, die Insassen werden beschimpft, rohe Eier zerplatzen am Fenster, das Gesicht von Adenauer versteinert. Der ZDF-Film „An einem Tag im September“ (15. September um 20.15 Uhr) beschreibt in bedächtiger Erzählweise, wie brüchig der Frieden 13 Jahre nach Kriegsende immer noch ist, wie viel Hass immer noch zwischen den Völkern lodert. Wird das Treffen im September 1958 daran etwas ändern? Hier Charles de Gaulle (Jean-Yves Berteloot), der hochgewachsene General, im zweiten Weltkrieg ein Wortführer der Résistance – dort Konrad Adenauer (Burkhard Klaußner), der erste Kanzler eines Staates, der um seinen Platz im neugeordneten Europa ringt. Beide waren sie Gegner der Nationalsozialisten, aber wird diese Gemeinsamkeit reichen? Werden sie es schaffen, die Erbfeindschaft zwischen beiden Ländern zu befrieden?

Die Begrüßung auf der Freitreppe des Landhauses ist freundlich, aber förmlich. Überhaupt herrscht feiner Umgangston im Hause de Gaulle. Die Eheleute Charles und Yvonne siezen sich, die Politiker sitzen sich distanziert in schweren Fauteuils gegenüber, das Tageslicht wird durch Jalousien gefiltert. Die Konflikte sind riesig: Frankreich beharrt auf seinem Vorrecht,



Champagner für den früheren Kriegsgegner: Konrad Adenauer (Burkhard Klaußner, l.) und de Gaulle (Jean-Yves Berteloot, 2.v.r.)

neben Großbritannien die alleinige Atommacht in Europa zu sein. Von 2000 Sprengköpfen spricht de Gaulle, von einer Schlagkraft wie die Bombe Hiroshimas.

Keine Rede von Gemeinsamkeiten: „Die atomare Bewaffnung Deutschlands kommt nicht in Frage.“ Die Bundesrepublik ist an der EWG und vor allem dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO gelegen, Frankreich zweifelt. Westdeutschland erlebt die USA als Schutzmacht, de Gaulle ist skeptisch, auch wenn Adenauer die Luftbrücke der Amerikaner hervorhebt, mit der West-Berlin 1948 während der sowjetischen Blockade versorgt wurde. De Gaulle hält dagegen: „Sind die USA nicht eine übergriffige Schutzmacht, von der wir uns emanzipieren müssen?“

Die Kamera hält auf die Gesichter, in denen ein Kopfheben oder Stirnrunzeln die Gesprächstemperatur andeutet – sie ist eisig. Es kommt der Moment, wo es knirscht, wo Gespräche gemeinhin abgebrochen oder vertagt werden.

Madame de Gaulle bricht das Eis

Aber an diesem Tag gibt es eine Intervention, die geschichtlich nicht verbürgt ist, aber auf unkonventionelle Weise beschwichtigend wirkt. Madame de Gaulle, diese scheinbar so zurückhaltende Grande Dame in biederer Strickjacke, bittet auf die Terrasse zum Tee. Befreit von der bleiernen Schwere des Herrenzimmers liegt ein Themenwechsel nahe. Yvonne de Gaulle zeigt Fotos eines kleinen Mäd-

chens, ihrer Tochter Anne, die mit dem Down-Syndrom zur Welt kam. Sie erzählt, wie sie und ihr Mann das Sorgenkind förderten, wie der Vater bis zum Tod der Tochter zärtlich an ihr hing.

Peinlich könnte dieser private Einblick geraten, die unsichtbare Grenze der Diskretion wird eindeutig überschritten. Aber Adenauer geht auf die veränderte Tonlage ein. Schleppend, um Worte ringend, erzählt er von seiner Frau Auguste, die – von der Gestapo bedrängt – das Versteck enger Angehöriger preisgab, auch seines. Später unternahm sie aus Verzweiflung über ihren Verrat einen Selbstmordversuch. So geben die beiden Männer, die nach außen so gepanzert auftreten, einen Einblick in ihr Inneres.

Später werden sie einen Spaziergang unternehmen, danach wird de Gaulle seinen deutschen Gast in das Nationalspiel Boule, französisch Pétanque, einführen. Die Annäherung ist spürbar, damit sind die beiden Staatsmänner ihren Mitarbeitern um viele Schritte voraus.

So toben in der Küche des Landhauses die Ressentiments. Die Köchin, einst von der Gestapo gefoltert, hasst alle Deutschen und verweigert den Dienst am Herd. Adenauers Fahrer, der sich einen warmen Imbiss erhofft hatte, wird mit Beschimpfungen abgespeist und beißt wütend in sein trockenes Butterbrot.

Regisseur Kai Wessel, der 2006 das eindrucksvolle Drama „Die Flucht“ umsetzte, bleibt diesmal mit seinen Mitteln im klassischen Schulfernsehen stecken. Es wird viel geredet, meist staatstragend, formelhaft. Der Film soll auch in Schulen gezeigt werden, und so dürfen die Heranwachsenden erfahren, dass das informelle Treffen der Staatsmänner 1963 zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, dem Elysée-Vertrag, führte, den Angela Merkel und Emmanuel Macron 2019 erneuerten.

Ihnen wird sicher auch das deutsch-französische Jugendwerk ans Herz gelegt werden, das seit seiner Gründung Millionen junge Deutsche mit der Grande Nation vertraut machte. Und sie werden erfahren, dass als Beleg für die deutsch-französische Freundschaft 1991 der Fernsehsender ARTE mit Hauptsitz in Straßburg gegründet wurde, ein Kulturkanal mit deutschen wie französischen Produktionen, der hierzulande von allen ARD-Anstalten sowie dem ZDF mitgetragen wird. ARTE ist anders als alle anderen öffentlich-rechtlichen Sender unabhängig vom Quotendruck und sendet seit seiner Gründung mit sehr überschaubarer Resonanz. Das mag auch am ausgeprägten Linksdrall von ARTE liegen. Mehr politische Ausgewogenheit hätte die Strahlkraft des Kanals, zum Nutzen beider Länder, sicherlich verstärken.

KINO

Eine Barke strandet in der Uckermark

Ein familiäres Sommerrätsel mitten in der Natur – Der Film „Miroirs No. 3“ von Christian Petzold

Kinofilme von Christian Petzold sind meist sichere Kandidaten für Preise auf Filmfestspielen. Für „Barbara“ und „Roter Himmel“ hat er 2012 und 2023 den Silbernen Bären bei der Berlinale erhalten. Sein neuestes Werk „Miroirs No. 3“, das am 18. September in die Kinos kommt, hat er im Mai bei den Filmfestspielen in Cannes vorgestellt, ging dort aber leer aus. Dabei hätte der Film den Franzosen nahekommen können. Der Titel nimmt Bezug auf die Komposition „Eine Barke im Ozean“ des französischen Komponisten Maurice Ravel, und der sommerlich-leichte Flair des Streifens erinnert an so manchen Film des französischen Regisseurs Eric Rohmer.

Hier wie dort wird man mit Naturimpressionen überschwemmt: Das Zwitschern der Vögel, das Zirpen der Grillen, das Summen der Bienen, das Rauschen der Blätter ist allgegenwärtig. In dieses Meer an grünem Idyll kracht nun die Ravel'sche Barke. Ein Unfall lässt die Berliner Musikstudentin Laura in der Uckermark stranden, und sie wird von einer älteren

Frau aufgelesen, deren Haus einsam wie eine Insel inmitten abgemähter Getreidefelder steht. Da es Laura offenbar nicht zurück in die Großstadt zieht, bezieht sie ein Kinderzimmer in dem großen Haus ihrer neuen Freundin Betty.

Als Beilage zum Frauenduo gesellen sich noch zwei Blaumänner: die Handwerker Richard und Max, Mann und Sohn

Lauras, die getrennt von ihr leben und arbeiten. Ein familiäres Geheimnis würzt dieses filmische Gourmetstück, das man Bissen für Bissen genießt.

Petzold lässt sich nämlich viel Zeit, die Rätsel zu lösen. Wenn Betty ihre beiden Männer zum Essen einlädt, aber vier Tel-

ler aufdeckt, gucken die sich fragend an: Ja, spinnt die Alte denn schon wieder? Bis Laura als Köchin hereinspaziert und das Quartett damit vervollständigt. Ein im Haus verstimmtes Klavier, auf dem schon lange niemand mehr gespielt hat, ist ein weiteres Indiz darauf, dass die junge Laura von der älteren Betty wohl als eine Art Ersatztochter betrachtet wird.

Laura ist dabei der klavierspielende Katalysator, der mit Musik von Chopin und Ravel aus der dysfunktionalen Familie am Ende wieder eine funktionale macht. Petzold hat für den Film ein harmonierendes Schauspielerteam vereint, mit dem er schon in früheren Filmen gearbeitet hat: Paula Beer als quirlige Laura, Barbara Auer als rätselhaft-aufblühende Betty, Matthias Brandt als ihr skeptisch-dreieblickender Mann Richard und Enno Trebs als kühl-dreieblickender Sohn Max. Ihr perfektes Ensemblespiel macht aus „Miroirs No. 3“ einen raffiniert wohlthuenden Sommerfilm, der mit minimalistischen Mitteln die Doppelbödigkeit einer Familie freilegt.

Harald Tews



Mit Laura auf dem Rücksitz blüht Betty auf: Barbara Auer (vorne) und Paula Beer

MELDUNGEN

Belgier leitet Kammeroper

Rheinsberg – Der belgische Musikwissenschaftler und Festivalorganisator Jelle Dierickx hat zum 1. September sein Amt als neuer Künstlerischer Leiter der Musikkultur Rheinsberg angetreten. Der Belgier folgt auf Georg Quander, der das Unternehmen seit 2018 maßgeblich geprägt hat. Die Musikkultur Rheinsberg ist aus der Fusion der Kammeroper Schloss Rheinsberg und der dortigen Musikakademie entstanden. Der 2021 verstorbene ostpreußische Komponist Siegfried Matthus hatte 1990 das Opernfestival in Rheinsberg gegründet, das seitdem jeden Sommer sehr gut besuchte Freiluftveranstaltungen aufführt. Ab 2014 leitete Frank Matthus, der Sohn des Komponisten, vier Jahre lang das Festival, ehe Quander übernahm. Der neue Leiter Dierickx leitet seit 2017 das Flandern-Festival in Mechelen. Er war außerdem Dramaturg bei den Musikfestspielen Potsdam-Sanssouci und Ideengeber der dortigen preisgekrönten Fahrradkonzerte.

tws

HUGO PREUSS

Den Untergang seines Werks erlebte er nicht

Der Vater der Weimarer Verfassung und erste Reichsinnenminister starb vor 100 Jahren

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Er war der maßgebliche Staatsrechtler hinter der Weimarer Reichsverfassung – und er hardete mehr mit den neuen Demokraten als mit seinem Verfassungsentwurf. „Die demokratische Verfassung ist da, aber wo sind die Demokraten, sie auszufüllen und auszuüben?“, fragte Hugo Preuß den Zentrumsolitiker Friedrich Dessauer angesichts des Unwillens extremistischer Parteien, sich mit der demokratischen Republik zu arrangieren. Eine Frage von erschreckender Aktualität, blickt man auf jene Vertreter „unserer Demokratie“, die eher Parteien verbieten möchten, als sich mit den Anliegen der Wähler auseinanderzusetzen, die sich mit einem Potential von inzwischen 25 bis 30 Prozent solchen politischen Alternativen zuwenden.

Preuß, am 28. Oktober 1860 in Berlin geboren, entstammte einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie und studierte Rechtswissenschaft in Berlin und Heidelberg. Bereits 1889 habilitierte er sich in Berlin – doch eine Professur blieb ihm lange verwehrt, da er nicht getauft war. Erst 1906 erhielt er eine Professur an der Handelshochschule Berlin, die er ab 1918 sogar als Rektor leitete. Privat verband er sich durch die Heirat von Else Liebermann mit der Familie des Leopoldina-Gelehrten Carl Liebermann und entfernte auch mit der Walther Rathenaus.

Als Schüler von Otto von Gierke und in Anlehnung an Rudolf von Gneist vertrat er Ideen der organischen Staats- und Genossenschaftslehre. Er setzte sich für ein Staatsmodell ein, in dem Selbstverwaltung, kommunale Freiheit und föderale Detailmacht das Rückgrat des demokratischen Staats bilden sollten. Schon während des Ersten Weltkriegs arbeitete Preuß, der auch öffentlich den preußischen Militarismus und übermäßige Macht der Eliten kritisierte, an einer rechtstheoretischen Einführung eines Volksstaats im Gegensatz zum herrschenden Obrigkeitsstaat. Das hinderte ihn allerdings nicht daran, als Patriot den großen Krieg als notwendige Prüfung für das deutsche Volk zu betrachten. Doch 1917 ist er bereits vom Ende des kaiserlichen Herrschaftssystems überzeugt. „Der Krieg hat das alte Reich in seinen Grundfesten erschüttert. Aus ihm wird ein neues Deutschland hervorgehen

müssen – oder es wird überhaupt nicht bestehen“, so der Staatsrechtler.

Dezentralisierter Einheitsstaat

Das Ende des Kriegs war für ihn folgerichtig nicht der Niedergang Deutschlands, sondern seine Wiedergeburt. Nach der Novemberrevolution 1918 beauftragte Friedrich Ebert für den Rat der Volksbeauftragten Preuß mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs – zunächst als Staatssekretär des Inneren, später als erster Reichs-

innenminister und Reichskommissar für Verfassungsfragen. Der Staatsrechtler präsentierte seinen ersten Entwurf bereits im Januar 1919. Der Entwurf sah einen dezentralisierten Einheitsstaat vor, in dem die Gliedstaaten zwar kulturell bestehen bleiben, aber ihre politische Hoheit stark eingeschränkt werden sollte – denn für Preuß zählte primär die „deutsche Nation“, nicht die Einzelstaaten.

Zudem schlug er ein Zweikammersystem vor – das „Volkshaus“ und das „Staa-

tenhaus“ –, wobei die Zusammensetzung von Letzterem nicht wie beim Bundesrat des Kaiserreichs von den Regierungen der Einzelstaaten, sondern von deren Parlamenten bestimmt werden sollte. Diese Vision scheiterte am Widerstand der Landesvertreter.

Preuß verstand die neue Verfassung als Ausdruck parlamentarischer und demokratischer Grundwerte: „parlamentarische Demokratie, soziale Demokratie, demokratischer Föderalismus und direkte

Demokratie“ durch Volkswahl des Präsidenten und Volksabstimmungen. „Noch niemals in der deutschen Geschichte hatte ein Parlament tatsächlich und rechtlich so unbeschränkte Macht“, zeigte er sich durchaus leidenschaftlich für das neue Herrschaftssystem. „Das deutsche Volk zur sich selbst bestimmenden Nation zu bilden, das ist der Leitgedanke der freistaatlichen deutschen Verfassung von Weimar.“

Kein „Parlamentsabsolutismus“

Die Grundrechte wollte Preuß übrigens zunächst nur in drei klassischen Artikeln verankern. Mit der Idee setzte er sich nicht durch. Vielmehr wurden in den Verfassungstext insgesamt 56 Absätze Grundrechte und Pflichten übernommen.

Der im Gegensatz zur Bundesrepublik in der Weimarer Republik grundsätzlich wie das Parlament vom Volk gewählte Präsident war für Preuß ein Element der Gewaltenteilung gegen den seines Erachtens sonst drohenden „Parlamentsabsolutismus“. Dafür akzeptierte er weitreichende Notstandsrechte in Artikel 48 der Verfassung, die bereits der erste Reichspräsident Friedrich Ebert nutzte und die den seit 1925 amtierenden zweiten Amtsinhaber, Paul von Hindenburg, in das Dilemma brachten, entweder mit Notstandsrecht einen Reichskanzler seiner Wahl und seines Vertrauens im Amt zu halten oder aber den von ihm missbilligten „böhmischen Gefreiten“ zu akzeptieren, den ihm die deutschen Wähler mit zunehmender Stärke vorsetzten. „Preuß, der schon 1925 starb, hat selbst noch gegen das dauerhafte Regieren über den ominösen Artikel 48 protestiert“, so Andreas Voßkuhle, langjähriger Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Doch das sei nun mal das Schicksal des Verfassungsgebers: Er wisse nicht, was die praktische Politik aus seinem Geschöpf mache.

Das Mitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erlebte nicht mehr den Untergang seiner Verfassung. Er starb am 9. Oktober 1925 und damit kurz vor seinem 65. Geburtstag. Den Aufstieg der antisemitischen NSDAP zur Massenpartei hat er nicht miterleben müssen. Dass mit Preuß der Vater der Weimarer Reichsverfassung Jude war, bestärkte sie in ihrer Ablehnung dieser Verfassung als „undeutsch“.



Im Jahre 1919: Hugo Preuß

Bild: mauritius

DENKMALKULTUR

Wie die Bundesrepublik der letzten Kriegsgefangenen gedachte

Vor 70 Jahren begann die Rückkehr der letzten deutschen Soldaten aus sowjetischer Gefangenschaft

Von den Millionen deutschen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg in Gefangenschaft geraten waren, kehrte eine große Anzahl bis 1949 zurück. Mehrere hunderttausend Militärangehörige sowie Zivilpersonen hielt die Sowjetunion indes darüber hinaus in Lagern fest. Ab 1950 wurde deshalb in vielen Städten und Gemeinden der jungen westdeutschen Bundesrepublik mit Denkmälern an das Schicksal der noch immer im Osten festgehaltenen Kriegsgefangenen erinnert.

Die Initiative dazu ging von dem im selben Jahr gegründeten Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands (VdH) aus. Die Heimkehrer-Mahnmale bestanden in der Regel aus einem Stein oder einer Tafel mit Inschriften wie „Wir warten auf Euch“ oder „Den Lebenden zur Mah-

nung – den Opfern des Krieges zum Gedenken“. Beispiele dafür entstanden etwa 1951 in Tübingen, Bad Sachsa und Eckersdorf (Landkreis Bayreuth), 1952 in Wuppertal sowie 1953 in Bielefeld, Bad Bevensen, Kiel und Düsseldorf.

Während seines Staatsbesuchs in Moskau vom 8. bis 14. September 1955 einigten sich Bundeskanzler Konrad Adenauer und die sowjetische Führung auf die Entlassung der letzten in der UdSSR noch gefangen gehaltenen rund 10.000 deutschen Soldaten und 20.000 Zivilinternierten. Bereits am 5. Oktober 1955 trafen die ersten 600 dieser „Spätheimkehrer“ im Grenzdurchgangslager Friedland ein. In den kommenden Monaten folgten weitere solcher Transporte, die als „Heimkehr der Zehntausend“ in die Geschichte eingingen. Es

handelte sich um exakt 9626 ehemalige Angehörige der Wehrmacht. Der letzte von insgesamt 32 Transporten mit 472 entlassenen Personen erreichte den hessischen Bahnhof Herleshausen an der Grenze zu Thüringen am 16. Januar 1956. Von den rund 3,3 Millionen deutschen Soldaten, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren, kehrten letztlich etwa zwei Millionen zurück. Die restlichen 1,3 Millionen verstarben in Lagern oder gelten als vermisst.

Nach der Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen wurden die meisten Denkmale, die an ihr Schicksal erinnern sollten, wieder entfernt, nur eine kleine Anzahl blieb bis heute erhalten. Dabei waren einige besonders ausdrucksstark, so beispielsweise die Wandplakette im Innenhof der St.-Ägidius-Kirche im oben

genannten Eckersdorf mit der Inschrift „Wir warten auf Euch“ und den Namen derjenigen Ortsbewohner, die bis Ende 1951 noch nicht zurückgekehrt waren, gefolgt von der Mahnung „Vergesst uns nicht!“

Ähnlich gestaltet war die Tafel für die Kriegsgefangenen der Stadt und des Kreises Tübingen, die 2003 entfernt wurde. Das vier Meter hohe, 1992 abgebaute Mahnmahl in Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel bestand aus einer Stele, auf der zu lesen war: „Gebt unsere Gefangenen frei! 72 Bürger der Stadt sind aus Kriegsgefangenschaft und Haft noch nicht heimgekehrt.“

Beeindruckend war schließlich auch das für einen Zeitraum von nur drei Jahren existierende Heimkehrerdenkmal in der nordrhein-westfälischen Landes-

hauptstadt Düsseldorf, das aus einer auf einem Betonsockel angebrachten Metalltafel bestand, auf deren Vorderseite sich der Schriftzug „Wir warten auf Euch“ befand, ergänzt durch die in Deutsch und den drei Sprachen der Besatzungsmächte Russisch, Englisch und Französisch eingravierten Worte „Gebt unsere Gefangenen frei“. Auf der Rückseite der Tafel waren die Namen derjenigen Düsseldorfer verzeichnet, auf deren Rückkehr man noch wartete. Jedesmal, wenn welche von ihnen heimgekehrt waren, wurden deren Namen getilgt.

Beidseits des Mahnmals standen zwei Gasfackeln, die rund um die Uhr brannten. Am 4. Januar 1953 eingeweiht, wurde es am 14. Juli 1956 wieder abgebaut. Bis dahin hatte sich das Schicksal aller genannten Personen geklärt. *Wolfgang Reith*

HANS-GERT PÖTTERING

Europas Parlamentspräsident aus Bersenbrück

Wie der vor 80 Jahren geborene Politiker die Geschichte der Europäischen Union beeinflusst hat

VON MICHAEL GEHLER

Am 15. September 1945 kam er in der damals zu Preußen und zur britischen Besatzungszone und heute zu Niedersachsen gehörenden Kleinstadt Bersenbrück zur Welt. Seinen Vater lernte er nie kennen. Dieser war im letzten Kriegsjahr gefallen. Das war für die spätere Karriere nicht belanglos. Die Rede ist vom Christdemokraten Hans-Gert Pöttering, der 35 Jahre für die Europäische Volkspartei (EVP) dem Europäischen Parlament angehörte. Von 1999 bis 2007 diente er der EVP als Fraktionsvorsitzender und von 2007 bis 2009 amtierte er als Parlamentspräsident.

Die 1952 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) besaß schon eine Gemeinsame Versammlung. Die war aber relativ einflusslos. Nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 fand im darauffolgenden Jahr die konstituierende Sitzung des später offiziell so benannten Europäischen Parlaments in Straßburg statt.

Phasen des EU-Parlaments

Nach einer Phase von Erfahrung und Gewöhnung von 1952 bis 1958 folgte eine der Vorbereitung für Fraktionsbildungen im Vorfeld der Direktwahlen 1979, die erstmals in der Geschichte des Kontinents ein aus zwar nicht gleichen, aber doch allgemeinen, direkten und freien Wahlen hervorgegangenes europäisches Parlament ermöglichten. Noch besaß es kaum Kompetenzen. „Hast Du einen Opa, schick' ihn nach Europa!“, lautete despektierlich ein Urteil. Viele hatten noch ein nationales Parlamentsmandat inne. Es waren Elder Statesmen, illustre Politprominente, aber auch aufstrebende junge Politiker, die noch hohe Ämter erlangen sollten, beispielsweise Jacques Chirac, Jacques Delors oder später Friedrich Merz.

Nach einer Emanzipations- und Selbstfindungsphase von 1979 bis 1989/90 folgte der Vertrag von Maastricht 1993, der dem Parlament Mitentscheidungsrechte brachte. Es teilte sich die Gesetzgebung mit dem Rat. Mit ihm entschied es gemeinsam über das EU-Budget und so über den mehrjährigen Finanzrahmen.

Sodann setzte eine Politisierungs- und Profilierungsphase von 1991 bis 1999 ein, die aufgrund von Verfehlungen einer Kommissarin zur indirekt erzwungenen Demission der Kommission unter Jacques Santer führte. Das Parlament hatte seine Zähne gezeigt.

Pötterings Stärken und Schwächen

Mit weiteren Unionsverträgen begann die Phase seiner gleichberechtigten Etablierung von 1999 bis 2009. Der Präsident wurde zum Akteur auf Augenhöhe in der EU. Das nach dem Brexit 720 Abgeordnete zählende Parlament mit Sitzen in Straßburg und Brüssel – im Vergleich dazu hatte der Bundestag bis zur Wahlrechtsreform 2023 736 Mandatsträger – ist mit seinen Zuständigkeiten längst bedeutsamer, als es den meisten Bürgern der Union bewusst ist. Es repräsentiert in der westlichen Welt einen einmaligen supranationalen Parlamentarismus.

Durch bestimmte, integrative und verbindliche Art hat Pöttering die heterogene EVP-Fraktion aus verschiedensten nationalen und parteipolitischen Kulturen nicht nur zusammenzuführen, sondern auch zur weitgehend geeinten und größten Fraktion zu formen und zu repräsentieren verstanden.

Dabei spielten die Verhandlungen zur Aufnahme britischer Konservativer in eine gemeinsame Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten (EVP-ED) eine Rolle, desgleichen die Integration christlich-demokratischer und bürgerlicher Abgeordneter aus den 2004 und 2007 der EU beigetretenen Staaten. Die Wahrung des Zusam-

menhalts war in der „Causa Österreich“ 2000 wichtig angesichts des unter Führung des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröders und des französischen Präsidenten Jacques Chirac verhängen EU-14-Staaten-Boycotts gegen die Regierungsbildung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), wobei Pöttering durch Ausgleich und Vermittlung den Verbleib der ÖVP-Abgeordneten in der EVP erreichen und zur Aufhebung der unsinnigen Sanktionen mitbeitragen konnte.

Wo Pöttering tatsächlich einmal völlig falsch lag, war seine Kritik an der Verurteilung des angloamerikanischen Angriffskriegs von Präsident George W. Bush und Premierminister Tony Blair gegen den Irak 2003 durch die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder und Joschka Fischer. Pöttering war dafür gewesen. Im Rückblick räumte er bedauernd ein, dass er sich aufgrund seines in die Amerikaner gesetzten Vertrauens habe täuschen lassen und wie die Weltöffentlichkeit in die Irre geführt worden sei, was erhebliche Zweifel an der US-Führung nährte.

Kontinuierlich setzte er sich nach Öffnung des Eisernen Vorhangs für den Beitritt der baltischen sowie mittelost- und südosteuropäischen Länder ein, was sich hinzog, aber 2004 und 2007 gelingen sollte. Beim Einsatz für die Konstitutionalisierung Europas waren ihm die Einbeziehung der EU-Grundrechtecharta und ihre Rechtsverbindlichkeit wichtig. Nachdem der „Verfassungsvertrag“ an negativen Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden 2005 gescheitert war, erreichte er mit anderem im Rahmen der Berliner Erklärung der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 die Überführung seines Kerninhalts in den Lissabonner Vertrag 2009, der bis heute gültig ist.

Pöttering setzte Maßstäbe für den Umgang im Parlament und rückte es mehr ins öffentliche Licht, zumal es darum ging, der kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligung entgegenzuwirken, was erst allmählich nach ihm gelang. Den EVP-Austritt der ungarischen Fidesz-Partei unter Viktor Orbán konnte Pöttering trotz seiner Mitwirkung in einem Weisenrat nicht verhindern.

Den Bau eines „Hauses der Europäischen Geschichte“ lancierte er in seiner Antrittsrede. Das Vorhaben wurde über seine Präsidentschaft hinaus mit Insistenz verfolgt. 2017 erfolgte die Eröffnung. Als Einrichtung im Institutionenviertel in Brüssel sorgt es für ein fundierteres Wissen zur Geschichte Europas, zumal es in Zeiten überbordender innerer und äußerer Krisen – mehr denn je – Orientierung braucht. Pöttering ist immer mit klarem Kompass für Europas Werte eingetreten.

● **Prof. Mag. Dr. Michael Gehler** ist Leiter des Instituts für Geschichte an der Universität Hildesheim und Mitverfasser der 2020 in erster und 2022 in zweiter Auflage in Freiburg, Basel und Wien erschienenen Hans-Pöttering-Biographie „Ein europäisches Gewissen“.



Im Jahr 2019 in Aachen: Hans-Gert Pöttering

NACHKRIEGSDEUTSCHLAND

Als Räder rollten für den Wiederaufbau

Trümmerbahnen spielten bei der Beseitigung der Kriegstrümmer in deutschen Städten eine wichtige Rolle

Insbesondere zum Ende des Zweiten Weltkriegs wurden deutsche Städte häufig innerhalb von nur zig Minuten aus der Luft zerstört. Mühsam und zeitraubend dagegen war der Wiederaufbau nach Kriegsende. Es mangelte an Material und Personal. Viele Männer waren gefallen oder schwer verwundet, in Kriegsgefangenschaft, jedenfalls nicht einsatzfähig.

In der Regel wurden Männer zwischen 14 und 65 Jahren dienstverpflichtet, arbeitsfähige Frauen zwischen 15 und 50 Jahren mussten ebenso tatkräftig anpacken, die Trümmer der zerstörten Gebäude zu beseitigen. Die alliierten Besatzungsmächte verpflichteten die Frauen ihrer Besatzungszone, sich für diese körperlich anstrengende Arbeit zu melden. Sie gingen als Trümmerfrauen in die Geschichte ein, in etlichen Städten, unter anderem in Dresden, Halberstadt, Mannheim und Würzburg, ist ihnen ein Denkmal gewidmet. Denjenigen, die sich nicht zum Arbeitseinsatz meldeten, wurden die Lebensmittelkarten entzogen.

Nicht an Ort und Stelle zum Wiederaufbau verwendbare Steine, also Schutt, wurde mit der Trümmerbahn beseitigt. Zum Einsatz kamen je nach Region die unterschiedlichsten Bahntypen, meist

technisch einfache Feldbahnen, die zuvor ihren Dienst im Torfstich, in Ziegeleien, beim Militär oder in der Industrie versehen hatten. Vielfach waren die Städte so weit zerstört, dass Straßen nicht mehr zu erkennen waren, eine Orientierung kaum möglich war. Bevor in rund 50 stark bombardierten Orten und ab 1952 auf Helgoland die Schmalspurgleise verlegt werden konnten, mussten zunächst die Trümmerberge zur Seite geräumt werden, meist in beschwerlicher Handarbeit mit Spitzhacke und Schaufel.

Frühestens ab Ende 1945 folgte der organisierte Abtransport des Schutts aus der Innenstadt zu Zwischenlagerplätzen oder Endlagerstätten. Die Abwicklung verlief überall zunächst schwerfällig, da es an Fachkräften, Technik und Fahrzeugen mangelte, und zog sich letztendlich über Jahre hinweg. Priorität hatten zudem Reparationsleistungen. Für die Verlegung der Gleisarbeiten wurden ab Ende 1946 in Freiburg politische Häftlinge eingesetzt, in Magdeburg halfen auch Studenten.

Trümmerbahnen bestimmten das Stadtbild der Wiederaufbauzeit. Wie sehr sie zum Alltag der Nachkriegszeit gehörten, belegt eine 1946 aus Weißblech hergestellte Spielzeug-Trümmerbahn, die

aus einer schwarzen Lok und drei braunen Wagen besteht und zur Spielzeugsammlung des Stadtmuseums Berlin gehört. Die Bevölkerung nannte das handliche Transportmittel, das weitgehend unfallfrei betrieben und ab Ende der 1940er Jahre mancherorts von Lastkraftwagen abgelöst wurde, „Trümmerexpress“ oder „Schuttexpress“.

Am professionellsten gelang die Schuttbeseitigung in Frankfurt am Main, wo die Stadt mit drei Firmen die erst 1964 aufgelöste Trümmerverwertungsgesellschaft gründete. Das „Frankfurter Verfahren“ sah die gebündelte Zusammenführung von Trümmerbeseitigung, -sortierung, -aufbereitung und -verwertung in einem Unternehmen vor. Zunächst mussten die Trümmer beschlagnahmt werden, was auch in anderen Städten zu Auseinandersetzungen mit den bisherigen Eigentümern der zerstörten oder stark beschädigten Gebäude führte. Mit einer entsprechenden Anordnung gingen die Überreste der Häuser, die zu mehr als 70 Prozent beschädigt waren, in städtisches Eigentum über.

Das größte Feldbahnnetz mit einer Gesamtlänge von 300 Kilometern bestand in Berlin. Insgesamt wurden in die-

ser Stadt rund 75 Millionen Kubikmeter Trümmer beseitigt. Bis 1954 waren dort, neben einer normalspurigen Eisenbahn als Trümmerbahn, zahlreiche Dampf- und Diesellokomotiven sowie Arbeitswagen der Straßenbahn im Einsatz. Im ebenfalls stark zerstörten Dresden waren die fünf Linien der Trümmerbahn sogar bis 1958 in Dienst.

Je nach Stadt variierte die Spurweite. Üblich waren 500, 600, 750 oder 900 Millimeter. Auch das Fassungsvermögen der einzelnen Wagen, (Kipp-)Loren genannt, war unterschiedlich. Eine Lok zog in der Regel fünf bis zehn Loren. Sofern eine provisorisch verlegte Gleisanlage über Weichen verfügte, wurden diese manuell betätigt.

Die Menge des noch geeigneten Trümmerschutts war so beachtlich, dass daraus Neubauten entstanden, etwa in Leipzig das 1952 errichtete Schwimmstadion und das vier Jahre später eröffnete Zentralstadion oder in Hamburg das 1953 eingeweihte Volksparkstadion.

Aus nicht mehr verwertbaren Trümmern entstanden am Stadtrand oder in bereits vorhandenen Grünanlagen Schuttberge, die dann begrünt und aufgeforstet wurden und die seitdem Teil der

Stadtlandschaft sind. Jahrzehnte nach dem Krieg ist den meisten Bewohnern der Hintergrund dieser künstlich geschaffenen Hügel nicht mehr bewusst. Heute Teil eines Naherholungsgebietes heißen ehemalige Trümmerberge unter anderem „Teufelsberg“ in Berlin, „Äschebuckel“ in Worms oder „Monte Scherbelino“ in Frankfurt am Main und Frankenthal in der Pfalz.

Auf dem Kalkmarkt in Münster erinnert seit 2004 eine als Denkmal installierte Trümmerbahnlok des traditionsreichen, 1876 bei Berlin gegründeten Maschinenbauunternehmens Orenstein & Koppel an die entbehrungsreiche Nachkriegszeit. In Dresden steht seit 2021 eine Diesellok mit drei Kipploren im Südpark, um an diesen Teil der Stadtgeschichte zu gedenken. Ohne die Trümmerbahnen und die Trümmerfrauen wären die Städte nicht so schnell und effektiv von den Schuttmassen beseitigt worden, hätte der mühsame Wiederaufbau noch länger gedauert. *Jörg Koch*

● **Dr. Jörg Koch** ist Verfasser des dieses Jahr im Stuttgarter transpress Verlag erschienenen Buches „Zug fällt aus. Dramatische Ereignisse der Eisenbahngeschichte“.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Sprachen spielen eine unverzichtbare Rolle, wenn es um die Erhaltung der nationalen Identität in einer globalisierten Welt geht. Gleichzeitig ermöglicht die Muttersprache die individuelle Identitätsbildung, indem sie Vertrautheit, Sicherheit und Orientierung bietet. Daraus ergibt sich, dass Eingriffe in das Sprachverhalten, beispielsweise in Form von Sprachverboten oder aufgezwungenen Sprachregelungen, negative Folgen für den Einzelnen und die Gesellschaft haben. Dennoch nehmen politische Aktivitäten, welche auf eine Veränderung der traditionell verwendeten Sprachen abzielen, kontinuierlich zu. Dahinter steckt das Bestreben „progressiver“ Kreise, mehr Macht zu erlangen, indem sie das auf Sprache basierende Bewusstsein der Menschen manipulieren. Dabei kommen verschiedene Vorgehensweisen zum Einsatz.

Zunächst werden Bedingungen geschaffen, die zum Niedergang der ursprünglich gesprochenen Sprache führen. Hierzu gehört die Duldung oder Förderung der Verbreitung fremdsprachlicher Elemente. Im Deutschen sind das insbesondere echte oder angebliche Anglizismen, vereinfachende Neuschöpfungen beziehungsweise Abkürzungen aus dem Internet sowie Elemente der sogenannten Jugendsprache, welche mittlerweile fast immer orientalischen Idiomen wie dem Arabischen oder Türkischen entlehnt werden.

Wortverbote und Irrsinnsvokabeln

Zum Sprachverfall führt darüber hinaus auch der schludrige Stil vieler selbst ernannter „Qualitätsmedien“. So belehrte die „Süddeutsche Zeitung“ ihre Leser: „Vor Erkältungsinfekten schützt vitaminreiche Kleidung.“ Ebenso verheerende Wirkung entfalten die Sprachpirouetten mancher Akademiker, denen die meisten Menschen unmöglich folgen können. Ein Beispiel hierfür ist dieser Satz in einem Gerichtsgutachten: „Der Angeklagte leidet nicht unter einer asthenischen Charakterdeformation schizophrener Färbung mit Randdebidität, sondern unter einer zyklisch-hysterischen Kernneurose mit psychosexueller Retardierung und peristatisch induzierter Oligophrenie.“

Zudem grassieren unzählige Sprachverbote – angeblich um Diskriminierung zu verhindern und gegen „rassistische Ressentiments“ aus der Kolonialzeit vorzugehen. Indianer dürfen nicht mehr „Indianer“ genannt werden, und Eskimos nicht mehr „Eskimos“. Tabu sind des Weiteren die Mohren samt ihren Köpfen – und das Wort „Neger“ sowieso. Der neue Sprachwahnsinn geht aber noch weiter: In den USA warnt das Nationalarchiv in Washington davor, dass etliche Dokumente aus der Gründerzeit der Vereinigten Staa-



Im Visier der Sprachpolitiker: Mohrenapotheken sind, wie hier in Erfurt, in Deutschland weit verbreitet

Bild: imago/Chromorange

KULTURKAMPF

Von der Sprachverhunzung zur Sprachpolitik

Die deutsche Muttersprache steht von vielen Seiten unter Druck: Schludrigkeit legt die Grundlage für den Verfall, knallharte Ideologie bis hin zur Groteske vollendet das Zerrüttungswerk

ten wie die Unabhängigkeitserklärung von 1776 „rassistische, sexistische, behindertenfeindliche, frauenfeindliche und fremdenfeindliche Meinungen und Haltungen“ zum Ausdruck brächten oder anderweitig „diskriminierend und ausgrenzend“ daher kämen. Und hierzulande schlug die Professorin für Anglophone Literaturen an der Universität Bayreuth Susan Arndt vor, Substantive wie Morgenland, Abendland, Dschungel, Fetisch, Häuptling, Rasse und Stamm aus dem deutschen Wortschatz zu tilgen.

Auch wird die deutsche Sprache durch Gebote verzerrt, welche Begriffe nunmehr bevorzugt zur Verwendung kommen sollen, wobei das Hauptziel dieser Vorschriften angeblich darin besteht, „Geschlechtergerechtigkeit“ zu schaffen. Tatsächlich geht es den Verfechtern der Gender-Sprache aber nur darum, der Mehrheit der Menschen die Weltsicht einer totalitären Minderheit aufzuzwingen. Dabei ist man sich für keinen Irrsinn zu

schade. Davon zeugen Kreationen wie Planet*in Erde, Spatz*in, Krankenschwester*in, Samenspende*in, Prostatapatient*in, Deutsch*in, Landesschüler*innenvertreter*in, Osterhäsin, Nonnin und Sensenfrau.

Mysterium „toter Radfahrender“

Teilweise noch schlimmer erscheinen die verbalen Verrenkungen zur Umgehung des generischen Maskulinums, das bereits im Althochdeutschen für beide biologischen Geschlechter verwendet wurde. Bei „Zufußgehenden-Überwegen“ als Konsequenz aus dem Gendern des Wortes Fußgänger bleibt die Logik ebenso auf der Strecke wie bei den Formulierungen „Die Wählenden boykottierten die Wahllokale“ und „Die Studierenden schliefen im Hörsaal“. Desgleichen stellen tote Radfahrende ein medizinisches Wunder dar, welches man nur in deutschen Polizeiberichten, aber nicht in der Realität erleben kann.

Außerdem erfolgt die Manipulation unserer Sprache durch das sogenannte Framing (Rahmung). Hierbei setzen tendenziös ausgewählte Wörter einen Deutungs- oder Bedeutungsrahmen, um die Wahrnehmung und Interpretation des Empfängers der Botschaft zu beeinflussen. Linke demonstrieren stets nur, auch wenn sie dabei ganze Stadtviertel verwüsten, während Rechte grundsätzlich aufmarschieren wie weiland Hitlers braune Bataillone.

Ansonsten soll auch die Häufigkeit der Verwendung von Wörtern für Bewusstseinsveränderungen sorgen. Der Sprachwissenschaftler Holger Schmitt wies 2024 in seinem Buch „Von ‚Rechtsextremisten‘ und ‚Verschwörungsideologien‘ nach, dass das Wort ‚rechtsextrem‘ von den hiesigen Staatsmedien zehnmal öfter verwendet wird als der Begriff ‚linksextrem‘, was mit erklärt, warum die Bundesbürger die Gefahren durch den Linksextremismus systematisch un-

terschätzen. Die AfD hat den Umgang mit der Sprache als politisches Thema entdeckt. In ihrem Grundsatzprogramm heißt es, dass die jahrhundertlang gewachsene deutsche Sprache auch die kulturelle Identität und Werthaltungen der Deutschen codiere. Daraus resultiere die unbedingte Notwendigkeit, die Sprache unseres Volks in ihrer ursprünglichen Form zu bewahren und unter den Schutz des Grundgesetzes zu stellen.

Diese Aussage wird der AfD jedoch nun zur Last gelegt. So schrieb das von der Bundesregierung finanzierte Blatt des Deutschen Kulturrates namens „Politik & Kultur“: Die AfD mache „das Thema der deutschen Sprache ... zu einem Vehikel, um darüber hinausgehende politische Positionen wie mit einem Trojanischen Pferd weit hineinzutragen in die Mitte der Gesellschaft.“ Dabei tun linke Kreise schon seit Längerem haargenau das Gleiche – nur eben unter umgekehrten Vorzeichen.

ARCHÄOLOGIE

Wie uralte Zeichen zum Politikum werden

Streit um die „älteren Rechte“: Indischer Politiker vom Volk der Tamilen will die geheimnisvolle Indus-Schrift entziffern lassen

Der Ministerpräsident des südindischen Bundesstaates Tamil Nadu, Muthuvel Karunanidhi Stalin, gilt als vielbeschäftigter Mann. Dennoch fand er jetzt die Zeit, ein Preisgeld von einer Million US-Dollar für die Entzifferung der Indus-Schrift auszuloben. Diese ist ähnlich alt wie die mesopotamische Keilschrift oder die ägyptischen Hieroglyphen und war von etwa 2800 bis 1900 v. Chr. auf dem Gebiet des heutigen Pakistan sowie in Nordwestindien in Gebrauch. Hier gab es in der Bronzezeit eine hoch entwickelte städtische Zivilisation mit Metropolen wie Harappa und Mohenjo-Daro, in denen zehntausende Menschen lebten.

Die von den Trägern der Induskultur verwendete Schrift wurde 1875 von dem britischen Armeee-Ingenieur Alexander Cunningham entdeckt. Seither zählte man mehr als einhundert Entzifferungsversuche, welche allesamt erfolglos blieben. Das wiederum entwickelt sich nun zunehmend zum Politikum, weil daraus ein Streit zwischen Hindu-Nationalisten und Vertretern der Tamilen wie Stalin resultiert.

Die Ersteren meinen, die Indus-Schrift sei das Produkt einer arischen Zivilisation, mit der die Geschichte Indiens und des Hinduismus begonnen habe, während die Letzteren davon ausgehen, dass nicht die eingewanderten Indoarier, sondern

die alteingesessenen Drawiden als Vorfahren der Tamilen die Begründer der ersten indischen Hochkultur gewesen seien.

Muthuvel Karunanidhi Stalin wäre daher sehr erfreut, wenn sich die Indus-Schrift als Schöpfung der Drawiden erweise, jedoch ist fraglich, ob es jemals gelingen wird, den archaischen Code zu verstehen und damit auch zu Erkenntnissen über dessen Herkunft zu gelangen. Denn momentan wissen die Experten nicht einmal, ob die vielen verschiedenen Schriftzeichen, die man bislang vor allem auf Stempelsiegeln fand, Buchstaben, Silbenzeichen oder einfach nur Symbole für etwas sind. Dazu kommt die Kürze der In-

schriften: Der längste „Text“ umfasst 27 Zeichen, während der Durchschnitt bei 4,7 Zeichen liegt. Ebenso gibt es keine zweisprachigen Inschriften oder von Nachbarvölkern überlieferte Herrschernamen – beides Faktoren, welche entscheidend zur Entzifferung der alten Schriften Mesopotamiens und Ägyptens beigetragen haben.

Und dann wäre da noch das ungeklärte Problem der Sprache, die mit den manchmal abstrakt, manchmal aber auch sehr bildhaft daher kommenden Zeichen festgehalten wurde. Das Sanskrit als Idiom der Indo-Arier dürfte es jedenfalls kaum gewesen sein, da dieses erst relativ spät in

Nordwestindien und dem heutigen Pakistan auftauchte. Dafür legen Computeranalysen der Häufigkeit des Auftauchens der einzelnen Elemente der Indus-Schrift nahe, dass sie eine Frühform der drawidischen Sprachen festhalten sollte.

Allerdings könnte es sich bei den Zeichen auch bloß um Piktogramme für Familienverbände, Handelswaren oder ähnliches handeln, bei denen die gesprochene Sprache überhaupt keine Rolle spielte. Insofern ist nicht garantiert, dass die Lösung des Rätsels der geheimnisvollen Zeichen den Hindus oder Tamilen von heute propagandistische Munition zu liefern vermag.

W.K.

KÖNIGSBERGER GEBIET

Ukrainischer Angriff trifft die Exklave

Militärschlag auf den russischen Hafen Ust-Luga bei St Petersburg erschwert die Energieversorgung

VON BODO BOST

Benzinknappheit, gestrichene oder verspätete Flüge – der ukrainische Militärschlag gegen den russischen Hafen Ust-Luga bei St. Petersburg hat auch Auswirkungen auf die Versorgung des Königsberger Gebiets.

Am 24. August wurde das Novatek-Terminal im Hafen Ust-Luga durch Drohnenangriff in Brand gesetzt. Dabei kam es zu einem Großfeuer im Novatek-Kraftstoffterminal. Der Angriff traf besonders die Anlage zur Fraktionierung und Umschlag von Gaskondensat, eine zentrale Technologieeinheit mit einer Kapazität von bis zu 6,9 Millionen Tonnen pro Jahr. Infolge der Schäden wurde die Betriebsfähigkeit des Terminals erheblich eingeschränkt. Unter anderem kam es zu temporären Flugausfällen am St. Petersburger Flughafen Pulkowo.

Ust-Luga in der Nähe von St. Petersburg, wo sich auch die Einspeisestation der nie in Betrieb genommenen Nordstream 2-Pipeline befindet, gilt als wichtigster Exporthafen für russischen Gas und Öl an der Ostsee. Hier ist auch die Endstation des Druschba-Pipelinesystems, das in den 1970er Jahren durch DDR-„Freiwillige“ von Sibirien bis ins damalige Leningrad gebaut wurde.

Durch die Kombination aus dem Angriff auf das Terminal und einer weiteren Störung der Druschba-Pipeline sowie des Unetscha-Pumpwerks sank die Exportkapazität über Ust-Luga auf etwa die Hälfte der üblichen 700.000 Barrel pro Tag. Als Reaktion verlagerte Russland die Ölverladungen auf andere Häfen wie Noworosjisk und Primorsk/Birkendorf im Leningrader Gebiet. Ersteres liegt am Schwarzen Meer – von dort nimmt die Energielieferung in die Exklave Königsberg den weiten Weg durch das Mittelmeer.



Hat für Russland an strategischer Bedeutung gewonnen: Der Militärhafen Tannenwalde bei Königsberg

Bild: Yevgeny Volkov

Bereits am 4. Januar hatten ukrainische Drohnen Ust-Luga erreicht, das über 900 Kilometer Flugstrecke von der Ukraine entfernt liegt, und hatten dort einen Gaskondensattank schwer beschädigt. Die Reparaturen dauerten mehr als einen Monat. Der Ölfluss über den Hafen ging zeitweise auf null zurück.

Russland hat wohl auch als Folge der letzten Pläne der NATO drei MiG-31E-Kampffjets mit Kinschal-Hyperschallraketen als Teil erhöhter strategischer Abschreckung auf dem Flugplatz in Tannenwalde [Tschkalowski] stationiert. Der Ort wurde 1948 umbenannt und war ein Stadtteil von Königsberg. Zu Tannenwalde gehört heute ein großer Militärflughafen mit einer Landebahn von 3500 Metern Länge. Laut russischen Behörden ist

die Region dank eigener Energie- und Infrastruktur resilient. Sie könne isoliert operieren, ohne auf den Transit durch Nachbarländer angewiesen zu sein.

Nachbarn blockieren Transitwege

Allerdings hatte die russische Führung erst vor wenigen Monaten von Ust-Luga aus einen Eisenbahnfahrverkehr von dort nach Königsberg eingeführt, um der zunehmenden Blockade der Eisenbahnverbindungen über Weißrussland mit der Exklave Königsberg durch die EU zu entgehen. Litauen hat Transitbeschränkungen im Bahnverkehr eingeführt, wodurch der Warentransport nach Königsberg eingeschränkt wurde.

Die Spannungen mit den Nachbarn der Königsberger Exklave steigen. Vor et-

wam einem Monat wurde im Rahmen einer diplomatischen Eskalation bereits das polnische Generalkonsulat in Königsberg geschlossen, als Reaktion auf zuvor geschlossene russische Konsulate in Polen. Im November vergangenen Jahres war ein deutscher Staatsangehöriger in Königsberg verhaftet worden. Ihm wurde die geplante Sabotage mit Flüssigsprennstoff zur Last gelegt. Die Angaben stammen vom russischen Geheimdienst FSB und lassen sich unabhängig kaum verifizieren.

Das Königsberger Gebiet bewegt sich weiterhin auf einem geopolitisch sensiblen Terrain. Es ist sowohl militärisch mit Atomwaffen stark aufgestellt als auch zunehmend auf Seewege und eigene Energiestrukturen angewiesen – eine Reaktion auf blockierte Transitwege durch die EU.

MELDUNGEN

Aktiv auf Bahngleisen

Lautenburg/Tolkemit – Früher waren Bahnarbeiter damit unterwegs, heute sind sie eine Touristenattraktion: Draisinen. Das jüngste Beispiel ist die Lautenburger Draisinenbahn. Die Strecke führt 7,2 Kilometer entlang der früheren Bahnstrecke von Lautenburg nach Strasburg in Westpreußen durch den Landschaftspark Gozno-Lautenburg. Besuchern stehen am ehemaligen Bahnhof in Lautenburg sieben Draisinen für jeweils vier bis fünf Personen zur Verfügung. Mehr Fahrzeuge bietet die seit einigen Jahren funktionierende Haffdraisinenbahn, die die Schienen der früheren Verbindung von Elbing nach Braunsberg nutzt. Hier sind Touren von Frauenburg und Tolkemit aus möglich, eine Tour führt dienstags und donnerstags von Tolkemit nach Cadinen und ist mit einer Ortsbesichtigung verbunden. Ein Teil der Fahrten ist mit dem Fahrplan der Ausflugsschiffe aus Kahlberg und Neukrug abgestimmt. U.H.

Ein Jachthafen für Labiau

Labiau – Am Ufer des Flusses Deime ist laut dem stellvertretenden Leiter der Stadtverwaltung, Konstantin Perow, der Bau eines Jachthafens, eines Hotels sowie eines Restaurants geplant. Der Jachthafen soll demnach eine Länge von 120 Metern haben. In diesem Jahr wird zunächst der Bau einer schwimmenden Anlegestelle umgesetzt, im kommenden Jahr soll diese dann an die Strom- und Wasserversorgung angeschlossen werden. In etwa drei bis vier Jahren wird auch die Ufersicherung vollständig abgeschlossen sein. Die Stadt hofft, mit der neuen Infrastruktur für Touristen attraktiver zu werden. MRK

LÖTZEN

Ein altes Lichtspielhaus wird zum Denkmal erkoren

Das aus der Vorkriegszeit stammende Gebäude des Kinos „Fala“ soll zum Generationenhaus um- und ausgebaut werden

Das seit Jahren leerstehende Gebäude des alten Lötzensers Kinos soll als Denkmal anerkannt und ein Generationenzentrum werden. Das Lichtspielhaus war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg erbaut worden. Es wurde vermutlich Ende Dezember 1944 bei den ersten sowjetischen Luftangriffen oder etwas später, als die Stadt vier Monate lang von sowjetischen Soldaten und polnischen Plünderern verwüstet wurde, zerstört.

Nach dem Krieg kam Elektroingenieur Simonowicz aus Bialystok nach Łuczany (wie die polnischen Einwohner Lötzen damals nannten). Er baute das Kraftwerk und das Wasserwerk wieder auf und begann gleichzeitig mit der Renovierung des baufälligen Kinogebäudes. Ein einstöckiger Pavillon mit abgerundeten Ecken und Flachdach wurde errichtet. Das Kino erhielt den Namen „Wanda“. Im April 1946 wurde dort der erste Film gezeigt.

1962 wurde ein zweistöckiges Foyer im Stil der Nachkriegsmoderne mit einer vollständig verglasten Vorderwand hinzugefügt. Der Innenraum ist offen gestaltet,

wobei das erste Stockwerk auf massiven Säulen aufliegt. Dahinter verbirgt sich der Kinosaal aus der Vorkriegszeit.

An der linken Fassadenseite hängt eine Leuchtreklame mit dem neuen Namen des Kinos: „Fala“. Die rechte Fassadenseite

ist mit einem beeindruckenden Mosaik eines unbekanntenen Künstlers verziert, das die Tierkreiszeichen darstellt. Das Mosaik ist auch an den Innen- und Außensäulen zu sehen. Der letzte Film wurde hier 2009 gezeigt. Seitdem steht das Gebäude leer.



Noch ist es eine Ruine: Das alte Lötzenser Kino

Bild: mef

Als die Stadt es als Eigentümer abreißen wollte, wurde das Woiwodschafdenkmalamt darauf aufmerksam. Das Gebäude befindet sich innerhalb der denkmalgeschützten Stadtstruktur. Die Inspektion durch die Denkmalpfleger ergab, dass sich das Gebäude in einem sehr schlechten Zustand befand. Das Fundament musste verstärkt werden, die Außenwände waren erheblich beschädigt, die Wände wiesen starke Risse auf und außerdem war das Dach undicht. Die Stadt hatte es vorübergehend mit Plastikfolie abgedeckt.

Die Innenausstattung, einschließlich des Originalbodens aus den 1960er Jahren, ist jedoch weitgehend erhalten. Das Verfahren zur Eintragung des Gebäudes in die Denkmalliste ist im Gange.

Im Stil der Nachkriegsmoderne

Bereits vor einigen Jahren beschloss die Stadtverwaltung, das Kino in ein Generationenzentrum umzuwandeln. Der vordere Teil bleibt erhalten, der baufällige hintere Teil mit den Garagen wird abgeris-

sen. Der Entwurf für das Generationenzentrum wird von einem Architekturbüro aus Pabianice erstellt. Neben einem neuen Saal mit 450 Plätzen sollen neue Technikwerkstätten, 3D-Studios und Konferenzräume errichtet werden. Zwischen dem Kinogebäude und der geplanten neuen Bibliothek entstehen ein Spielplatz sowie ein botanischer und sensorischer Garten. Eine Fußgängerbrücke verbindet die gesamte Grünfläche zwischen Kino und Bibliothek.

Am 6. Juni 2024 wurde im Rathaus von Łuczany der Vertrag für die Modernisierung von Ewa Ostrowska, der Bürgermeisterin von Łuczany, und Przemysław Rutkowski, dem Vorstandsvorsitzenden des Generalunternehmers Rutkowski Construction aus Łyck unterzeichnet. Am 10. Mai dieses Jahres fanden im Rahmen der Lötzen-Tage (Dni Giżycka 2025) die letzten Führungen durch den Altbau statt. Die geschätzten Baukosten betragen etwa 21,7 Millionen Złoty, der Bau soll im dritten Quartal 2026 seiner Bestimmung übergeben werden. Manfred E. Fritsche

Wir gratulieren...



ZUM 106. GEBURTSTAG

Wunderlich, Hedwig, geb. Baginski, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 104. GEBURTSTAG

Holaschke, Hildegard, geb. Michalzik, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 18. September

ZUM 103. GEBURTSTAG

Matzeit, Erich, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. September

ZUM 102. GEBURTSTAG

Krüger, Bernhard, geb. Kackschies, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kobbe, Ruth, geb. Ruppenstein, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 14. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. Opitz, aus Ortelsburg, am 17. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Haertel, Hildegard, geb. Kuerzich, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Kirschnik, Hans, aus Reichwalde, Kreis Mohrungen, am 18. September
Kownatzki, Willi, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bleck, Hanna, aus Lyck, am 14. September
Dabow, Waltraud, aus Rostken, Kreis Lyck, am 15. September
Dudda, Gert, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 14. September
Gildemeister, Helga, geb. Skilandat, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 18. September
Mehlau, Günter, aus Kunzendorf, Kreis Mohrungen, am 17. September
Sawatzki, Adele, geb. Richter, aus Seebriicken, Kreis Lyck, am 13. September
Weinberg, Martha, geb. Tholen, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Göbel, Manfred, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. September

Holstein, Margarete, geb. Reindt, aus Craam, Kreis Fischhausen, am 15. September
Nielsen, Brunhilde, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 14. September
Rinio, Heinz, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 15. September
Salamon, Günter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. September
Uhlich, Elisabeth, geb. Sender, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 14. September
Weist, Gisela, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bartsch, Siegmund, aus Danzig und Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 13. September
Müller, Anneliese, geb. Barwig, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 12. September
Neugebauer, Fritz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 18. September
Plickat, Erwin, aus Ebenrode, am 14. September
Rößling, Gerda, geb. Marr, aus Leißnien, Kreis Wehlau, am 13. September
Scherwat, Gert, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 16. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dopp, Brigitte, geb. Denzer, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 14. September
Gehrmann, Alfred, aus Boyden, Kreis Mohrungen, am 15. September
Joswig, Herbert, aus Lyck, am 17. September
Kasperowitz, Ruth, geb. Waschk, aus Freiort, Kreis Lötzen, am 14. September
Kraschewski, Heinz, aus Sensburg und aus Rhein, Kreis Lötzen, am 17. September
Mathiak, Hans-Lothar, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 13. September
Pustan, Gerd, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 18. September
Rogge, Annemarie, geb. Babrowski, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 13. September
Wojciak, Käthe, geb. Jegodowski, aus Ortelsburg, am 17. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bluschke, Hubert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. September
Brüggemann, Ursula, geb. Stobbe, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 13. September
Korsch, Kurt, aus Worienen, Kreis Preußisch Eylau, am 18. September
Krause, Irena, geb. Falk, aus Thurau, Kreis Neidenburg, am 16. September
Kupczyk, Emmie, geb. Stadie, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 13. September
Link, Erna, geb. Kalinski, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. September

Möhrke, Reinhard, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 16. September
Ollech, Erna, geb. Brzioskam, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Plotz, Waltraut, geb. Bogdan, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 13. September
Pruß, Hedwig, geb. Jedamski, aus Schuttaschen, Kreis Neidenburg, am 18. September
Scheuer, Ingrid, geb. Erdmann, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 13. September
Schöffski, Siegfried, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. September
Willamowski, Klaus, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 14. September
Wrede, Ursula, geb. Rock, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 16. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fuchs, Hildegard, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. September
Gallmeister, Anneliese, geb. Siegel, aus Treuburg, am 12. September
Grell, Ilse, geb. Kristant, aus Fischhausen, am 18. September
Koch, Eva-Maria, geb. Glowatz, aus Lyck, Mackensenstraße 11, am 15. September
Kötzing, Christa, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 17. September
Kulschewski, Ursula, geb. Sakewitz, aus Milucken, Kreis Lyck, am 12. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Andes, Heinz, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 14. September
Breitenbach, Käthe, geb. Marzschewski, aus Walden, Kreis Lyck, am 18. September
Reglin, Helga, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. September
Walendy, Helga, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 14. September
Wasilewski, Dora, geb. Stein, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 16. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blankenstein, Margrit, geb. Erwied, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. September
Conrad, Wolf-Dietrich, aus Lyck, am 16. September
Dettmer, Erika, geb. Bobrowski, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 18. September
Ellermann, Ursula, geb. Porsch, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 13. September
Erwied, Hans-Joachim, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. September
Friedrich, Karl-Heinz, aus Mohrungen, am 12. September
Janz, Alfred, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 13. September

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Krüger, Helga, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. September
Mai, Lieselotte, geb. Tuchlinski, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 13. September
Prawdzyk SVD, Pater Eduard, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 13. September
Schulze, Waltraut, geb. David, aus Biegiethen, Kreis Fischhausen, am 18. September
Zink, Hans-Georg, aus Lyck, am 17. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baumunk, Renate, geb. Steckler, aus Treuburg, am 18. September
Denda, Irmgard, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 12. September
Huuck, Renate, aus Caspershöfen, Kreis Fischhausen, am 15. September
Jeromin, Martin, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 13. September
Jucknat, Horst, Freundeskreis Ebenrode, am 13. September
Kech, Gerlinde, geb. Timmler, aus Treuburg, am 16. September
Kussin, Georg, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 14. September
Liedtke, Wolfgang, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 14. September
Mietzko, Doris, aus Schwalgen-dorf, Kreis Mohrungen, am 12. September
Neutzner, Ruth, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 17. September
Plaumann, Ingrid, geb. Jätke, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 17. September

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreu-

ßische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Pohl, Heide, geb. Großmann, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 17. September
Sontowski, Günter, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 14. September
Strabe, Rüdiger, aus Preußisch Eylau, am 17. September

Müller, Renate, geb. Winkel, aus Treuburg, am 14. September
Soldato, Christine, geb. Sengotta, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 13. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kaminski, Hans-Hermann, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Lipka, Lilo, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 14. September

PAZ wirkt!

Ostpreußisches Landesmuseum

„Sprechen Sie Deutsch?“ – Auf Spurensuche im Land der Erinnerung. Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“ am Dienstag, 23. September, 19 Uhr, Programmokino SCALA, Apothekenstraße 17, mit einer Einführung des Filmemachers Oliver Kanehl, Eintritt: 10,- Euro.



Am 23. September im SCALA zu sehen Bild: Oliver Kanehl

Kanehl begibt sich auf die Spurensuche nach den Orten der Kriegs-Kindheit seines Vaters. 2008 reiste er gemeinsam mit seinem Bruder und den Eltern in die Republik Polen. Jahre später rekonstruiert er anhand von Aufnahmen dieser Reise, was sein Vater (geb. 1935) in den Jahren 1944/45 auf seiner Flucht nach Westen erlebt hat. Behutsam nähert er sich dabei den Themen Abschied und Tod sowie der Frage nach Gewalter-fahrungen und dem Verlust der Heimat.

Kanehl, 1970 geboren, ist Filmmacher und Autor. „Sprechen Sie Deutsch“ ist sein erster Dokumentarfilm. Er führt in den Film ein und spricht im Anschluss mit dem Publikum über dessen Eindrücke und Fragen.

Zusendungen für die Ausgabe 39/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 39/2025 (Erstverkaufstag 26. September) bis spätestens Dienstag, den 16. September, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

„Die große Intrige“ von Wilfried Schaudienst

Die technische Revolution und die Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts in Deutschland zwangen Bismarck zur Schaffung des Deutschen Reiches, was Frankreich verhindern wollte. Es erklärte 1870 dem Norddeutschen Bund den Krieg, den es verlor. Um die Niederlage mit dem Verlust von Elsass und Lothringen zu korrigieren, schmiedete Frankreich mit Großbritannien und Russland die Triple Entente.

Das Deutsche Reich war „eingekreist“ und strategisch im Nachteil. Der Kriegsgrund wurde mit dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger geschaffen und die Katastrophe Europas begann, die heute noch in der Ukraine wütet.

Die 8. Auflage des Buches hat 267 Seiten, erhältlich für 15,90 €, portofrei. Bestellung unter: intrige@freenet.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Tag der Heimat

Stuttgart – Sonntag, 14. September, 14 Uhr, Liederhalle Stuttgart, Hegelsaal, Berliner Platz 3; zentrale Festveranstaltung zum Tag der Heimat des BdV-Landesverbands Baden-Württemberg. 11 Uhr, Mahnmahl für die Opfer von Flucht und Vertreibung, Kurpark beim Kursaal in Stuttgart-Bad Cannstatt: stilles Gedenken mit Kranzniederlegung.



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat

Hof – Sonnabend, 20. September, 11 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5; gemeinsames Essen zum Tag der Heimat.



Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Treffen der Elbinger

Bremerhaven-Lehe – Sonnabend, 4. Oktober, 10 bis etwa 17 Uhr, Haus am Blink, Adolf-Butenandt-Straße 7; Heimatkreistreffen Elbing-Stadt und Elbing-Land.

Sr. Ingeborg Rebeschke aus Oldenburg, Heimatkreisvertreterin der Elbinger, hat mit einigen Helferinnen und Helfern die Organisationsarbeit übernommen. Sie erbitet Ihre Anmeldung unter Telefon (01523) 3868955, damit dem Lokal die Anzahl der am Büfett benötigten Mahlzeiten mitgeteilt werden kann.



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Tag der Heimat

Hamburg – Sonnabend, 20. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Bach-Saal, Gemeindehaus, Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp 4; Tag der Heimat. Das Gemeindehaus des Michels liegt nahe der U3 Haltestelle Baumwall beziehungsweise Landungsbrücken oder ist mit den Buslinien 16 und 17 Haltestelle Michaeliskirche zu erreichen. Der Tag der Heimat 2025 findet statt unter dem Leitwort „80 Jahre: Erinnern / Bewahren / Gestalten“. Veranstalter ist der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V. Gäste sind herzlich willkommen.



Hessen
Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Marion Gräfin Dönhoff

Wetzlar – Dienstag, 16. September, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Bordenfeld bei den Tennisplätzen, Bo-

denfeld 1; Marion Gräfin Dönhoff – ihre Liebe zu Ostpreußen. Gerd-Helmut Schäfer zeichnet ihr Leben nach.



Bildungsreise nach München

Wiesbaden – Donnerstag, 16., bis Freitag, 17. September: Bildungsreise „Kunst, Kultur und Geschichte im Austausch - das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen“ nach München.

Das Programm führt die Teilnehmer zu bedeutenden Institutionen, die sich mit der Geschichte von Flucht und Vertreibung nach 1945 befassen. Im Haus des Deutschen Ostens, im Sudetendeutschen Museum und beim Adalbert Stifter Verein erwarten Sie spannende Führungen, anregende Gespräche mit Experten sowie die Möglichkeit, an der Ausstellungseröffnung „Arabica und Muckefuck“ teilzunehmen. Abgerundet wird der Tag durch ein gemeinsames Abendessen mit dem BdV Landesverband Bayern e.V., das Gelegenheit zu persönlichem Austausch und Vernetzung bietet.

Die Reise startet am 16. Oktober, 8.30 Uhr, Frankfurt Hauptbahnhof und endet am 17. Oktober, 19.30 Uhr mit der Rückkehr nach Frankfurt. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung erhalten Sie bei: Ann-Kathrin Hartenbach, Kulturreferentin, Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V., E-Mail: a.hartenbach(at)bdv-hessen.de, Telefon (0611) 3601918.

Lehrkräfte aufgepasst

Wiesbaden – Die Fortbildungsreihe „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“ zeigt, wie das gleichnamige Digitalportal „Flucht & Vertreibung im europäischen Kontext“ konkret im Unter-

richt eingesetzt werden kann – mit Modulen, Medien, Aufgaben, Zeitzeugenberichten und didaktischen Leitfäden. Zu den Präsenz- und Online-Terminen in den kommenden Monaten kann sich über den Katalog der Hessischen Lehrkräfteakademie angemeldet werden.

Die nächste Veranstaltung findet am Montag, 20. September, 13 bis 17 Uhr, statt: Fortbildungsreihe „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“ – Überleben, Identität und Integration im neuen Umfeld: Neuanfang in Hessen nach 1945 (Sek I). Weitere finden an den nachfolgenden Tagen 21., 22. und 23. September statt.

Anmeldungen sind über den Veranstaltungskatalog der Hessischen Lehrkräfteakademie unter dem Stichwort „Flucht und Vertreibung“ möglich, <https://akkreditierung.hessen.de/catalog>. Zum Digitalportal: „Flucht und Vertreibung im Europäischen Kontext“: <https://fluchtundvertreibung.dilewe.de/>. Weitere Informationen unter: www.bdv-hessen.de/medien/digitalportal.



Mecklenburg-Vorpommern
Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Vortrag „Wolfskinder“

Anklam – Donnerstag, 18. September, 18 Uhr, ehemaliges Wehrmachtgefängnis, Friedländer Landstraße 3a: „Wolfskinder“, Vortrag von Dr. Christopher Spatz, im Rahmen der Wanderausstellung „Stillgeschwiegen! Die Vertriebenen in der SBZ und DDR“.

Die Hansestadt Anklam und der Bund der Vertriebenen laden zu einem verständigungspolitischen Abendvortrag mit Diskussion zum Thema „Vom langen Weg der ostpreußischen Wolfskinder“ ein. Der Referent, Dr. Christopher Spatz, promovierte 2015 nach Ab-

schluss seines Studiums der Geschichte und Germanistik an der Humboldt-Universität in Berlin zum Thema ostpreußische Wolfskinder. Er forscht zu Zwangsmigration im östlichen Mitteleuropa und Geschichte der Beziehungen Deutschlands zu Russland, Litauen und Polen. Des Weiteren ist er in den Bereichen Traumafolgen, Erinnerungstransfer und Familiengedächtnis tätig. Er veröffentlichte 2016 sein erstes Werk „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ im Verlag Ellert & Richter. Ende 2018 ist dort sein zweites Werk „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ erschienen. Die erfolgreiche Kampagne der Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“ zur Entschädigung der Wolfskinder durch die Bundesrepublik Deutschland hat er 2017 wissenschaftlich begleitet. 2019 wurde ihm der Ostpreußische Kulturpreis verliehen.

Die Sonderausstellung „Stillgeschwiegen!“ ist noch bis einschließlich Dienstag, 23. September in Anklam während der Öffnungszeiten des ehemaligen Wehrmachtgefängnisses zu sehen.

Manfred Schukat



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Markttag

Bonn – Sonntag, 21. September, 10 bis 18 Uhr, Münzplatz: Markttag des historischen Deutschen Ostens. Besucher sind herzlich willkommen.

Herbsttagung

Gütersloh – Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14; Herbsttagung.

Bitte anmelden bis spätestens 10. Oktober bei Margitta Romagnolo, Luisenstraße 17, 42655 Solingen, E-Mail: romagno@ostpreussen-nrw.de oder buero@ostpreussen-nrw.de. In der Tagungspause von 20 Euro pro Person sind der Eintritt sowie das Mittagessen und Kaffee und Kuchen enthalten.



BdV-Landesvorsitzender: Tobias Meyer, Im Tiefenthal 12, 67454 Haßloch/Pfalz, E-Mail: t.meyer@bdv-rheinland-pfalz.de

Tag der Heimat

Haßloch – Sonntag, 21. September, 11 Uhr, Kulturviereck, Gillergasse 14; Feierstunde zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen Rheinland-Pfalz. Es wird um Anmeldung gebeten. 11 Uhr: Begrüßung durch Tobias Meyer, Landesvorsitzender des BdV Rheinland-Pfalz, Grußworte, Ansprache, Festrede von Gordon Schnieder, MdL, Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz.



Sachsen
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Kurische Nehrung

Dresden – Dienstag, 23. September, 14 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96; Die Kurische Nehrung.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Erntedank

Limbach-Oberfrohna - Sonnabend, 27. September, 14 bis 16 Uhr, Heinrich-Mauersberger-Raum, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest, Brauchtumsveranstaltung.

Die Veranstaltung „Erntedankfest wie in der Heimat Ostpreußen“ der Landesgruppe Sachsen/Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna ist offen für alle Interessenten. Für einen kleinen Imbiss wird gesorgt. Wer eigene Geschichten aus dieser Zeit zu berichten weiß, wird gern zu einem kleinen Vortrag eingeladen.

Skulptur für Käthe Kollwitz

Moritzburg - Sonnabend, 13. September, 17 Uhr, Meißner Straße 7, Käthe-Kollwitz-Haus: Skulpturenthüllung. Der Dresdener Bildhauer Peter Makolies wird seine Skulptur enthüllen, die die Königsberger Künstlerin Käthe Kollwitz in ihren späten Jahren zeigen soll.

Alexander Schulz

Gedenktage

Leipzig - Sonntag, 14. September, 16.30 Uhr, Café im Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Straße 152: Sächsischer Gedenktage für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Gst.: Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerbürger Tage

Rotenburg (Wümme) - Freitag, 12. bis Sonnabend, 13. September: Angerbürger Tage. Freitag, 19 Uhr, Kreishaus des Landkreises Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2: Begrüßungsabend, Sonnabend, 10.30 Uhr: Gedenken am Patenschaftsstein, 11 Uhr, Hotel Harmonie, Am Pferdemarkt 3: Mitgliederversammlung, 14 Uhr: Filmvorführung und gemütliches Beisammensein am Sonnabend.



Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Vorstandssitzung

Kassel - Freitag, 12. September, 15 bis 16 Uhr, Magistratssaal, Rathaus, Obere Königsstraße 8: Vorstandssitzung, nur Mitglieder des Vorstandes.

Kreistagsitzung

Kassel - Freitag, 12. September, 16.15 bis 17.30 Uhr, Magistratssaal,

Rathaus, Obere Königsstraße 8: Kreistagsitzung, nur Mitglieder des Kreistages.

Trakehner Pferde in der Kunst

Kassel - Freitag, 12. September, 18 Uhr, Magistratssaal, Rathaus, Obere Königsstraße 8: Öffentliche Ausstellungseröffnung „Trakehner Pferde in der Kunst“ mit einer Einführung von Katja Eichhorn, aus Anlass der 110-jährigen Patenschaft der Stadt Kassel.

Der Kreisgemeinschaft Ebenrode/Stallupönen ist ein großes kulturelles Erbe anvertraut: Die Trakehner. 2022 wurde die Trakehnerzucht von der Kulturministerkonferenz und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Empfehlung des unabhängigen Expertenkomitees für Immaterielles Kulturerbe der Deutschen UNESCO Kommission anerkannt. Damit ist sie die erste Pferdezucht mit dieser Auszeichnung. Großartige Pferde gingen und gehen aus ihr hervor. Damals, im Hauptgestüt waren es Namen wie Tempelhüter, Morgenstrahl, Pythagoras, Julmond, Kätzerin, Teichrose, Parsival. Heute sind es die Olympiasiegerin Dalera oder der Vizeweltmeister Imperio. Durch ihre Schönheit, Sportlichkeit, die ihnen anzusehende Disziplin inspirierten sie Künstler, Bildhauer, Maler, Fotografen damals wie heute zu bleibenden Kunstwerken, zum Teil international gekannt und anerkannt.

110-jährigen Patenschaft

Kassel - Sonnabend, 13. September, 11 Uhr, Magistratssaal: Festveranstaltung, musikalisch um-

rahmt von Welf Kerner am Akkordeon, mit folgendem Programm:

Begrüßung durch Waltraut Ellerbrock, 2. Stellvertretende Kreisvertreterin, Grußworte der Ehren Gäste, Totenehrung durch Pfarrerin Petra Fuhrhans, Festvortrag von Dr. Gerhard Kuebart, Verleihung des Ehrenzeichens in Silber der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) an Heinrich Albers, Fehmarn, die Laudatio hält Ellerbrock, Ostpreußenlied, Nationalhymne. Um 13 Uhr gibt es für alle angemeldeten Teilnehmer eine Gemüsesuppe mit Einlage. 14.30 Uhr: ordentliche Mitgliederversammlung der KG Ebenrode (Stallupönen) e.V., die Tagesordnung ist bekannt. 16.30 bis 18 Uhr: Plachandern bei Kaffee und Kuchen. Die Ausstellung ist bis 18 Uhr geöffnet.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch, Freunde und Bekannte sind willkommen.



Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

Erntedank

Dortmund - Sonnabend, 25. Oktober, 13 Uhr, Ostdeutsche Heimastube, Landgrafenstraße, Eingang Märkische Straße: Erntedanktreff-

fen mit einem Mittagsbüfett, Liedern und Vorträgen, die an die Heimat erinnern sowie einem Bericht der diesjährigen Memellandreise. Bei Kaffee und selbstgebackenen Kuchen bleibt genügend Zeit für Gespräche. Bitte anmelden bei Gerhard Schikschnus, unter Telefon (0231) 62836900, Mobil (0173) 8103050.

75 Jahre Bibliothek

Memel - Mittwoch, 1. Oktober, 12 Uhr, Simonaitytes Bibliothek: Geburtstagsfeier zum 75. Bestehen der Bibliothek. Im Anschluss wird um 13 Uhr die Ausstellung „Abschied und Heimkehr - AdM-Archiv“ eröffnet.

Walter Mamat

Memel - Freitag, 3. Oktober, 18 Uhr, Automuseum, nahe dem Skulpturenpark: Ausstellung über den Kunstmaler Walter Mamat - ein verlorener Sohn der Stadt - Die Ausstellung vom Deutschen Kulturverein Memel wird von Herrn Rüttinger vom Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg eröffnet.

Tag der Deutschen Einheit

Memel - Sonnabend, 4. Oktober, 18 Uhr, Konzertsaal, früher: Schützenhaus: Feier zum Tag der Deutschen Einheit, zu der der Deutsche Kulturverein Memel einlädt. Die Festrede hält Prof. Dr. Ruth Leisewitz, die zurzeit an der Universität in Memel lehrt. Das Blasorchester der litauischen Marine und der Chor vom Verein Heide aus Heydekrug umrahmen die Feier.

Deutschkurs

Memel - Jeden Mittwoch, 15.45 bis 17.15 Uhr: Deutschkurs. Durch den Deutschen Kulturverein Memel wird in diesem Jahr wieder ein „Deutsch-Kurs“ dank der Unterstützung der Stiftung „Deutsche Sprache“ stattfinden, der kostenlos ist. Interessierte melden sich bitte bei Heiko Kreßin unter Telefon (0037) 067552084.

Abendmahlskelch

Prökuls - Sonntag, 5. Oktober, 11 Uhr, evangelisch-lutherische Kirchengemeinde: Während des Gottesdienstes in deutscher Sprache und der Anwesenheit des Landesbischofs Dr. Mindaugas Sabutis wird aus dem AdM Archiv der Abendmahlskelch aus dem Jahr 1853/1854 übergeben.

Berliner Memellandgruppe

Berlin - Donnerstag, 18. September, 13 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolanufer 6, 10179 Berlin (Mitte), S- und U-Bahnstation Jannowitz-Brücke, Telefon (030) 726202070: 3. Treffen in diesem Jahr.

Im Mittelpunkt des Treffens werden aktuelle Informationen und interessante Reiseberichte vom Sommer in Memel und dem Memelland stehen, aber auch „500 Jahre Preußen“, vor 80 Jahren Flucht und Vertreibung und der 773. Stadtgeburtstag Memels am 1. August. Bitte anmelden per Telefon (040) 40100473 auf den Anrufbeantworter von Hans-Jürgen Müller, sprechen oder eine kurze E-Mail senden an E-Mail: hjm.berlin@t-online.de

Hans-Jürgen Müller

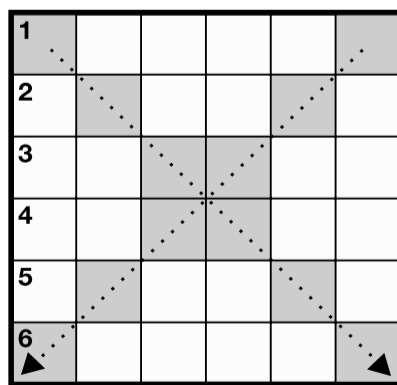
Rätsel

Word search puzzle grid with clues in German. Clues include: Arzneiverkaufsstelle, Abk. für Intercity-Express, Stadt in Holland, sehr bedeutend, bahnbrechend, amerik. Schauspieler (Lauren), Ringel-Saugwurm, enthält lebender Mensch, Drehbuch, leichter Wind, US-Filmstar... Eastwood, Bundesstaat der USA, Altersruhegeld, Wüste in Innerasien, Arzneimittel-form, ein Kunststoff (Abk.), Agentin, artig, brav, zu keiner Zeit, Vor-segel beim Boot, Lohn beim Militär, koffeinhaltiges Kaltgetränk, Teilstrecke, spanische Reis-speise, europ. Weltraumorganisation (Abk.), früher: Seeräuber, Pirat, Mädchen im Wunderland, fett-freies Kosmetikum, Gesangs-paar, Film-reportage (Kurz-wort), Holz-blas-instrument, Ober-beklei-dungs-stück, herbei, hierher (ugs.), bibli-scher Stamm-vater, Mahlzeit-Nahrung, griech. Göttin der Morgenröte, kroatische Adria-insel, Sorte, Gattung, Vogel-laut, Kfz-Zeichen Rem-scheid, Leid, Not, Schmutz, locker, wacklig, Bestand, tatsächlicher Vorrat, Beglei-terung, Schwung, Asiat, Kau-kasier, Technik: Verbin-dungs-stück, Beginn eines Dienstes, dt. Schrift-steller (Eugen), Anhänger einer Welt-religion, frühere ital. Währung (Mz.), Gebots-über-treter, Schiffs-eigner, alt-rö-mische Monats-tage, sich Wissen aneignen, Sicher, Vorsilbe: äußerst, extrem (lat.), frei zu-gänglich, Verpa-ckungs-ge-wicht, franzö-sisch: in, das klassi-sche Altertum, früherer Titel in Genua u. Venedig, Kfz-Zeichen United Kingdom, lang-weilig; schlecht gewürzt, Ab-schieds-gruß, musika-lisches Bühnen-werk, eine Euro-päerin, nach oben (ugs.), Kfz-Zeichen United Kingdom, lang-weilig; schlecht gewürzt, hoch acht-en, schmal; begrenzt, fächer-förmige Fluss-mündung, poetisch: Getränk, ledig-lich, böse, schlimm

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

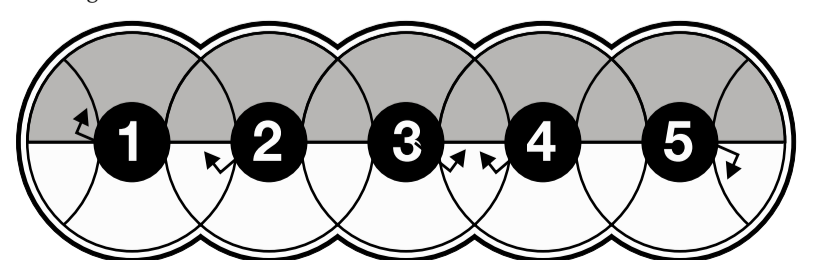
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Blasinstrumente.

- 1 Stöpsel, Zapfen
2 Insel im Zürichsee
3 Stempel
4 Ichmensch
5 Vergeltung für Unrecht
6 Wandpapier

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte den wirkungsvollsten Teil einer Darbietung.

- 1 Kanton der Schweiz, 2 Tornister, 3 Hautfalte, 4 Lärm, Menschengewühl, 5 Weinglas



Heimatkreisgemeinschaften



Direkt am Dangeufer feiern: Der Deutsche Kulturverein Memel beim Meeresfest
Bild: Heiko Krefßin

Meeresfest

Memel – Der Deutsche Kulturverein Memel nahm auch in diesem Jahr am Juros Švente, dem Meeresfest teil. Das Festzelt war, wie schon vor zwei Jahren, direkt am Dangeufer an der alten Fähranlegestelle aufgebaut. Neben dem Vereinsmaskottchen, dem blauen Trabi, nahm in diesem Jahr auch der Segelkutter des Memeler Segler Vereins an der Parade teil. Mit seinen geschmückten zwei Masten war er ein echter Hingucker.

Zusätzlich vervollständigte er das Ensemble des Festplatzes mit dem Festzelt und den Kinderspielen. Gedankt wurde allen Kuchenbäckern, Grillern, Schankwirten und Kinderbespaßern, die während der drei Fest- und Vorbereitungsstage gewirkt haben. Die Gäste wurden mit original Thüringer Rostbratwürsten und Bierspezialitäten der Volfas Engelmann Brauerei bewirtet. *H. R. Krefßin*
Vorsitzender des DKV Memel

Mohrungen

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079, E-Mail: tkacz@alice-dsl.net; **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwabenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 6245467, E-Mail: luise.woelk@web.de; **Schatzmeisterin:** Ute Strößner, Schloßacker 2, 95182 Döhlau, E-Mail: ute.stroessner@t-online.de; **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon /02234) 498365, E-Mail: nc-sommerho@netcologne.de

Kassenprüfung

Bad Nenndorf – Freitag, 12. September, Grandhotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2024.

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 13., und Sonntag, 14. September, Grandhotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Heimatkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 13. September, 10 bis 11.30 Uhr: Kreisausschusssitzung, Sitzungsraum im Grandhotel Esplanade, 13.30 bis 15 Uhr: Kreistagssitzung, Sitzungsraum im Grandhotel Esplanade, diese Sitzung ist öffentlich. Die Einladun-

gen zu den Sitzungen sind schriftlich und laut Satzung termingemäß versandt worden.

Ab 15 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume, Begrüßung der Teilnehmer, Kaffeetrinken mit Freunden und Besuchern, 16.30 Uhr: Film über Ostpreußen, 18.30 Uhr: Abendessen, 20 Uhr: Beisammensein mit Musik, kulturellen Einlagen, Ausklang des gemütlichen Beisammenseins um Mitternacht.

Es gibt die Möglichkeit zum Erwerb von Büchern, Marzipan, Bärenfang und vielem mehr.

Es wird gebeten, sich in die Anwesenheitslisten einzutragen. Anwesenheitslisten sind für Mohrungen, Liebstadt und Saalfeld vorhanden. Mitgliederlisten liegen nach Alphabet und Heimatorten für Informations- und Suchzwecke im Eingang der Veranstaltungsräume aus. Bei Fragen sind Ihnen behilflich: Christine Perschon, Günter Keuchel und Birgitt Kolakowski. Aber auch die Vorstandsmitglieder helfen sehr gerne.

Sonntag, 14. September, 10 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume im Grandhotel Esplanade, 10.30 Uhr: Feierstunde mit der Begrüßung durch die Kreisvertreterin Ingrid Tkacz, Grußworten der Ehrengäste, dem Geistlichen Wort von Pfarrer i.R. Gerd E. Friede Kolakowski, der Totenehrung, der Festrede „80 Jahre nach Flucht übers Haff“ des Referenten Horst Sommerfeld, Ehrungen und dem Schlusswort. 13 Uhr: gemeinsames Mittagessen, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung, danach: gemütliches Ausklingen bei Kaffee und Kuchen und guten Gesprächen.

Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmman, Stennweilerstraße 35, 66564 Otterweil, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen mit MV

Osterode am Harz – Sonnabend, 20. September, 9 Uhr, Stadthalle, Dörgestraße 28: Mitgliederversammlung (MV) und Jahrestreffen mit folgendem Programm:

9 Uhr: Einlass in die Stadthalle für die Mitgliederversammlung

der Kreisgemeinschaft Osterode um 9.45 Uhr; 11 Uhr: Einlass in die Stadthalle zum Jahrestreffen; 12 Uhr: Feierstunde, 13.15 Uhr: Unterhaltungsprogramm mit dem Heimatsänger BernStein; anschließend gemütliches Beisammensein. Am 19. September kann nach Absprache das Heimatmuseum besichtigt werden.

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

76. Heimatkreistreffen

Verden – Wochenende, 19. bis 21. September, Landhotel Zur Linde, Thedinghauser Straße 16: 76. Heimatkreistreffen. Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert. Nach vorheriger Anmeldung, spätestens bis zum 15. September, und Nennung des Wunsches per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de wird die Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Fragen beantworten oder im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen. Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonntag ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr.

Ostpreußenreise 2026

Pr. Eylau – Sonnabend, 13. Juni, bis Sonntag, 21. Juni 2026: Reise in den Heimatkreis im südlichen Ostpreußen.

Den Auftakt macht dabei der Besuch von Thorn an der Weichsel. Danach geht es weiter zum Besuch der Marienburg.

Bei Elbing steht die Erkundung des Drausensees bei einer Schiffsfahrt auf dem Programm. Weiter geht es an den Oberländischen Kanal mit einer Besichtigung des Maschinenhauses.

Beim Besuch der Ermländischen Hauptstadt Allenstein ist neben der Stadtführung ein weiterer Höhepunkt ein Besuch der „Stiftung Borussia“. Vom Gut und Gestüt Gallingen aus geht es nach Landsberg, Partnerstadt im südlichen Teil des Kreises Preußisch Eylau zu einem Treffen mit den heute dort lebenden Bürgern. Die Reiseteilnehmer werden besonders den äußersten Süden Ostpreußens mit Johannisburg und der Johannisburger Heide erkunden. Eine Schiffsfahrt auf den miteinander verbundenen Seen bei Rudczanny/Ruciane Nida und eine Staken-Bootfahrt auf dem wohl malerischsten Flüsschen Masu-

ren, der Kruttinna, stehen auf dem Programm.

Schon wieder Richtung Heimat geht die Reise zur Frischen Neherung und einer Fahrt mit der historischen Eisenbahn durch die Weichselniederung im Danziger Werder.

Ein Höhepunkt am Ende der Reise wird der Besuch von Danzig sein. Die Heimreise führt durch Pommern mit der letzten Übernachtung in einem zum Hotel umgestalteten mittelalterlichen Ritterschloss tief im pommerschen Buchenwald.

Das genaue Programm wird voraussichtlich im Herbst feststehen. Gerne werden detaillierte Reisebeschreibungen an alle Interessenten zugesandt. Bitte melden Sie sich hierzu bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries, unter Telefon (02103) 64759, oder per E-Mail: Preussisch-eylau@landkreis-verden.de.

Wehlau

Kreisvertreterin: Margot Löwe, Weitzelstraße 9, 09648 Mittweida, Telefon (03727) 5165, E-Mail: margot.loewe@web.de
Stellvertreter: Dirk Reinsberg, Waldstraße 5, 25524 Itzehoe, Telefon (0157) 5206 8397, E-Mail: reinsbergd@web.de
Internet: www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen

Bassum – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, bis Sonntag, 5. Oktober, bis 16 Uhr, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung, 11 Uhr: Feierstunde zu 70 Jahre Patenschaft des Landkreises Diepholz für den ostpreußischen Landkreis Wehlau, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Wehlau lädt zu Erbsensuppenessen ein, 14 Uhr: Fortsetzung der Mitgliederversammlung, 17 Uhr: Abendessen, Teilnahme nach vorheriger Anmeldung, 19 Uhr: gemütliches Zusammensein mit Erzählungen Musik, Gesang und Zeit zur Unterhaltung

Sonntag, 5. Oktober, 10 Uhr: Gedenken am Tapiauer Stein im Park der Freudenburg, 11 Uhr: Gedenken am Wehlauer Stein im Park des Kreishauses Syke, 12 Uhr: Führung im Wehlauer Heimatmu-

seum und der Sonderausstellung über Nachkriegssiedlungen „Raum ist in der kleinsten Hütte, anschließend ist Zeit zur Unterhaltung, 16 Uhr: Schluss des Kreistreffens.

Mitgliederversammlung

Bassum – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, Freudenburg, Amtsfreiheit 1, Vorwerk: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Wehlau e.V. im Rahmen der Feier zum 70-jährigen Bestehen der Kreispatschaft mit folgender Tagesordnung: Begrüßung und Eröffnung durch die 1. Vorsitzende; Gedenken an Verstorbene; Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung; Festrede „70 Jahre Kreispatschaft“; Grußworte des Landrats, des Bürgermeisters; Feststellung der Beschlussfähigkeit – bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und

dann erneut eröffnet –; Annahme der Tagesordnung; Wahl: Verhandlungsleitung, Protokollführung, Jahresberichte des Vorstandes, a. 1. Vorsitzende, b. 2. Vorsitzender – Familienforschung, c. Schatzmeister – Kassenbericht, d. Mitgliederbetreuung, e. Heimatkreisdossier, d. Internetauftritt, Bildarchiv, f. Heimatbrief, Archiv, Heimatmuseum, g. Aktuelles aus der Heimat; Bericht der Kassenprüfer über Haushalt 2024; Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes; Wahlen: Wahl eines Beisitzers / Beisitzerin; Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2026; Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2026; Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder; Anfragen und Anregungen der Mitglieder; Schlusswort der Vorsitzenden; Ostpreußenlied.

Margot Löwe, Dirk Reinsberg und Rainer Sendack

Trakehner Verband

VII. Trakehner Bundesstutenschau mit Elitefohlenauktion

Sie sind die Säulen der Zucht, das Tafelsilber und der ganze Stolz ihrer Züchter, die Basis für Sporterfolge und Zuchtfortschritt – und das seit fast drei Jahrhunderten: Die Trakehner Stutenfamilien sind in der Pferdewelt legendär und einzigartig. Ihre besten Vertreterinnen der aktuellen Population treffen sich am 13. und 14. September

auf dem historischen Hofgut Kranichstein in Darmstadt/Hessen zur VII. Trakehner Bundesstutenschau.

Der Sonntagvormittag steht ganz im Zeichen der Trakehner Familiensammlungen. Den unterhaltsamen Auftakt zur Trakehner Bundesstutenschau bildet am Freitagabend ab 18.15 Uhr ein „Come together“. Weitere Informationen und Anmeldungen unter: www.trakehner-verband.de.



Aktion um Auktion vom 12. bis 14. September in Darmstadt: Der Eintritt ist frei
Bild: Jutta Bauernschmitt

ANZEIGE

Plidder pladder - Regenschirm

Hochwertiger
Stockschirm
mit
Automatikfunktion,
100 cm
Durchmesser,
Kunststoffgriff und
Stahlstock,
Gewicht: 340 g

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@ostpreussen.de

Je
30,- Euro
incl. Porto und
Verpackung

MEDIZIN

Woher die Haffkrankheit ihren Namen hat

Im Fischerdorf Narmeln, Kreis Elbing, wurden Ärzte erstmals mit einem epidemieartigen Auftreten der Fischvergiftung konfrontiert

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im August 1924 entwickelte ein Fischer aus dem ostpreußischen Dorf Narmeln auf der Frischen Nehrung plötzlich unerklärliche Krankheits-symptome. Innerhalb weniger Minuten traten bei dem bislang völlig gesunden Mann starke Muskelschmerzen auf, denen Lähmungen am ganzen Körper folgten – wobei diese Symptome nach einer Weile auf ebenso rätselhafte Weise wieder verschwanden, wie sie gekommen waren.

Genauso traf es in den nächsten Wochen 350 weitere Fischer in den Ortschaften rund um das Frische Haff. Ein zeitgenössischer Beobachter schrieb hierzu: „Es ist ein unvergleichlich tragischer Anblick, wie diese kräftigen Männer hilflos, in völlig steifem Zustande aus den Fischerbooten nach Hause geschafft werden.“

Suche nach dem Verursacher

Anfangs glaubte man, dass arsenhaltige Gase aus Industrieabwässern die Ursache für die sogenannte (Königsberger) Haffkrankheit seien, weswegen die Behörden 600 Gasmasken an die Fischer verteilten. Weil die Betroffenen aber am Tage vor dem Auftreten ihrer Symptome allesamt Fische aus dem Frischen Haff gegessen hatten, drängte sich alsbald der Verdacht auf, dass die Ursache des Leidens vielleicht doch eher in der schlechten Wasserqualität und einer Ansammlung von Schadstoffen in den Meerestieren liege.

Um dem nachzugehen, richtete das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt im Sommer 1925 mit Unterstützung des Berliner Robert-Koch-Institutes das Staatliche Haff-Laboratorium in Pillau ein. Dieses untersuchte zunächst, ob die arsenhaltigen Laugen der Zellstofffabrik in Kosse, die über den Pregel ins Frische Haff gelangten, für die Krankheit verantwortlich seien. Dabei wurde die Hypothese von den Arsengasen, „welche in den frühen Morgenstunden vor Sonnenauf-



Idyllisch, aber nicht ungefährlich: Leben und Arbeiten am Frischen Haff in Narmeln

Bild: Wikimedia

gang über dem Wasser lagern“, endgültig verworfen.

Zellstofffabrik in Kosse?

Stattdessen konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Forscher auf die Aale, die von den Fischern damals in überreichlichem Maße konsumiert wurden und möglicherweise Umweltgifte wie eben Arsen aus dem Schlamm am Grunde des Haffs aufgenommen hatten. Und tatsächlich fand sich in den Tieren auch eine leicht erhöhte Arsenkonzentration, die als Erklärung allerdings nicht ausreichte. Weil keine weiteren Fälle mehr auftraten,

wurde das Pillauer Laboratorium im Oktober 1925 geschlossen.

Allerdings kehrte die Haffkrankheit dann im April 1926 zurück. Die meisten Betroffenen lebten dabei wieder in den Uferregionen des Haffs, in denen sich auch die fäkalienhaltigen Abwässer aus der Kanalisation der Stadt Königsberg konzentrierten und Fäulnisgase im Wasser freisetzen. Hier konnten unter dem Einfluss der Sonneneinstrahlung und des Sauerstoffmangels auf dem Grund Toxine entstehen, die über Mikroorganismen in den Nahrungskreislauf gelangten und sich in den Fischen anreicherten. Diese natür-

lichen Gifte sorgten dann für ein Krankheitsbild, das heute unter dem Namen Rhabdomyolyse bekannt ist und manchmal zur dauerhaften Schädigung oder gar Auflösung von Muskelfasern führt.

Die leidvolle Erfahrung, dass hieraus auch Todesfälle durch Komplikationen wie Organversagen resultieren können, machte die Bevölkerung rund ums Frische Haff im Jahr 1932, als es erneut zu einem Ausbruch der Krankheit im Bereich der Ortschaften Peyse, Zimmerbude, Groß-Heydekrug, Fischhausen, Rosenberg, Waltersdorf und Narmeln mit insgesamt 178 Betroffenen kam. Während sich die

meisten davon wieder erholten, starben der 35-jährige Fischereihilfe Karl Eim aus Peyse und ein weiterer Mann aus Waltersdorf im Herbst 1932.

Königsbergs Haushalte!

Die nun mit der Aufklärung der Krankheitsursache betrauten Mediziner der Universität Königsberg um den Direktor der Kinderklinik Wilhelm Stoeltzner gingen fälschlicherweise wieder von einer Verseuchung des Frischen Haffs durch säurehaltige Abwässer der Königsberger Zellulosefabriken aus, weil ihnen der Mechanismus der Entstehung der Rhabdomyolyse infolge einer Toxinentwicklung im Faulschlamm auf dem Grunde des Gewässers nach wie vor unbekannt war.

Darüber hinaus zahlte der Staat auch Entschädigungen an 400 gesundheitlich oder wirtschaftlich geschädigte Hafffischer, um den sozialen Frieden zu bewahren, nachdem Pläne der Betroffenen aufgefliegen waren, die Ausläufe der Abwasserkanäle von Königsberg zu verschließen. Eine solche Aktion hätte allerdings wirklich geholfen, weil damit neben den Industrieabwässern auch die tatsächlich für die Misere verantwortlichen Abwässer aus den Haushalten nicht mehr ins Haff geströmt wären.

Wie wenig die Zellstoffwerke der ostpreußischen Provinzhauptstadt Schuld an der Entstehung der Haffkrankheit trugen, zeigten andere, teilweise ebenfalls tödliche Rhabdomyolyse-Ausbrüche, bei denen die Zellstoffindustrie keine Rolle spielte. Diese ereigneten sich zwischen 1947 und 2008 am Juksowski-See unweit von Leningrad, am Sartlan-See bei Nowosibirsk, am sibirischen Kotokel-See und am Omega-See in der russischen Teilrepublik Karelien. Dazu kamen Fälle der Haffkrankheit im Gebiet von Mariestadt in Schweden (1948), in den USA (hier gab es immerhin zehn Ausbrüche zwischen 1997 und 2014) sowie in der chinesischen Metropole Nanjing (2013).

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Es wächst zusammen, was zusammengehört

Preußisch- und Österreichisch-Schlesien wachsen rund um Ratibor wieder zusammen

Auf einer der ältesten Straßen im ober-schlesischen Ratibor [Racibórz] – der Langen Straße [ulica Długa] – sind am letzten Augustsonntag historisches Handwerk und Brauchtum gefeiert worden. Das Ratiborer Museum rief museale Institutionen, Landfrauenverbände und Trachtengruppen aus Oberschlesien zusammen, inklusive aus tschechischen Nachbarregionen, die wie Troppau und dem Hultschiner Ländchen [Hlučínsko] schlesisch sind oder Ostrau [Ostrava], das einst aus Mährisch und Schlesisch Ostrau zusammengeschlossen wurde, enge Verbindungen zu Schlesien aufweisen.

So präsentierten sich junge Frauen auf der Bühne bei einer Trachtenschau. Der westslawische lachische Dialekt mischte sich an diesem Sonntag mit dem ober-schlesischen „Wasserpölnisch“, dem Polnischen, Tschechischen und Deutschen. Dies, „weil jeder Schlesier auch ein bisschen Deutscher ist“, erklärt Jiří Neminář vom Museum des Hultschiner Ländchens in Hultschin bezogen auf die Verhältnisse in diesem östlichen Grenzgebiet Schlesiens. „Man war in der Vergangenheit deutsch, dann wieder tschechisch. Meine Oma ist Deutsche, ihre Muttersprache war Deutsch, aber nach dem Krieg wurde

sie Tschechin, weil das Deutsche verboten war“, sagt er. Als Städterin hätte sie kein Mährisch oder Lachisch gesprochen. Deshalb spreche die 90-Jährige heute die tschechische Hochsprache. Solche Familiengeschichten hatten Neminář schon als Kind fasziniert und auch zum Studium der Geschichte und zu seiner Arbeit im Museum geführt. Das 2005 entstandene Museum erzählt die Sonderstellung dieser Region, die als einziges Gebiet der Tschechischen und früher der Tschechoslowakischen Republik bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nicht zu Österreich-Ungarn, sondern zu Deutschland gehörte.

Die Hultschiner sehen demzufolge Prag als Hauptstadt Österreichisch-Tschechiens, Hultschin hingegen als Hauptstadt Preußisch-Tschechiens. Bis 1920 war das Ländchen Teil des heute polnischen Kreises Ratibor. Nach dem Münchner Abkommen 1938 wurde das Hultschiner Ländchen wieder dem Deutschen Reich angeschlossen und wurde vom Landratsamt in Ratibor verwaltet. Diese Verbundenheit ist noch heute im Dialekt auf beiden Seiten spürbar.

Aber, „nur noch die Älteren Menschen, die den Krieg oder die unmittelbare Nachkriegszeit noch miterlebt haben, wissen,



Jiří Neminář (links) freut sich auf gemeinsame Aktivitäten mit dem Museum zu Ratibor und über die Trachtenschau aus der Ratiborer Region

Bild: Wagner

dass Ratibor und das Hultschiner Ländchen zusammengehörten. Die junge Generation bei uns weiß nichts mehr darüber. Dafür sind wir Museen ja da, um aufzuklären“, sagt Iwona Mogielnicka vom Ratiborer Museum, dem Veranstalter des Festes. Sie organisiert Studienreisen ins Hultschiner Ländchen und ins Museum in Hultschin, mit dem es seit drei Jahren ei-

ne enge Zusammenarbeit gibt. „Das Hultschiner Museum zeigt einen sehr guten Film über die gemeinsame Geschichte unserer Region“, sagt sie. Als kleines und noch relativ junges Museum greift die Hultschiner Einrichtung gerne auf die Hilfe der Ratiborer zurück, sagt Neminář.

„Wir wissen, welche Forschung in Ratibor stattfindet und die Ratiborer wissen,

was wir in unseren Sammlungen haben. Das ist wichtig, damit wir uns austauschen können. Das gab es vorher nicht“, freut sich Neminář, der bald auf eine gemeinsame Ausstellung hofft. .

Fünfzehn Museen konnte Mogielnicka zum Fest mobilisieren. Ihr Ziel ist, „dass die Einrichtungen gut ankommen und keine verstaubten Kämmerchen voller Antiquitäten sind“, sagt sie. So lockt Andrea Weglarzová vom Museum in Ostrau mit der Ausstellung „Licht und Schatten von Ostrau“ über die berühmten Ostrauer Lauben [Lauby]. „Dort hatte sich vom Mittelalter bis zum Abriss der Arkadengiebelhäuser 1964 das Geschäfts- und Gesellschaftliche Leben Mährisch Ostraus abgespielt, aber auch Prostitution und Glücksspiel“, berichtet sie und verrät, dass sie bereits an der nächsten Ausstellung zum Ostrauer Kaffeehausleben arbeitet, die im Oktober eröffnet wird.

Auch die Ratiborer hätten kulinarisches im Sinn, sagt Mogielnicka, „und werden im Oktober eine Schau zu kulinarischen Traditionen in Ratibor und Hultschin eröffnen“, kündigt sie an und freut sich auf den nächsten Schritt hin zur Wiederkehr des Zusammengehörigkeitsgefühls. *Chris W. Wagner*

OSTSEE

Nicht nur Gips für Europa

Lotsen sorgen für die reibungslose Passage der Schiffe zu den Häfen und an Gefahrenstellen vorbei

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Schauplatz Südhafen: Seelotse Jens Mauksch aus Devin, seit 23 Jahren im Geschäft und früherer Hochseefischer aus Rostock, stakt durch die regenglitschigen Gipsreste auf der Pier am Schiff entlang und liest an Heck und Steven des Frachters die Tiefgänge ab. „Na ja“, meint der erfahrene Seemann, „geht so“. Plötzlich rollt der schwere bordeigene Bagger auf Schienen Richtung Vorschiff. „Um durch die Gewichtsverlagerung den Tiefgang von achtern nach vorn auszugleichen“, erklärt Mauksch.

Kurze Begrüßung – ohne Handschlag – auf der Brücke. Der norwegische Kapitän und sein Zweiter Offizier geben kurz Auskunft über Schiff und Zielhafen, wie das so üblich ist. „Mit 5800 Tonnen Gips nach Drammen“, informiert der Kapitän. Während Mauksch ihm die Situation im Fahrwasser erklärt, startet der Zweite die Kaffeemaschine. Kaffeeduft verdrängt allmählich Tabakgeruch. „Stralsunder Gold im Bauch“, grinst Mauksch und ergänzt: „Gips ist mit über 700.000 Jahrestonnen das Umschlags-Standbein des Seehafens.“

Mehrmals die Woche rollt ein 1200-Tonnen-Zug aus Jänschwalde bei Cottbus in den Nord- oder Südhafen. Seit 2000 ist der gelbe Stoff ein europaweit begehrtes Nebenprodukt der Rauchgaswäsche in dem Spreewälder Kraftwerk. Daraus werden europaweit Gipskartonplatten für den Trockenbau hergestellt.

Fit für hohe Belastungen

Noch ist Zeit für einen Plausch, bevor die 28-Seemeilen-Revierfahrt durch die Ostsee beginnt. „Da drüben“, zeigt Mauksch über die Ziegelgraben- und Rügenbrücke hinweg, „wurde ich 1963 geboren, genauer gesagt in Bergen“. Zehn Jahre schuftete er unter härtesten Bedingungen in der Rostocker Hochseefischerei, wurde Matrose und Netzmacher. Doch er wollte weiter und paukte von 1992 bis 94 für das Steuermann-Patent in mittlerer Fahrt, dann noch einmal zwei Jahre an der Hochschule für Nautik in Elsfleth.

Mit dem Patent für große Fahrt arbeitete er drei Jahre als Steuermann auf Containerschiffen und wurde schließlich 1999 zum Kapitän ernannt. Doch er wollte unbedingt Seelotse werden, sammelte seit 2001 Erfahrungen als Aspirant in Begleitung eines „fertigen“ Kollegen und bekam 2002 die offizielle Bestallung eines Seelotsen im Revier Wismar-Rostock-Stralsund (WiRoSt).

Der Kapitän schaut jetzt auf die Brückenuhr: „Let's go!“, gibt er locker das



Für den Job muss man fit sein: Seelotse Jens Mauksch ist vom Frachter abgestiegen

Bild: Schmidt-Walther

Kommando. Über Walkie-Talkie verständigt er „seine Jungs“ unten an den Winden. Auf der Pier streift Schiffsmakler Torsten Müller von TM-Shipping die Leinen von den Pollern. Kurzer Gruß auf die Brücke: „Alles klar!“ Schwerfällig löst sich der voll abgeladene 114 Meter lange, 15 Meter breite norwegische 6000-Tonner von der Pier. Der Kapitän bewegt den Frachter nur mit dem Joystick, einem fingergroßen Hebel. Mauksch gibt ihm dazu laufend seine Anweisungen wie „port 20!“, „midships!“, „hard port!“ oder „starboard 10“. Bis der Steven die Ziegelgrabenrinne genau voraus hat.

Ganz langsam nimmt der Frachter Fahrt auf. Die Stralsund-Kulisse schrumpft mit dem Abstand, bis sie hinter Devin ganz verschwindet. Dort wohnt er mit seiner Frau, ist begeisterter Hobby-Biker und Tischtennispieler im SV Medizin Stralsund von 1953. „So halt ich mich fit“, lacht er, denn die Belastungen der Lotsen sind hoch. Physisch gesehen insofern, als wir häufig bei Sturm und hohem Seegang auf den Lotsenbooten kräftig durchgeschüttelt werden und der ganze Körper zugleich dagegen „arbeiten“ muss.

Das Klettern auf einer bis zu neun Meter langen Lotsentreppe an einer nassen Bordwand erfordert uneingeschränkte Gesundheit, Kraft und Geschicklichkeit. Dazu manchmal noch ein schweißtrei-

bender Fußmarsch durch –zig Decks bis auf die Brücke, wonach man sofort präsent sein muss.

Systemrelevanter Knochenjob

Die Seebereitungsbranche ordert den Lotsendienst nicht umsonst als „gefährlichste Tätigkeit“ ein. Im Winter bei Eis und Schnee sowie bei Nacht und Nebel wird das besonders deutlich. „Manch ein Kollege verlor dabei sogar sein Leben“, berichtet Mauksch, „im psychischen Bereich nervt das Warten auf den Abruf. Man weiß nie, wann der nächste Anruf und was für ein Schiff da auf einen zukommt. Darunter sind leider auch Schiffe, mit denen ich jedenfalls nicht raus auf See fahren würde. Dies alles vor dem Hintergrund von 263 Arbeitstagen im Jahr mit einem ständigen Dienst- und Bereitschaftssystem – 24 Stunden am Tag und natürlich auch an Sonn- und Feiertagen bei fluktuierender Schifffahrt.“ Ein echter Knochenjob und damals unter Corona-Aspekt als „systemrelevant“ eingestuft.

Jens Mauksch schaltet jetzt das Echolot ein, um zu sehen, wo es „patches“ gebe, wie er die Sandhügel in der Fahrinne nennt, die durch seitliche Rutschungen entstehen. Das Gerät zeigt 2,50 Meter und mehr unterm Kiel an. „Kein Problem“, strahlt der Berater der Schiffsführung beruhigt, „wenn du Mitte Bach steuerst und

mit maximal acht Knoten fährst.“ Man dürfe nur nicht an die Flanken kommen, „da wird's dann problematisch und man kann sich festfahren“. Selbst in der als kritisch eingestuften Palmerort-Rinne am Ausgang in den Greifswalder Bodden und im Landtief-Fahrwasser südöstlich von Thiessow auf Rügen meldet das Echolot noch 1,50 Meter unterm Kiel. „Selten ist außerdem eine Begegnungssituation unter großen Schiffen“, weiß Mauksch aus seiner langjährigen Revier-Erfahrung.

Nach dreieinhalb Stunden und 28 Seemeilen kommt das Freester Lotsenboot längsseits. Wir wünschen dem Kapitän und seiner siebenköpfigen Crew gute Reise nach Norwegen und hoffen: „Bis zum nächsten Mal in Stralsund, aber gesund!“ Aktuell brachte Mauksch gerade die „Disney Adventure“ nach Saßnitz zum Treibstoff bunkern. Kreuzfahrer zu lotsen, sagt er, ist stets etwas Besonderes.

● In ganz Deutschland sorgen 800 Lotsen für die sichere Fahrt auf Nord- und Ostsee. Sie verteilen sich auf neun Lotsenreviere. Davon gibt es sechs an der Ostsee. Die Lotsenbrüderschaft WismarRostockStralsund (WiRoSt) zählt 34 Lotsen. Für Stralsund und Umgebung, Reichweite von Hiddensee, Rügen bis ins Stettiner Haff mit Ückerkmünde, sind zehn Lotsen zuständig.

● MELDUNGEN

Junge Musiker, Zoonacht und Kinderdorf

Stettin – Im Jahr 2018 kündigte die Stettiner DB Port GmbH (eine Tochter der Deutschen Bahn) die Vertiefung der Fahrinne auf 12,5 Meter an, um Massen- und Stückguttransporter mit etwa 44.000 Tonnen Ladung abfertigen zu können. In diesem August wurde die Hafentiefung abgeschlossen. TS

Anklam – Die letzte pommerische Zuckerrübenfabrik hat am 8. September mit der Verarbeitung der Zuckerrüben begonnen. Das seit 2009 zum niederländischen Royal Cosun U.A. Konzern gehörende Werk verarbeitete im vergangenen Jahr 1,9 Millionen Tonnen Zuckerrüben und stellte 300.000 Tonnen Zucker her. TS

Stargard – Die 1974 gegründete spanische HINE Group, führender Anbieter für Hydraulik- und Kühlsysteme der Industrie und Energiewirtschaft, will einen Produktionsstandort aufbauen. Ziel: Expansion auf die Märkte Mittel- und Osteuropas. Produktionsstart ist im vierten Quartal dieses Jahres. TS

Köslin – Am 5. September beging das SOS-Kinderdorf Köslin sein 20. Jubiläum. Seit 2005 fanden hier 188 Kinder (mit Unterstützung von Dr. Oetker) ein Zuhause, da sie nicht bei ihren leiblichen Eltern aufwachsen konnten. Zudem wurde auch eine Jugendwohngemeinschaft aufgebaut. TS

Heringsdorf – Das 2008 gegründete Baltic Sea Philharmonic Orchester wird auch in diesem Jahr mit insgesamt 500.000 Euro gefördert – so der Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages. Die jungen Musiker stammen aus dem Ostseeraum, einer der Dirigenten war Kurt Masur. TS

Stolp – Die vor einigen Monaten im Bereich des pommerischen Lauenburg aufgetretene Afrikanische Schweinepest hat den Kreis Stolp erreicht. Die sich schnell ausbreitende Viruserkrankung wurde bei Wildschweinen nachgewiesen, die bei einem Verkehrsunfall getötet wurden. TS

Pasewalk – Das nach einem Aufruf von Friedrich dem Großen 1748 von pfälzischen Kolonisten gegründete Dorf Viereck („Vierecksch“) erlebte auf Gut Borken die erste pommerische Stroh-Olympiade. Das Stroh wurde durch zehn Mannschaften um die Wette geworfen, gerollt, gestapelt und geschoben. TS

Stralsund – Am 3. September wurde das Frankenkronwerk an das Schulzentrum am Sund übergeben. Das historisch wertvolle aus dem 19. Jahrhundert stammende Frankenkronwerk wurde offiziell Bestandteil des Schulzentrums am Sund. Nach der Entkernung des zuletzt als Autohaus genutzten Gebäudes – ursprünglich gebaut als Stralsunder Stadtbefestigung – erfolgten archäologische Ausgrabungen und anschließend der Umbau zu Schulräumen. BS

Stralsund – Zum 20. September lädt der Zoo Stralsund von 16 bis 20 Uhr zur traditionellen Langen Zoonacht ein. Die Gäste erwartet ein abwechslungsreiches Programm, bei dem zwei faszinierende „Jäger der Nacht“, Uhu und Schleiereule, einen wichtigen Part übernehmen. Der Abschluss ist auf der Festwiese. BS

FUNDSTÜCKE

Das Gold der Ostsee

Herbst – jetzt beginnt die Zeit der Bernsteinsammler – Mit dem „richtigen“ Wind klappt es

Im Herbst und Winter ist „Saison“ für Bernsteinsucher. Es sind nicht nur die Stürme, die den Bernstein aus dem Seegrund lösen. Das spezifische Gewicht von Bernstein liegt zwischen 1,03 bis 1,05 g/cm³. Damit ist es deutlich schwerer als das Ostseewasser in den wärmeren Jahreszeiten und liegt somit am Meeresboden. Kühlt die See ab und liegt nur noch knapp über dem Gefrierpunkt – das höchste spezifische Gewicht des Wassers liegt bei plus vier Grad – fängt der Bernstein an, im Wasser zu schweben oder manchmal auch zwischen Sprockholz auf-

zuschwimmen. Und so wird er dann auch im Winter in deutlich größeren Mengen an Land geworfen als im Sommer.

Das ruft die „Bernsteinjäger“ an die Strände der Ostsee, Herbst- und Winterstürme „fressen“ an der Schicht der „Blauen Erde“, in welcher der Bernstein am häufigsten vorkommt. Das aus dieser Schicht gelöste Harz beginnt durch sein geringes spezifisches Gewicht zu schwimmen, verfängt sich in Tang und anderem Treibsel und wartet nur noch auf den günstigen Wind, der es in die Kesch der Sammler treibt.



Rohsteine – am Strand gefunden

In der Tat lauern die Sucher auf den richtigen Wind nach dem Sturm, der ihnen das begehrte „Gold der Ostsee“ an den Strand bringt. Jeder Küstenabschnitt, an dem Bernstein gefunden wird, braucht dabei „seinen“ Wind.

Auf einer Karte von 1576 heißt es: „Wen aus dem Westen der Wind weht, Alhie man viel Börnstein fährt [=findet].“

Desgleichen für die Nordküste: „Wen Norden Wind brauset mit macht, des Börnsteins man hie auch viel fährt.“ Warten wir also auf den richtigen Sturm und günstige Winde. Brigitte Stramm

„Den Deutschen droht eine ungewisse Zukunft“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Ich danke für den lesenswerten Beitrag über Gmünd in Kärnten. Weil Ferdinand Porsche dort tätig war, reizt mich eine Reise dorthin sehr“

Beatrice Kleinjohann, Dormagen
zum Thema: Die Kunst des Staunens
(Nr. 35)



Ausgabe Nr. 36

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WOLLEN WIR DAS?

ZU: DAS VOLK FRAGTE SIE NICHT
(NR. 35)

Der lesenswerte Artikel (über Angela Merkels „Wir schaffen das!“; d. Red.) behandelt ein grundsätzliches Problem unserer Gesellschaft: Bei allem Verständnis für die Nöte von Menschen in manchen Ländern und ihrem Wunsch, das zu ändern, sowie für das Erfordernis, fehlende Fachkräfte durch Zuwanderer zu ersetzen, birgt der Zuzug von Fremden, entsprechend dem lateinischen Motto „Ubi bene, ibi patria“ (Wo es mir gut geht, dort ist das/mein Vaterland), in unser Land die große Gefahr der Überbevölkerung. Dieser Umstand hatte schon maßgeblich zum Untergang des Römischen Reiches beigetragen.

Viele Deutsche fühlen sich überfordert und erkennen ihre Stadt nicht mehr wieder. Eines Tages werden die Zuwanderer in der Überzahl sein, und die ursprünglichen Deutschen nichts mehr zu sagen haben

Auch der Artikel endet mit der richtigen Frage: „Wollen wir das?“

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

OB MERKEL RICHTIG LAG?

ZU: DAS VOLK FRAGTE SIE NICHT
(NR. 35)

Ex-Kanzlerin Angela Merkel hat sich über die Tatsache gefreut, dass sie ein freundliches Gesicht zeigen konnte. Andernfalls wäre das nicht mehr ihr Land gewesen. Dies wollte und konnte niemand auf sich nehmen. Im Gegenteil, ganz viele haben sich mit ihr gefreut. Denken wir nur an den CDU-Parteitag in Karlsruhe 2015.

Denken wir aber auch an die stattgefundenen Wahlen, Bundestag und Landtage, die diese Politik bestätigten. Die mediale Euphorie war ganz außergewöhnlich, und es wurde eine angebliche Erfolgsgeschichte nach der anderen gebracht. Die Akzeptanz dieser Politik ist weiterhin relativ groß, Probleme werden negiert oder kleingeredet. Allseits wird

ganz in diesem Sinne bekundet, dass wir doch ein Einwanderungsland sind, aber es solle halt zukünftig etwas regulierter zugehen. Profiteure verschiedenster Couleur gibt es genug, sodass eine echte Veränderung oder Beendigung unwahrscheinlich ist.

Jan Kerzel, Diespeck

AUF INS NÄCHSTE DESASTER!

ZU: DAS VOLK FRAGTE SIE NICHT
(NR. 35)

Ich bedanke mich für den vorzüglichen Artikel von Klaus-Rüdiger Mai. Es war, meiner Meinung nach, ein großes Unglück, dass eine Angela Merkel Bundeskanzlerin werden konnte.

Ist es besser geworden? Oder können auch künftig Politiker wie Merkel Einfluss gewinnen? Ja, den haben sie längst. Die gegenwärtige Ukrainepolitik weist die Richtung. Auf ins nächste Desaster! Vielleicht rettet uns die Pleite davor.

Anton Samoschkoff, Blankenburg

KEINE UMKEHR IN SICHT

ZU: ES STREBT AUSEINANDER,
WAS NICHT ZUSAMMENGEHÖRT
(NR. 35)

Es ist eigentlich ein Unglück, was sich Deutschland seit Jahren an Regierungen leistet. Nach der „Merkel-Ära“ und nach einer grün-linken Katastrophenregierung, die Deutschland aus einem weltweit geachteten Vorbild als Sozialstaat in ein ökonomisch und soziales Chaos stürzte, wäre mit einer neuen Regierung dringend notwendig geworden, möglichst rasch den Marsch in den Abgrund zu stoppen. Aber weit gefehlt: Außer einer gigantischen Neuverschuldung und einem Kriegsgebaren ist nichts passiert.

Im Gegenteil – die in dem Artikel angeführten Probleme wurden und werden immer größer und drückender, und eine Umkehr zu einer endlich wieder soliden bürgerlich-demokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche Deutschland stark gemacht hatte, ist nicht in Sicht.

Da droht den Deutschen eine – gelinde gesagt – recht ungewisse Zukunft.

Manfred Kristen, Freital

HERVORRAGENDER EINDRUCK

ZU: NICHT VERGESSEN, SONDERN
PRÄSENT (NR. 34)

Selten hat mich ein Artikel so beeindruckt wie der von Klaus Weigelt über Ernst Wiechert. Informativ und meinungsstark wird der Leser in das Leben eines zu Unrecht fast vergessenen ostpreußischen Schriftstellers eingeführt, dessen Roman „Das einfache Leben“ in mir als Abiturient tiefe Spuren hinterlassen hatte. Der mit Beispielen unterlegte Hinweis, Wiechert sei keineswegs vergessen, sondern Gegenstand weiterer Forschung, hat mich natürlich erfreut. Die Darstellung persönlicher Erlebnisse rundet den hervorragenden Eindruck dieses Artikels ab.

Dr. Christian Tietze, Bremen-Peterswerder

VOM FREIBAD VERTRIEBEN

ZUR KOLUMNE: FLUCHT INS EXIL
(NR. 34)

Diese und durchaus vergleichbare Situationen (Konflikte an Schwimmbädern, d. Red.) gibt es nicht nur in Berlin. Auch die Muster für den hier geschilderten Ablauf sind ähnlich. Bemerkenswert daran ist, dass unsere ausländischen Gäste Pkws der gehobenen Klasse fahren, wo immer sie auch die finanziellen Mittel dafür erworben haben. Da diese Menschen innerhalb kurzer Zeit an Ort und Stelle sind, muss davon ausgegangen werden, dass sie keiner echten Erwerbstätigkeit nachgehen. Oder kann man sich vom Bürgergeld so etwas auch leisten? Da habe ich wohl in meinem bisherigen Leben etwas falsch gemacht. Dann haben wir da ja noch die Sprüche der Ordnungshüter wie in diesem Fall. Dabei gibt es noch andere, wie „Seien Sie froh, dass Sie nicht in Hamburg, München oder in den USA wohnen“.

Wenn der Autor Theo Maass und Co. sodann „ins Exil“ an der Berliner Stadt-

grenze fahren, habe ich durchaus Verständnis dafür. Das ist aber auch in unseren Breitengraden nicht anders. Als altingesessener Bürger ist man gut beraten, bis spätestens 14 Uhr seine Einkäufe zu erledigen. Dann gehen unsere Gäste frisch und ausgeruht in Scharen zum Einkaufen, und die Gleichberechtigung wird außer Kraft gesetzt. Das Muster „Schwimmbad“ gibt es auch in diesen Fällen.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

DANK AUS HOLLAND

ZU: „EINE GROSSE HERZENSANGE-
LEGENHEIT“ (NR. 32)

Ein tolles Buchprojekt (über die Geschichte der deutschen Vertriebenen des Historikers Julian Patzer, d. Red.). Herzlichen Glückwunsch!

1953 wurde ich in Wanne-Eickel geboren. Die Mutter war Flüchtling aus Ostpreußen, der Halbbruder war 14 Jahre alt und hatte seinen Vater in Stalingrad verloren, der Vater ein Niederländer und deutscher Soldat.

Eine enorme Familiengeschichte hat mich immer begleitet. Meine Mutter verstarb 2019 kurz vor ihrem 100. Geburtstag. Sie hat endlos von Ostpreußen und der Flucht erzählt. Ich habe mich immer wieder gefragt, warum wir im Schulunterricht überhaupt nichts gehört haben über diese so traumatische Zeit vieler unserer Familien.

Wie gut, dass Sie bei der PAZ sich damit beschäftigen. Es hat uns, die Nachkriegskinder, sehr beeinflusst und geformt. Herzlichen Dank aus Holland!

Heike Boot-Müller, Groesbeek/Niederlande

ALLERGRÖSSTES INTERESSE

ZU: „EINE GROSSE HERZENSANGE-
LEGENHEIT“ (NR. 32)

Als vertrieben Ostpreußin habe ich das Interview der PAZ mit Julian Patzer mit allergrößtem Interesse gelesen. Ihm sei Dank für seine Buchveröffentlichung.

Hilde Domnoseki, Leverkusen

ANZEIGE

Darf der Staat Sie und Ihre Kinder zur Impfung zwingen?

Dieses Buch bringt die unbequemen Fragen auf den Tisch, die sonst keiner zu stellen wagt.

Seit 2020 gilt in Deutschland die Masernimpfpflicht – mit gravierenden Folgen für unzählige Familien, Kinder und Berufstätige im Gesundheitswesen. Doch was, wenn die Grundlage dafür gar nicht die medizinischen Fakten sind, sondern politisch und wirtschaftlich motivierte Narrative? Die renommierte Juristin Beate Bahner nimmt in diesem Buch kein Blatt vor den Mund – und liefert auf über 450 Seiten eine umfassende Analyse eines Gesetzes, das jährlich Hunderttausende Bürger betrifft, insbesondere Kinder und deren Eltern, aber kaum jemand wirklich kennt.

Was steckt wirklich hinter dem Masernschutzgesetz?

Beate Bahner, Fachanwältin für Medizinrecht, zerlegt mit juristischer Schärfe, medizinischem Sachverstand und eindrucklichen Fallbeispielen die Argumentationsketten, mit denen das Masernschutzgesetz gerechtfertigt wird. Sie zeigt: Die

Masern galten historisch als harmlose Kinderkrankheit – und auch heute sind Todesfälle extrem selten. Und doch wird ein flächendeckender Immunitätsnachweis verlangt, selbst unter Androhung von Zwangsgeldern, Kita-Ausschlüssen und Bußgeldern. Warum?

Fakten statt Panik – Argumente statt Angst

Dieses Buch ist keine pauschale Impfkritik, sondern eine differenzierte, faktenreiche Auseinandersetzung mit einem Gesetz, das juristische, medizinische und ethische Grundsatzfragen aufwirft. Beate Bahner zeigt die fragwürdige Rolle von Behörden wie dem RKI, die Verflechtungen mit der Pharmaindustrie und die brisante Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Wer seine Grundrechte ernst nimmt – und seine Kinder schützen will –, sollte dieses Buch lesen, bevor er Entscheidungen trifft, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.



Beate Bahner:
Masernimpfung und Masernschutzgesetz
gebunden • 464 Seiten
Best.-Nr. 991 570 • 23,- €



Ein mutiges Buch für kritische Bürger – informativ, unbequem, notwendig.
Für alle, die Freiheit nicht gegen falsche Sicherheit eintauschen wollen.

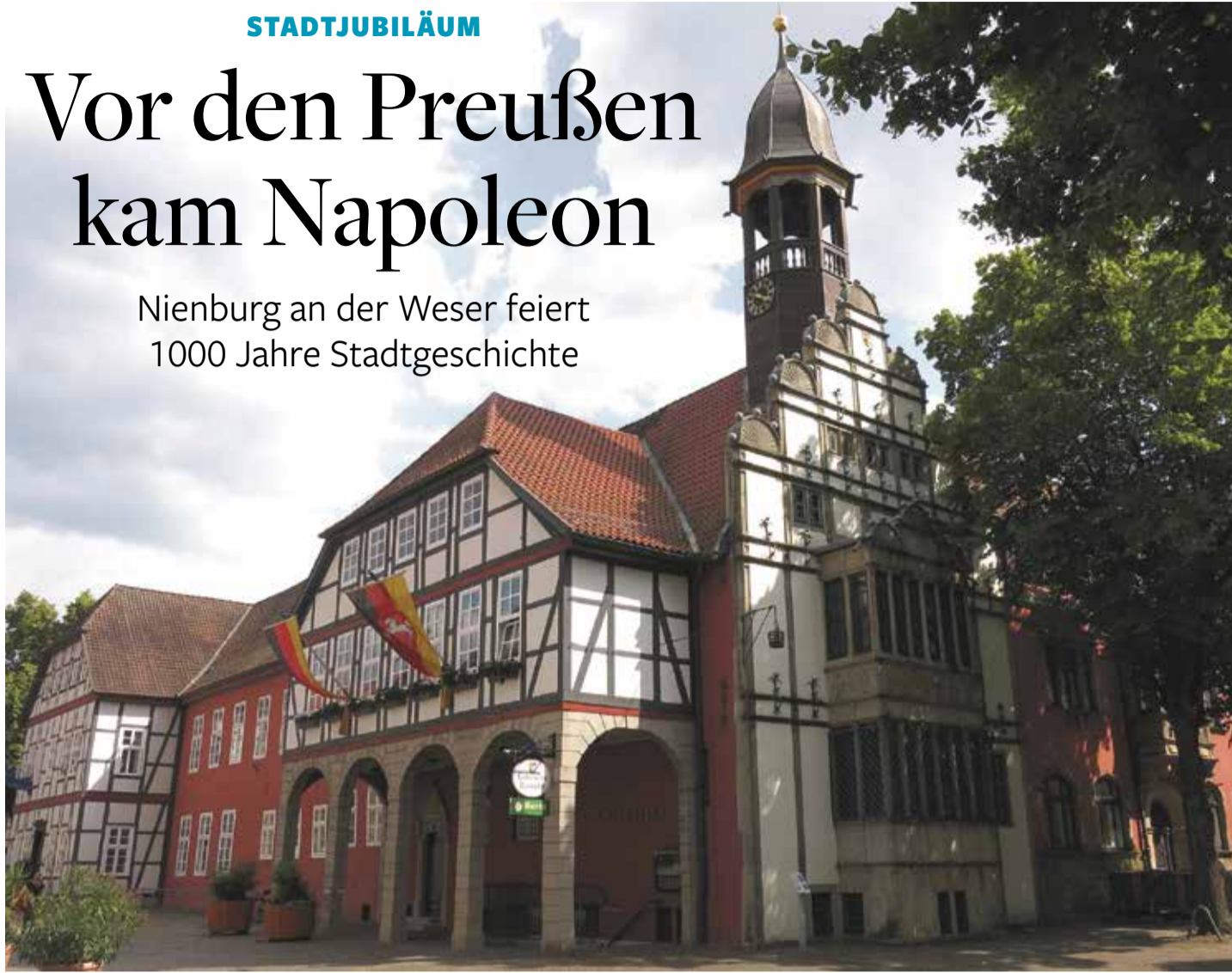
www.kopp-verlag.de • Jetzt bestellen! Versandkostenfrei Lieferung innerhalb Europas

VON VEIT-MARIO THIEDE

STADTJUBILÄUM

Vor den Preußen kam Napoleon

Nienburg an der Weser feiert
1000 Jahre Stadtgeschichte



Eines der Wahrzeichen Nienburgs: Das aus einem Mix aus Spätgotik und Weserrenaissance erbaute Rathaus von 1533 Bild: Thiede

In Nienburg häufen sich dieses Jahr die runden Daten. Die urkundliche Ersterwähnung der 32.000-Einwohner-Stadt an der Mittelweser liegt 1000 Jahre zurück. Vor 800 Jahren bekam Nienburg die Stadtrechte verliehen. Martin Luther schickte vor 500 Jahren den ersten Reformator nach Nienburg. Hier wird das Hackebeilchen des vor 100 Jahren hingerichteten Serienmörders Fritz Haarmann aufbewahrt.

Die nur in Abschriften erhaltene Urkunde der Ersterwähnung geht auf den Mindener Domherrn Milo zurück, der seine Nienburger Besitzungen der Mindener Kirche übereignete. In der lateinisch verfassten Urkunde heißt es: „Diese Niederschrift und Bestätigung ist geschehen im Jahre des fleischgewordenen Wortes 1025 in der achten Indiktion, im Monat September am Vortage des heiligen Apostels Matthäus.“ Gemeint ist damit der 20. September.

Die Struktur der Altstadt hat sich seit dem 17. Jahrhundert kaum verändert. Zentrale Achse ist die Lange Straße. An ihr reihen sich giebelseitig Fachwerkhäuser auf. Von der Langen Straße zweigen schmale „Traufgassen“ ab. Die schmucken Häuser, deren Bauherren Kaufleute und Ackerbürger waren, überragt das Rathaus. Es weist einen im 16. Jahrhundert erbauten imposanten Treppengiebel im Stil der Weserrenaissance auf. Über der Langen Straße herrscht reger Flugverkehr. Wichtigster Landeplatz ist das „Storchenhaus“. Auf seinem Schornstein sitzt ein Nest, das seit 1884 Jahr für Jahr von Störchen besiedelt wird. Nur zweimal blieben sie aus.

Das Stadtmuseum residiert im Fresenhof, einem 1610 erbauten und 1670 verlängerten Anwesen aus rotem Backstein und Fachwerk. In der Dauerausstellung gewinnt man Einblick in die Regional- und Ortsgeschichte. Seit dem 13. Jahrhundert residierten die Grafen von Hoya in Nienburg. Ihre Nachfolger waren die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg.

Bevor die Preußen 1866 das Königreich Hannover annektierten, bescherte Napoleon den Nienburgern von 1803 bis 1813 die „Franzosenzeit“. Als Ingenieur

brachten Napoleons Truppen Emanuel Bruno Quaet-Faslem mit. Im Gegensatz zu ihnen blieb er in Nienburg, wo er zum Ehrenbürger aufstieg. Im von ihm 1821 im klassizistischen Stil erbauten Quaet-Faslem-Haus werden Gemälde des überregional bedeutenden Malers Ernst Thoms (1898–1983) sowie die Dauerschau zu Leben und Schaffen Quaet-Faslems gezeigt. Das in Quaet-Faslems Garten versetzte Hallenhaus aus dem 17. Jahrhundert beherbergt das Niedersächsische Spargelmuseum. Nienburg ist für seinen Spargel berühmt. Im Außenbereich sind historische Gerätschaften für dessen Anbau zu sehen. Im Inneren widmet sich eine prächtige Sammlung der Esskultur des Spargels. Zu sehen sind variantenreiche Abtropfliegen, spezielle Teller und Zan-

gen zum gezielten Zugriff auf einzelne Stangen.

Im Zeichensaal des Quaet-Faslem-Hauses findet bis 2. November die Sonderschau „Stadtspaziergang“ statt. Sie präsentiert malerische Ansichten Nienburgs von Albert Rabens (1909–2006). Einige basieren auf historischen Postkarten und zeigen Ansichten, die so nicht mehr existieren. Andere stellen Bauwerke dar, die es noch heute gibt. Etwa den Stockturm genannten Überrest der Burg der Grafen von Hoya. Auch dem wohl ältesten Wohnhaus Nienburgs hat Rabens ein Bild gewidmet. Am Haus selbst, das bis vor einiger Zeit als Pension diente, ist ein Info-Kasten angebracht. Dessen Aushang preist den kleinen, 1495 errichteten Fachwerkbau an: „Leonardo hätte hier die

Mona Lisa im Frühstücksraum malen und Luther die Bibel hier übersetzen können. So alt ist das Haus.“

Ein Fahndungsfoto auf Wunsch

Luther war zwar nie in Nienburg, aber auf Bitten des Grafen Jobst II. und seiner Gattin Anna schickte er 1525 Adrian Buxshot hin. Der predigte jeden Sonntag gemäß Luthers Lehren in der Kirche St. Martin. In der 1441 geweihten gotischen Hallenkirche steht die steinerne Tumba des Grafenpaares. Auf der Deckplatte liegen als lebensgroße Relieffiguren Jobst II. im Harnisch und Anna im langen Kleid mit Jacke und Haube. Sie haben die Hände gefaltet und sich einander zugewandt. Ihre Tumba befindet sich im Erdgeschoss des 1896/97 aus Backstein er-

richteten neugotischen Kirchturms. Mit 72 Metern Höhe ist er ein weithin sichtbares Wahrzeichen der Stadt.

Wahrscheinlich hat Fritz Haarmann (1879–1925) nie Nienburg besucht. Gleichwohl widmet ihm das von Hannover hierher umgezogene Niedersächsische Polizeimuseum eine Abteilung. Das Museum behandelt die Geschichte der Polizei vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Zum umfangreichen Fahrzeugpark gehört ein Polizeikäfer. Gedacht wird auch des Spürwildschweins Luise, das sich bei der Suche nach Rauschgift und Sprengstoff hervortat.

Der 1924 gefasste Serienmörder Haarmann hatte sein Unwesen in Hannover getrieben. Die Polizei legte dem homosexuell veranlagten Altkleider- und Fleischhändler, Kleinkriminellen und Polizeispitzel 27 Morde an Knaben und jungen Männern zur Last. Vor Gericht konnten ihm 24 Tötungsdelikte nachgewiesen werden. Nach eigener Aussage biss er seinen Opfern die Kehle durch. Anschließend zerlegte er die Getöteten. Sein mutmaßliches Hackebeilchen ist zu sehen. Es kommt in einem bis heute geläufigen Gassenhauer vor: „Warte, warte nur ein Weilchen, bald kommt Haarmann auch zu dir, mit dem kleinen Hackebeilchen ...“

Haarmann war zunächst nicht geständig. Die Polizeibeamten griffen nun zu verbotenen Methoden. Sie schlugen Haarmann und setzten ihn psychologisch unter Druck, indem sie ihn in seiner Zelle anketteten, einen Sack mit Knochen seiner Opfer aufstellten und in den vier Ecken knapp unter der Zellendecke je ein Brett mit Totenschädel darauf anbrachten. Deren Augenhöhlen waren mit rotem Papier ausgekleidet und von hinten beleuchtet.

Die Polizisten redeten Haarmann ein, die Seelen seiner Mordopfer würden ihn heimsuchen. Ein Nachbau der Zelle mit samt Einrichtung und vier „unechten“ Totenschädeln ist ausgestellt. Ebenso die originale Plattenkamera, mit der die Polizei Fahndungsfotos von Haarmann anfertigte. Wer will, kann sich anschließen: „Wenn Sie ein Fahndungsfoto von sich machen lassen möchten, wenden Sie sich bitte an die Aufsicht.“

● www.mittelweser-tourismus.de

FEMINISMUS-DEBATTE

Verbaler Frauen-Ringkampf

Die Deutsch-Argentinierin, die sich 1975 mit Alice Schwarzer angelegt hat – Die Feminismus-Kritikerin Esther Vilar wird 90 Jahre alt

Es war einer der Höhepunkte gesellschaftspolitischer Fernsehdebatten der 1970er Jahre: das im Februar 1975 vom WDR ausgestrahlte Streitgespräch „Alice contra Esther“. Auf der einen Seite stand die Journalistin Alice Schwarzer, die gerade zur Ikone der deutschen Frauenbewegung aufstieg. Ihr gegenüber saß die Schriftstellerin und Ärztin Esther Vilar. Es war ein Kammerstück, zu dem der treffenden Titel „Die Schöne und das Biest“ hätte passen können.

Vier Jahre zuvor hatte Vilar weltweit für Furore gesorgt mit ihrer Streitschrift „Der dressierte Mann“. Die in drastischer Sprache verpackte Abrechnung mit dem Feminismus besagte, dass es nicht der Mann sei, der die Frau unterdrücke. Vielmehr seien es Frauen eines „geschickt getarnten Matriarchats“, die den stärkeren Sexualtrieb des Mannes ausnutzten, um ihn auszubeuten: „Der Mann sucht immer jemand oder etwas, dem er sich versklaven kann, denn nur als Sklave fühlt er sich geborgen – und seine Wahl fällt dabei meist auf die Frau.“

Die Frauen hingegen könnten wählen zwischen der Lebensform eines Mannes und der eines „dummen, parasitären Luxusgeschöpfes“; eine Wahl, die der Mann nicht habe, vor allem wenn er im „Gefängnis“ aus Familie und Beruf eingesperrt sei.

Weitere Zuspitzungen dieser Art zogen sich durch die Seiten, wie die, dass „der weibliche Intellekt und das weibliche Gefühlsleben auf einem primitiven Niveau stehen geblieben“ seien.

Das Buch wäre kaum eine Provokation gewesen, wäre der Verfasser ein Mann, den man bequem in die Chauvinisten-Ecke geschoben hätte. Doch aus der Feder einer gebildeten jungen Frau entfaltete es



In den 70er Jahren: Esther Vilar

zwangsläufig eine explosive Kraft. In den Augen der Feministinnen wurde Vilar zur „Verräterin am eigenen Geschlecht“.

In dem TV-Duell schenken sich beide Frauen nach anfänglichem, freundlichem Smalltalk nichts. Schwarzer, der man die innerliche Anspannung anmerkte, biss sich in ihre ruhig wirkende Gegnerin regelrecht fest, ohne einen entscheidenden Treffer zu landen. Vilar Spitzze gegen Schwarzers Idol Simone de Beauvoir – „die größte Imitatorin, die es jemals gegeben hat“ – fachte ihre Angriffslust erkennbar an. Ob spontan aus Hilflosigkeit oder als taktisch gezielt inszenierter Schlag, holte Schwarzer gegen Ende der rund 40 Minuten ausgerechnet gegen die Tochter deutsch-jüdischer Emigranten mit der Faschismus-Keule aus: „Sie sind nicht nur Sexistin, Sie sind auch Faschistin!“ Vilar konterte elegant, dass die Faschisten auf die gleiche Weise „extreme Formulierungen verwendeten, um dem anderen ein Etikett anzuhängen“. Damals wurde dieses hochtoxische Instrument erstmalig in der deutschen Debattenkultur prominent eingesetzt, und obwohl es in diesem Fall keine Wirkung erzielte, machte dieses Beispiel schnell Schule.

Für Vilar blieb es nicht allein bei rhetorischen Angriffen. Vier junge Frauen verprügelten sie. In der Münchener U-

Bahn verpasste ihr ein Unbekannter eine Ohrfeige, der seiner Ehefrau damit einen Gefallen tun wollte. Doch am meisten setzten ihr die Nachstellungen der Boulevardmedien zu. 1978 verließ sie „nach vielen Monaten sadistischen Psychoterrors“ Deutschland in Richtung Schweiz.

Das Fernsehduell – mit boshafem Hintersinn zur Weiberfastnacht ausgestrahlt – ging ohne einen klaren Sieger aus. Und doch entwickelten sich von da beider Karrieren in unterschiedliche Richtungen. Schwarzers Weg führte weiter nach oben, und bald beeinflusste sie von dort als „Berufsfeministin“ die Richtung des Mainstreams mit.

Sie kann sich heute bestätigt fühlen

Vilar hingegen geriet über die Jahre in Vergessenheit. Zwar folgten noch weitere Essays, Romane und Theaterstücke, doch die öffentliche Aufmerksamkeit blieb weitgehend aus. Ihren letzten bedeutenden Fernsehauftritt hatte sie 2011 bei „Maischberger“ anlässlich des Papst-Besuches in Deutschland, wo sie als Religionskritikerin, bekanntermaßen mit Sitz im Stiftungsrat der atheistischen Giordano-Bruno-Stiftung, eingeladen war.

Inzwischen kann sich Vilar in ihrer Feminismus-Kritik, in der sie ausschließlich soziologisch argumentierte, bereits in we-

sentlichen Aspekten von der naturwissenschaftlichen Forschung der jüngsten Zeit zunehmend bestätigt sehen. Die auf der Basis der Evolutionsbiologie gewonnenen Erkenntnisse des renommierten US-Psychologen Roy F. Baumeister über die systematische Ausbeutung der Männer und den Mangel der Frauen an beruflichem Ehrgeiz („Wozu sind Männer eigentlich überhaupt noch gut?“, 2012) sind nur ein Beispiel.

Jedoch beherrscht der abstrakt ideologisch determinierte Feminismus, völlig unbeeindruckt von jenen neuen Erkenntnissen in den Humanwissenschaften, nach wie vor den öffentlichen Diskurs. Vilar ist somit weitgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung verbannt. Das weltweite Meinungsmonopol der Frauenbewegung hat sich erfolgreich gegen sie behauptet. Dennoch zeigte sich Vilar Jahre nach dem Erfolg ihres „in großer Wut geschriebenen Pamphlets“ froh, dass sie den Text zu den „Dressierten Mann“ trotz aller Widerstände verfasst habe.

1935 in Argentinien als Tochter deutscher Auswanderer geboren, kam Vilar 1960 als DAAD-Stipendiatin zum Studium nach Deutschland, wo sie in zweiter Ehe den Schriftsteller Klaus Wagn heiratete. Am 16. September wird die Publizistin 90 Jahre alt.

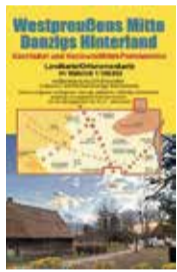
Daniel Körte

● FÜR SIE GELESEN

Ein Gebiet mit vielen Namen

Zur Vervollständigung seiner Pomern-Westpreußen-Karten hat der Blochplan Verlag nun die sechste von insgesamt sieben der Karten herausgebracht. Die Karte „Westpreußens Mitte. Danzigs Hinterland“ stellt den Bereich zwischen Rummelsburg, Danzig und der Weichsel bei Dirschau dar. Der westliche Teil des Kartenausschnitts zeigt die Kaschubei, im Osten grenzt sie an eine Gegend namens Kociewe, auch Teile Hinterpommerns um Bütow sind abgebildet. Es ist eine Gegend, die zum historischen Herzogtum Pommerellen gehörte.

Der große Maßstab sowie das zweisprachige Ortsverzeichnis helfen beim Auffinden der Sehenswürdigkeiten. Außerdem sind Fahrradwege, Kanurouten sowie alle Fern- und Landstraßen neben wichtigen Stadtstraßen eingezeichnet. MRK



„Westpreußens Mitte. Danzigs Hinterland. Kaschubei und Kociewe/Mittel-Pommerellen“, Landkarte/Ortsnamenkarte im Maßstab 1:100.000, Blochplan Verlag, Berlin 2025, gefalzt, 11,95 Euro

Berlin 2025, gefalzt, 11,95 Euro

RATGEBER DER WOCHE

Heilpflanze des Jahres

Die Linde ist nicht nur ein beliebter Baum, sondern auch eine vielseitige Pflanze, deren Teile über wertvolle Inhaltsstoffe verfügen



BILD: SHUTTERSTOCK

Heilung und Harmonie – Diese Eigenschaften werden der Linde zugeschrieben. Für die Gesundheit, in Kosmetik oder in der Küche können fast alle ihre Teile – Blüten, Blätter, Knospen, Rinde, Holz und Samen – verwendet werden. Welche Möglichkeiten der Nutzung es gibt,

erklärt die Ernährungsberaterin Barbara Simonsohn in ihrem neuen Buch. Ein Lindenblütentee (siehe Foto) etwa hilft bei Erkältungen und wirkt krebsvorbeugend. Auch kulinarische Köstlichkeiten stellt die Autorin in anregenden Bildern und Texten vor. MRK



Barbara Simonsohn: „Die Linde. Baum der Heilung und Harmonie“, Mankau Verlag, Taufkirchen/Vils 2025, broschiert, 159 Seiten, 12 Euro

RELIGION UND POLITIK

Eine messerscharfe Analyse der Zeitgeschichte

In „Feindliche Nähe“ setzt sich der Historiker und Publizist Michael Wolffsohn ausgehend von der heutigen Politik mit den Gemeinsamkeiten und Gegensätzen der Religionen Judentum, Christentum und Islam auseinander

VON BODO BOST

In seinem neuen, außergewöhnlich interessanten Buch „Feindliche Nähe. Von Juden, Christen und Muslimen“, erklärt Michael Wolffsohn als Militärhistoriker die Nähe, aber auch das Trennende zwischen den abrahamitischen Religionen.

Judentum, Christentum und Islam werden, weil sie alle auf Stammvater Abraham zurückgehen, den die Muslime als Ibrahim bezeichnen, gemeinhin als abrahamitische Religionen bezeichnet. Während das Christentum noch eine Weiterentwicklung des Judentums und seines Stammvaters Abraham war, bezeichnet sich der Autor des Buches selbst auch als „Jesus-Juden“.

Der Islam habe jedoch nichts originell Neues zu dieser Geistesgemeinschaft beigetragen, sondern lediglich durch Abschreiben der alttestamentlichen Texte versucht, sich einen Teil des Erbes selbst anzustecken. Deshalb, so Wolffsohn, handle es sich um eine „Feindliche Nähe“ der drei Weltreligionen. Als Beweis dieser feindlichen Nähe verweist er auf die Millionen orientalischer Christen und Juden, die seit 1948 aus islamischen Ländern vertrieben wurden. Wolffsohns Buch ist deshalb nicht nur ein Buch über Religionen, sondern auch eine Faktenkontrolle darüber, wie Religionen Politik, Geschichte, Realität und Aktualität im Nahen Osten dominieren.

Wolffsohn liefert im Gefolge großer jüdischer Jesuskennner wie David Flusser

oder Schalom Ben Chorin außergewöhnlich interessante neue Einblicke in den jüdischen Jesus, den er in dem Kapitel „Jüdisch-christliche Symmetrien“ als einen der größten Ethiker des Judentums bezeichnet.

Kritik an Luthers Übersetzung

Allerdings kritisiert er Martin Luthers Katechismus stark und entlarvt die Fehlübersetzung des 5. Gebots durch Luther, der „Du sollst nicht töten“ übersetzt hat, was auf Hebräisch: „Du sollst nicht morden“ heißt. Auch in der katholischen Erklärung „Nostra Aetate“ des 2. Vatikanischen Konzils erkennt Wolffsohn Lücken und alte überholte geglaubte Denkmuster.

Wolffsohn betont jedoch die tiefen gemeinsamen ethischen Wurzeln von Juden- und Christentum. Deshalb hat er sich intensiv mit der Bergpredigt beschäftigt, die das Grundsatzprogramm der jesuanischen Bewegung ist. Sie beginnt mit dem „Schma Israel“, dem Grundgebet der Juden aus dem Deuteronomium.

Jesus habe aus zeitgenössischer militärhistorischer Sicht mit seiner Friedenspredigt vom Berg die jüdischen Extremisten in Galiläa angesichts einer ausweglosen Situation zur Niederlage der Waffen bewegen wollen, bevor sie im Jahre 70 n. Chr. und endgültig 140 n. Chr. von den Römern vernichtend geschlagen wurden. Die Lage der Juden unter den Römern vergleicht der emeritierte Militärhistoriker der Bundeswehrhochschule München mit dem der Palästinenser unter Israel, nur dass es unter den Palästinensern nie-

manden gibt, der die Ausweglosigkeit der Lage erkennen will, und eine Bergpredigt hält. Die Juden sind nach ihren Niederlagen gegen Rom im Jahre 70 und 140 n. Chr. selbst ins Exil nach Rom gegangen, das war der Beginn der heutigen Diaspora.

Anders als Jesus, dessen historische Existenz von jüdischen und römischen Geschichtsschreibern während des jüdisch-römischen Krieges belegt ist, gibt es nach Wolffsohn keine zeitgenössischen Belege für die historische Existenz von Mohammed, wie auch die „Saarbrücker Schule des Koran“ unter Christoph Luxenberg belegt hat. Erst 200 Jahre nach seinem angeblichen Tod wurde eine Figur „Mohammed“ (arab. Der Gelobte) erfunden. Dieser habe auch nicht Gewaltlosigkeit gepredigt wie Jesus in der Bergpredigt, sondern das Schwert, was bis heute im Nahen Osten nachwirkt.

Wolffsohns messerscharfe Analyse der Zeitgeschichte bietet in Zeiten von Krieg, Propaganda, „Fake news“ und wachsendem Antisemitismus einen Lichtblick der Vernunft, zur Schärfung und Unterscheidung der Geister.



Michael Wolffsohn: „Feindliche Nähe. Von Juden, Christen und Muslimen“, Herder Verlag, Freiburg i. Br. 2025, gebunden, 272 Seiten, 18,99 Euro

HUMORVOLLER RATGEBER

Einen Schritt aus dem Alltag wagen

Der bekannte Fernsehmoderator und Arzt Eckart von Hirschhausen wurde von der Begegnung mit einem Pinguin zu neuen Lebensweisheiten inspiriert

VON ANGELA SELKE

Eckart von Hirschhausen hat sich nach langer Zeit entschlossen, sein Erlebnis mit einem Pinguin in einem Buch zu veröffentlichen. Er hat seine Erkenntnisse über die Begegnung bereits auf Vortragsreisen geschildert. Viele Menschen waren von seiner Lebensweisheit begeistert, die ihm beim Anblick eines Pinguins gekommen war. Hirschhausen ist Mediziner. Seine ersten humorvollen, aber auch lehrreichen Vorträge, hielt er auf einem Kreuzfahrtschiff.

In einem Zoo sah er den unbeholfenen Pinguin und bedauerte ihn, weil er so plump und schwerfällig an Land war. Als er sah, wie schnell und gewandt der Pinguin im Wasser war, änderte er seine Meinung. Der Pinguin und vielleicht auch er selbst waren nicht in ihrem richtigen Element. Also änderte Hirschhausen sein Leben auf sein wirkliches Element.

Das soll das Buch „Der Pinguin, der fliegen lernte“ mit sehr schönen Aufnahmen von Pinguinen in allen Lebenslagen vermitteln. Es sei der „Pinguin-Moment“, wenn man sich bewusst mache, wo die eigene Stärke liege und diese weiter ausbauen, und nicht seine Schwächen. Man solle den Sprung ins kalte Wasser wagen, denn dann könne man die Altlasten und das falsche Element hinter sich lassen.

Dieses Buch möchte den Leser dabei unterstützen, auf eine poetische Art über sein Leben nachzudenken. Es ersetzt aber keine Diagnose und keine Therapie. In

kleinen Schritten soll der Leser sich auf die Suche nach seinem richtigen Element machen. Das Pinguin-Buch möchte vor allem eins: Die Sensibilisierung auf die Tatsache, dass es öfter die Konstellation von Umständen ist, als die eigenen Fehler, die darüber bestimmen, wie gut man sich verkörpert.

Hirschhausens Buch kann man am besten kapitelweise lesen und sich die Ratschläge zu Herzen nehmen, besonders, wenn man unzufrieden mit seinem jetzigen Leben ist. Es hilft dabei, alles zu überdenken und einen Schritt aus dem Alltag zu wagen. Die wunderschönen Bilder des Fotografen Stefan Christmann bereichern die Geschichte. Es ist ein Buch, das man auch gut verschenken kann. Eine „Möwe-Jonathan-Story“, nur diesmal eben mit einem Pinguin.

Hirschhausen ist bekannt durch seine Fernsehsendungen, in denen er medizinische Inhalte humorvoll erklärt. Seine Sachbücher sind Bestseller, für die er bereits mehrere Auszeichnungen erhalten hat. Er hat außerdem zwei Stiftungen ins Leben gerufen: „Humor hilft heilen“ und „Gesunde Erde – gesunde Menschen“.



Eckart von Hirschhausen: „Der Pinguin, der fliegen lernte“, DTV, München 2025, gebunden, 165 Seiten, 18 Euro

EIN PREUSSISCH-AMERIKANISCHES KURIOSUM

King of Prussia

Wie Friedrich der Große zum verehrten Namenspatron eines US-amerikanischen Nobelvorortes wurde

VON JENS EICHLER

Wer von Philadelphia nach Westen fährt, vorbei an den alten Industriequartieren entlang des Schuylkill River, erreicht nach einer knappen halben Stunde einen Ort, der seit jeher bei Reisenden für ungläubige Blicke sorgt. Denn auf den Schildern steht zu lesen: „King of Prussia“ – also zu Deutsch: „König von Preußen“. Wie bitte? Geht's noch? Preußen? Und dazu auch noch der König? Mitten in den Vereinigten Staaten von Amerika? Mitten in den Weiten von Pennsylvania? Was um alles in der Welt hat ein amerikanischer Vorort – auch wenn er noch so schick, schön und gefühlt preußisch anmutet – mit jenem fernen Staat zu tun, der einst von Berlin und Potsdam aus regiert wurde? Wo Uniformen und Pickelhauben das Straßenbild prägten, wo preußische Disziplin herrschte und wo der ebenso schneidige wie gebildete König Friedrich der Große herrschte?

Die Antwort darauf ist ebenso kurios wie aufschlussreich, denn sie erzählt nicht nur die Geschichte eines wunderschönen Vorortes, sondern auch etwas über die Art, wie die USA bis heute gern mit fremden Mythen spielen, sie aufgreift, verwandelt und für die eigenen Bedürfnisse perfekt neu besetzt oder inszeniert. Und dies immer so, dass sich selbst jeder Ur-Preuße vom westlichen Rheinland bis in den hintersten Zipfel Ostpreußens irgendwie auch noch geschmeichelt fühlen kann. Die Kunst der Freundlichkeit, die wohl in diesem Zusammenhang nur den weltoffenen und stets superfreundlichen Amerikanern gelingt.

Die Wurzeln vom Ort King of Prussia reichen zurück ins frühe 18. Jahrhundert, als primär walisische Quäker in der noch dünn besiedelten Landschaft des heutigen Montgomery County im US-Bundesstaat Pennsylvania ihre Farmen anlegten. Unter ihnen befand sich auch die Familie Rees, die allerdings aus dem tiefsten Preußen stammte und sich den Quäker-Siedlern nur angeschlossen hatte, um sich im Schutz der Gemeinschaft ein neues Leben aufzubauen. Und so zimmerte die preußische Familie sich ein ebenso schlichtes, wie stabiles und vor allem überaus zweckdienliches Farmhäuschen. Ein Cottage, das aufgrund seiner auffallend soliden Bauweise (waschecht preußisch) und unangepassten Architektur mit Erdgeschoss und einer oberen Etage sowie gemauerten Seitenwänden – im Gegenteil zu den schlichten, einfachen Hütten der walisischen Quäker – sofort auffiel und beeindruckte.

Über die kommenden Jahre wandelte Familienvater Rees das Gebäude von einem Farmwohnhaus mehr und mehr in



Der Ursprung: Die Gaststätte „King of Prussia“, erbaut im 18. Jahrhundert fotografiert im Jahr 1933

Bild: Library of congress

ein Gasthaus um. Denn einerseits waren die Erträge aus der Landwirtschaft für die Familie eher karg, insbesondere weil die Preußen aus Brandenburg zwar handwerklich geschickt, aber keine versierten Landwirte waren. Andererseits aber waren es vor allem die vielen Schaulustigen, die sich immer wieder dieses etwas andere Haus ansahen, dabei gelegentlich um ein Glas Wasser baten oder bei ihren Stopps fragten, ob sie ihre Pferde tränken dürften. Dieser Umstand entzündete bei den Rees eine Idee. Warum daraus kein Geschäft machen, dachte sich Vater Rees.

Ein Gasthaus als Keimzelle

So wurde im Jahr 1769 aus dem einstigen Wohn- und Farmhaus eine funktionale Durchreisestation. Gelegen an einem markanten Punkt, der für Fuhrwerke und Reiter nur eine Tagesreise von der Stadt Philadelphia bedeutete. Hier kehrte man ein, ließ die Pferde verschnaufen, ließ sie saufen, und sich selbst gönnte man ebenfalls ein Pint Gebräutes, einen hausgebrannten Whiskey – manchmal auch ein paar Gläschen mehr – oder einen Teller deftigen Eintopf. Das Gasthaus wurde in seiner Umgebung immer beliebter und sollte bald zur Keimzelle eines außergewöhnlichen Ortes mutieren.

Denn das Rast-, Trink- und Speiselokal sollte letztendlich auch dafür verantwortlich werden, dass dem künftigen Vorort ein doch eher außergewöhnlicher Name verpasst wurde.

Außergewöhnlich? Ja, weil die Gastwirtschaft fortan den Namen „King of Prussia Inn“ erhielt. Na, auf diese Idee muss man erst einmal im fernen Philadelphia kommen. Weshalb also diese Bezeichnung? Die Historiker streiten mal wieder, denn es gibt verschiedene, jedoch plausible Erklärungsversuche:

Zum einen sind manche der Überzeugung, das Gasthaus sollte Friedrich den Großen, König von Preußen, der in Europa als militärisches Genie galt und in Amerika einen besonderen Ruf genoss, ehren. Dies aufgrund der Tatsache, weil er als Verbündeter Großbritanniens im Siebenjährigen Krieg auf der selben Seite kämpfte. Insofern lag die spezielle Namensgebung für das immer beliebter werdende Gasthaus nahe.

Andererseits vermuten einige Historiker, der Name sollte schlicht und einfach Reisende anlocken und daher halt exotisch klingen. Deshalb hing über dem Kamin – und das ist eine bestätigte Tatsache – des Gastro-Betriebs ein Porträt des Alten Fritz. Diesem Gemälde samt Motiv soll der Wirt jeden Tag mit einem zackigen Militärgruß am Morgen und am Abend gehuldigt haben. Ob das allerdings wirklich stimmt oder nur in der Erinnerung der Nachfahren als Wunschtraum existierte, bleibt bis heute ungewiss.

Ein Kult setzt sich durch

Am ehesten aber dürfte folgende Überlieferung stimmen, da sie sich belegen lässt: Die Familie Rees, die einst den Grundstein für das Gasthaus inklusive der Pferdestation legte, war nicht nur preußischer Herkunft, sondern auch treuer inniger Anhänger des Preußenkönigs. Friedrich der Große war ihr König. Aufzeichnungen zeigen, dass sich die Rees ein Stück weit schämten, dass sie ihre Heimat verlassen hatten, um sich in der neuen Welt ein „besseres Leben“ aufzubauen. Waren sie doch ihrem König treu ergeben. Um diesem Umstand Ausdruck zu verleihen, aber auch um sich deutlich von den benachbarten Walisern abzuheben und um als gläubige Protestanten nicht mit Quäkern in einen Glaubenstopf gesteckt zu werden, nannte Vater Rees sein Lokal danach, was er am meisten vermisse, nämlich seinen „König von Preußen“.

Fest steht außerdem: Aus dem Gasthaus wurde innerhalb kürzester Zeit ein Ortsname und aus dem Ortsnamen ein Kuriosum, das bis heute wirkt. King of Prussia blieb lange Zeit ein ländliches Fleckchen, geprägt von Farmland, Mühlen und einfachen Häusern. Erst im 19. Jahrhundert änderte sich dies langsam, aber stetig: Erste Straßenkreuzungen brachten mehr Verkehr, was wiederum zu mehr Besuchern führte, von denen so mancher sich im Ort ansiedeln wollte. Und selbst das Postamt übernahm offiziell den ungewöhnlichen Namen der Gaststätte. Der Name verselbstständigte sich mit der Zeit. Sprach man von der Ortschaft, wo die berühmte Schankwirtschaft betrieben wurde, sprach man von „King of

Prussia“. Erwähnte man das Postamt, sprach man vom „King of Prussia“. Sprach man von einem Ausflug raus aus Philadelphia, fuhr man nach „King of Prussia“ – oder man verwendete die mittlerweile gängige Abkürzung KOP. Und so war es nur eine Frage der Zeit, dass die Ortschaft auch offiziell den Namen „King of Prussia“ erhielt. Geboren war eine Siedlung mit ungewöhnlich preußischer Attitüde.

Ort mit adliger Attitüde

Dann kam das 20. Jahrhundert. Im Ersten Weltkrieg überlegten manche allerdings, ob man angesichts der Feindschaft mit Deutschland das Örtchen nicht lieber umbenennen sollte. Doch der Klang war schon zu eigen, zu etabliert, um ihn wieder preiszugeben. Also blieb es bei „König von Preußen“.

In den folgenden 20er Jahren erfolgte der große amerikanische Vorortskult. Der Bau von Highways – allen voran der Pennsylvania Turnpike, die US 202 und der Schuylkill Expressway – verwandelte das verschlafene Dorf plötzlich in einen Knotenpunkt der Moderne. Riesige Parkplätze, Büroparks, Wohnsiedlungen: King of Prussia wurde zur „Edge City“, die nicht aus einem gewachsenen Stadtkern stammte, sondern aus Verkehrsknoten, Konsum und Gewerbe herauswuchs. Symbol dieses Wandels ist bis heute die „King of Prussia Mall“ – eine gigantische Einkaufswelt, die zu den größten der USA gehört. Mit drei Millionen Quadratfuß Verkaufsfläche ist sie weniger ein Einkaufszentrum als vielmehr ein städtebauliches Statement: quasi ein Königreich des Konsums, das dem preußischen König im Namen die Ehre erweist.

So wirkt dieser Name wie ein heimlicher Zauber, der den Ort mit einer Aura versieht, die sonst kaum ein Vorort hat. Amerikaner lieben solche exotischen Anklänge: Ein bisschen Europa, ein bisschen Historie, ein Hauch von alter Welt – ohne wirklich ihre Last tragen zu müssen. „King of Prussia“ klingt erhaben, stramm, fast militärisch. Wer hier wohnt, lebt nicht in „Upper Merion Township“, sondern in einem Ort, dessen Name Respekt verlangt. Dabei hat der Alltag vom Gefühl her leicht adlige Züge, gehört man doch hier zu den etwas privilegierteren Bewohnern. Man lebt in schicken, gepflegten Reihen- oder Doppelhäusern sowie modernen Apartments, man fährt mit dem SUV zur Mall, man arbeitet in den umliegenden Life-Sciences-Unternehmen oder pendelt nach Philadelphia.

Doch es gibt auch jenen stillen Rest, der an die Ursprünge erinnert. Die alte „King of Prussia Inn“-Gastwirtschaft etwa wurde in den 1990er Jahren wegen ei-

ner Straßenverlegung sorgfältig abgetragen und an anderer Stelle wieder aufgebaut – ein Symbol dafür, dass man seine Wurzeln nicht vergessen will. Und so steht heute mitten im Asphaltmeer des amerikanischen Suburbia ein Relikt aus dem 18. Jahrhundert, das an den sonderbaren Geburtsakt dieses Ortes erinnert.

Der Name verpflichtet

Doch was ist eigentlich preußisch an King of Prussia, außer dem Namen? In der Namensgebung liegt ein gewisses Sinnbild. Denn Preußen, das war in der amerikanischen Wahrnehmung des 18. Jahrhunderts weniger ein Land als vielmehr ein Mythos: Es stand für Disziplin, Stärke, seit General von Steuben auch Widerstand gegen England leistete. Friedrich der Große war ein „Soldatenkönig“, dessen Name in den Kolonien Bewunderung hervorrief. Dass sein Bild über einem Kamin in einer Kneipe auftauchte, um die herum fast nur walisische Quäker lebten, wirkt fast wie ein kurioser Scherz der Geschichte. Aber es zeigt, wie sehr die USA immer schon im Spiegel fremder Kulturen ihre eigenen Erzählungen suchten.

Heute ist King of Prussia ein prosperierender Vorort mit über 20.000 Einwohnern. Die Immobilienpreise sind hoch, die Schulen gelten als gut, die Nähe zu Philadelphia lockt Berufspendler. Gleichzeitig hat der Ort gelernt, sein Image nicht allein der gigantischen Shopping-Mall zu überlassen. Parks wurden angelegt, ein modernes „Town Center“ bringt urbanes Flair in die Suburbia, und die Business Improvement District-Initiative sorgt für Planung und Marketing. Die Wirtschaft floriert: Besonders Unternehmen der Pharma- und Biotechnologie haben hier ihre Standorte. In der Summe ergibt das einen Vorort, der ökonomisch stark und kulturell mit einem ungewöhnlichen Namen samt Geschichte wirkt, die ihn aus der grauen Masse herausheben.

Kurios ist auch die Sprache. Die Einheimischen nennen ihren Ort schlicht „KOP“, gesprochen „Kingapruscha“, was das Preußische endgültig amerikanisiert. Und so lebt man im Schatten eines Namens, der mehr mythologische Projektion als Realität ist. Vielleicht liegt genau darin der Charme. Es ist kein Ort, der sich preußischer Tugenden rühmt oder deutsche Kultur pflegt. Aber er trägt einen Namen, der eine ganze Welt in sich trägt. Beinahe wie ein ironisches Augenzwinkern der Geschichte. King of Prussia ist dafür ein glänzendes Beispiel: ein Vorort, der den Mythos eines preußischen Königs trägt und doch ein typisch amerikanisches Gesicht zeigt. Ein Ort, der in seinem kuriosen Namen mehr Weltgeschichte enthält, als man auf den ersten Blick glauben möchte. Irgendwie ist King of Prussia damit mehr Völkerfreundschaft als man auf den ersten Blick oder beim ersten Hinhören vermuten möchte.



Das idyllische Örtchen King of Prussia liegt rund 20 Kilometer vor den Toren von Philadelphia und gilt als eher nobler Vorort

Bild: shutterstock.com



Über diesem Kamin soll das Gemälde von Friedrich dem Großen gehangen haben

● AUFGESCHNAPPT

Es ist eben alles eine Frage der richtigen Sichtweise. Auf ihrem Instagram-Account belehrt uns die Redaktion des WDR-Wissenschaftsmagazins „Quarks“, was an den ständigen Zugverspätungen wirklich ärgerlich ist: „Wut entsteht nicht durch den verspäteten Zug, sondern durch deine Bewertung.“ Um unseren Gram als eigentliche Quelle allen Ungemachs in der Bahn auszuschalten, sollten wir einfach unsere Einstellung zu dem Ereignis ändern. So rät der WDR beispielsweise, dass wir uns fragen sollten, ob die Verspätung wirklich so schlimm sei. Da ist den Staatsfunkern wahrlich ein Geniestreich geglückt. Mit dieser Methode kann man nicht nur sämtliche Symptome des Niedergangs in unserem Land beiseitewischen: Regt euch nicht mehr drüber auf, dann sind es auch keine Probleme mehr! Besser noch: Auf diese Weise wird die Schuld am Ärger über den Niedergang des Landes zudem sehr elegant auf die Leidtragenden abgewälzt. Schließlich sei es nur deren missmutige Einstellung, welche die Misere erst zum Problem macht. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Historiker Andreas Rödder ergründet in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (2. September) die Ursachen für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien als Echo einer linken Fehlentwicklung:

„Zugespißt kann man sagen, dass sich in den Augen vieler Linker die Qualität der liberalen Demokratie an der Anzahl Queer-Klubs pro Quadratkilometer misst. Oder am Verbrennerverbot. Der Begriff ‚liberale Demokratie‘ wurde normativ derart überzogen, dass dies eine Gegenbewegung lostrat, die ihrerseits problematisch ist und mit dem Wesenskern einer liberalen Demokratie nicht viel zu tun hat.“

Bei „web.de“ (1. September) schildert Ex-„Tagesschau“-Redakteur Alexander Teske die linke Schlagseite der dortigen Redaktion:

„Ich hatte bei der ‚Tagesschau‘ Kollegen, die privat auf Antifa-Demonstrationen gehen und entsprechende T-Shirts tragen. Viele haben ein Weltbild, das eher linksgrün ist und aus dieser Weltsicht heraus wählen sie Nachrichten aus ... Als 2018 in Reaktion auf die sogenannten ‚Hetzjagden‘ in Chemnitz ein Konzert mit Feine Sahne Fischfilet stattfand, trug der CvD (Chef vom Dienst, d. Red.) ein Shirt eben dieser linksextremen Band ... Ich habe es auch erlebt, dass die wegen Körperverletzung verurteilte Lina E. in Redaktionskonferenzen scherzhaft als ‚verdiente Antifaschistin‘ bezeichnet wurde.“

Stefan Aust geißelt in der „Welt“ (4. September) die Untätigkeit der etablierten Politik angesichts der Probleme in Deutschland – erkennt am Ende aber auch einen kleinen Lichtblick:

„Statt die leicht erkennbaren Probleme dieses Landes einmal anzupacken, wirft man lieber das Geld weiter aus dem Fenster, nimmt dafür Schuldenberge auf und wundert sich dann am Wahlabend über die Ergebnisse. Das wird am Abend der Kommunalwahlen in NRW auch nicht anders sein als bei den Wahlen zuvor. Dann kann man ja mal wieder mit Verbotsideen jonglieren ... Der Niedergang der Grünen zeigt immerhin: Es geht ein wenig aufwärts.“

Auch Ralf Schuler zeigt sich fassungslos angesichts der offenkundigen Fehlentwicklung. Bei „Nius.de“ (4. September) stößt er eine eindeutige Warnung aus:

„Wer wider besseres Wissen in einer Rezession den Sozialstaat opulent hält, während das wirtschaftliche Fundament der Sozialsysteme wegbricht, fährt das Land frontal an die Wand. Wer eine Energiepolitik fortsetzt, die zur berechtigten Flucht von Investoren und Unternehmen führt, weil das Heruntersubventionieren von Netzentgelten keine dauerhafte Lösung ist, ruiniert das Land.“

● WORT DER WOCHE

„Ein Gaza oder gar Palästina unter Führung der Hamas wäre so frei wie Deutschland unter den Nazis.“

Alan Posener in der „Welt“ vom 4. September

DER WOCHENRÜCKBLICK

Monster des Dschungels

Woran selbst Alexander Dobrindt verzweifeln muss, und was Annalena Baerbock besser sein lässt

VON HANS HECKEL

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt ist es leid. Die AfD bietet keine Lösungen, sondern „heizt Stimmungen an und will die Gesellschaft spalten“, schimpft der Christsoziale im Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“. Auf diese Weise versuchten die Blauen, die „Unsicherheit künstlich hochzuhalten“. Kurz darauf schoss die Meldung von dem Messermord durch einen Syrer mitten in Magdeburg durch die Medien – Hintergründe zunächst unklar. Ich weiß nicht – aber bei mir muss da keiner was „künstlich hochhalten“, um mein in den vergangenen Jahren gewachsenes Gefühl von „Unsicherheit“ weiter zu bewässern. Es blüht und wuchert auch ganz ohne die Hilfe der AfD.

Sauer darüber, dass seine Leistungen nicht anständig gewürdigt werden, verweist Dobrindt auf die Fortschritte bei der Begrenzung der Asylzuwanderung. Da machen die jüngsten Zahlen tatsächlich Mut und lassen etwas Licht ins Koalitionsdunkel. Die fortgesetzten Afghanen-Flüge irritieren aber weiter, ebenso wie die Meldung von der explosionsartig angestiegenen Zahl von Asylklagen. Das trübt die Freunde doch ein wenig. Klagen können die Leute übrigens nur so eifrig wegen der Gesetze, welche ihnen unsere Politiker vorher hingestellt haben.

Die Regierungen der Vergangenheit – egal, ob aus schwarz, rot, grün oder gelb zusammengesetzt – haben unser Asyl- und Einwanderungsrecht mit viel Einsatz und Liebe zum Detail zu einem derart undurchdringlichen Dschungel aufgeföhrt, dass fast jeder Reformeinschlag sofort wieder zuwächst. Manche in Berlin sind richtig stolz auf dieses Mammutwerk. Man riecht es förmlich, wie der rote Regierungspartner von Dobrindt bereits das Gebüsch absucht, um Hebel zu finden, welche die Asylzahlen wieder zu alter Pracht und Größe bringen. Und die vielen steuergeldbefruchteten NGOs von der Asyllobby erst! Die kennen sich in dem Gesetzesgewusel aus wie die Made im Speck.

Dabei können sie vor allem auf ein Erbe der Ampel bauen. Mit ihrem „Rückführungsverbesserungsgesetz“ hat die alte Regierung im Februar 2024 die Welle von Klagen abgelehnter Asylbewerber, die jetzt über unsere Gerichte schwappt, selber losgetreten. Seitdem muss Ausländern im Falle von Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam nämlich ein

anwaltlicher Verfahrensbevollmächtigter zur Seite gestellt werden – auf Steuerzahlers Kosten, versteht sich. Der Samen dieses Gesetzes geht jetzt auf: Die Richter versinken in den Aktenbergen sich aufstürmender Klagen.

Der Gesetzesdschungel wuchert indes nicht nur beim Asyl, sondern mehr oder minder überall. Denken wir beispielsweise an das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, kurz LkSG, nach dem Unternehmen ihre sämtlichen Zulieferer überall in der Welt daraufhin abklopfen müssen, ob die sich auch an die Regeln halten zum Arbeitsschutz, Umweltschutz und so weiter. Merz hatte versprochen, diesen Bürokratiekraken komplett zu erlegen. Aber weil die SPD das nicht wollte, hat Merz schließlich beigestrichelt. Kennen wir ja schon. Als Kompromiss sollen größere Unternehmen nun „vorübergehend“ von den Dokumentationspflichten des LkSG befreit werden. Vorübergehend ... so schafft man Planungssicherheit und ermutigt die Unternehmen zu langfristigen Investitionen in Deutschland!

Die glückliche Austauschschülerin

„Vorübergehend“ soll spätestens vorübergegangen sein, wenn die EU ein europäisches Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz über uns kommen lässt. Das soll so um das Jahr 2028 herum geschehen, heißt es. Ob die Eurokraten der Begeisterung für die europäische Idee damit neuen Auftrieb verleihen, wird sich zeigen. Im Grunde verhält sich Brüssel wie eine Lusche von Vater, der draußen in der Welt nichts auf die Kette bekommt und daher – um das gekränkte Ego zu streicheln – seine Kinder zu Hause umso drakonischer schurigelt. Den jämmerlichen Untergang von Ursula von der Leyen bei Trump in Washington haben wir noch schmerzhaft vor Augen.

Damit es der deutschen Wirtschaft während der Galgenfrist bis zum EU-Gesetz über die Lieferketten aber nicht zu gut geht, hat ihr Schwarz-Rot das neue „Tariftrueugesetz“ ans Bein geschmiedet. Ein weiteres Bürokratiemonster, stöhnt der Verband der Familienunternehmer. Das Gesetz wirkt also!

Das Elend der Politiker besteht darin, dass die Deutschen solche Leistungen einfach nicht zu würdigen wissen. Robert Habeck hat unsere Undankbarkeit als erster bemerkt: Seine Botschaft sei die richtige gewesen, seine Politik sagenhaft erfolgreich. Nur sei das bei den Leuten eben nicht angekommen. Was für Idioten, wird er sich gedacht

haben. Er ist aber viel zu nett, um diesen schroffen Gedanken offen auszusprechen. Stattdessen ist er abgehauen. Wie Annalena Baerbock, die sich richtig doll auf ihren neuen Job bei den Vereinten Nationen freut, woran sie uns alle teilhaben lässt.

Sind die Filmchen nicht süß, die sie gerade im Netz rumgehen lässt? Lenchen im Taxi mit den Haaren im Wind, Lenchen „bei meinem Go-to-Bagel-Stop“ – und das alles vor der gewaltigen Kulisse von Manhattan! Baerbock tanzt durch die Videobotschaften wie eine 17-jährige Austauschschülerin aus Patensen bei Hannover, die ihren Eltern (welche die Reise schließlich bezahlen müssen) Eindrücke von ihrem großartigen Leben im Big Apple sendet. Die Eltern sind übrigens wir. Den UN-Posten zahlen nämlich nicht die Vereinten Nationen aus der Gemeinschaftskasse, sondern das jeweilige Entsendeland, in Lenchens Fall also der deutsche Steuerzahler. Das Mädchel liegt uns mit 13.000 Euro brutto pro Monat auf der Tasche.

Wie es sich für einen wohlgezogenen Backfisch gehört, hat Baerbock zugesagt, uns auch weiterhin auf dem Laufenden zu halten. Das wäre ja überaus reizend, wenn sie ihr Versprechen nicht mit einer unverhohlenen Drohung gewürzt hätte. Sie wolle uns mit „Content“ (Inhalt) versorgen, sagte sie, und erwähnte dabei die Wörter „Politik“ und „Diplomatie“.

Hat sie demnach vor, dort drüben tatsächlich Politik zu betreiben und sich in die Diplomatie einzumischen? In ihrer Zeit als Außenministerin hat Baerbock unter Beweis gestellt, dass ihr elementare Kenntnisse in Erdkunde („Hunderttausende Kilometer entfernte Länder“) ebenso fehlen wie Grundwissen der Geometrie: Wladimir Putin empfahl sie bekanntlich, eine „360-Grad-Wende“ zu vollziehen.

Auch im Feld der Diplomatie hat die Grüne bleibenden Eindruck hinterlassen, als sie Russland im Vorbeigehen mal eben den Krieg erklärt hat. Zum Glück nahm sie auch in Moskau kein Mensch ernst, weshalb weiter nichts passiert ist. Aber was könnte sie da auf dem Posten der Präsidentin der UN-Vollversammlung alles anrichten? Lieber gar nicht drandenken. Da wäre es für alle Beteiligten doch beruhigender (und auch viel spaßiger!), wenn sich Baerbock weiterhin die Zeit mit Essen, Grinsen und Taxifahren vertreibt statt mit langweiligen Sitzungen – wir und der Weltfrieden würden es ihr danken.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de